
LUXEMBURG
GESELLSCHAFTSANALYSE UND LINKE PRAXIS
UNANGEPASST



Not everything that
is faced can be changed,
but nothing can be
changed until it is faced.

James Baldwin

Neu Delhi hat am Sonntag
mit über 49° einen neuen
Rekord gebrochen.
In Pakistan erreichte die
Höchsttemperatur 51°.

The Guardian, 18.5.2022

# UNANGEPASST

Klimaanpassung ist
alternativlos.

Ingo Tebje in diesem Heft



# EDITORIAL

*The future is unwritten* – die Zukunft ist offen, lautet ein linker Slogan. Doch die Zukunft als Ort der Utopie hat sich zugezogen. Die unleugbare Realität der Klimaprognosen hat sie eingezwängt zwischen plus 1,5 Grad auf der einen und plus vier oder mehr Grad auf der anderen Seite. Es ist die Spannweite zwischen ungemütlich, unerträglich und unbewohnbar. Noch ließe sich Allerschlimmstes verhindern, wenn ja wenn radikal umgesteuert würde. Doch das Klima reagiert träge, manche Folgen sind schon jetzt nicht mehr aufzuhalten – mit mehr Hitzewellen, Starkregen, Flutkatastrophen und Waldbränden werden wir leben müssen. Viele müssen es heute schon.

Sind wir vorbereitet auf diese klimagewandelte Welt? Nein, ist die schlichte Antwort. Selbst in einem reichen Land wie Deutschland fehlen Infrastrukturen und Ressourcen, um Menschen zu schützen und Schäden zu begrenzen. Wir sind völlig UNANGEPASST an diese enorme Herausforderung. Der als Anpassungskünstler gepriesene Kapitalismus versagt in der Sicherung unserer Existenz. Den Preis zahlen vor allem die, die am wenigsten haben, soziale Spaltungen vertiefen sich, Abschottung und Aufrüstung nehmen zu.

Hinter dem trockenen Begriff der Klimafolgenanpassung verbirgt sich nicht weniger als die Frage danach, wie wir leben wollen und wessen Leben zählt. *LuXemburg* 2/2022 will eine längst überfällige politische Debatte anstoßen und die Möglichkeiten linker Politik ausloten: Wie sehen unsere Städte in 30 Jahren aus? Zahlt der globale Norden für seine »Klimaschulden«? Wie könnte eine solidarische Anpassung aussehen? Kurz: Für welche Zukunft lohnt es sich, trotz allem und mehr denn je zu kämpfen?



UNANGEPASST

# INHALT

## SCHWERPUNKT





## LUXEMBURG ONLINE





## WAS NOCH



## LUXEMBURG ONLINE

# KLIMA DER UNGERECHTIGKEIT
## WARUM ANPASSUNG NUR GLOBAL FUNKTIONIERT

**KATJA VOIGT UND DAVID SAMUEL WILLIAMS**

Die Folgen der Klimakrise nehmen weltweit dramatisch zu. Wie Anpassungspolitik aussieht, hat mit globaler Herrschaft zu tun.

Der Klimawandel ist längst in vollem Gange. Er wird gravierende Folgen haben, die nicht mehr vollständig aufzuhalten sind. Umso wichtiger ist die Klimafolgenanpassung, also die Vermeidung der klimabedingten Schäden sowohl durch technische wie auch durch soziale und politische Maßnahmen. Inzwischen gibt es dazu global eine umfassende Forschung und Debatte, die in Teilen der Linken aber kaum zur Kenntnis genommen wird. Sich mit ihr zu beschäftigen, ist aber wichtig, um zu verstehen, welche Schäden zu erwarten sind und welche Maßnahmen ergriffen werden müssen. Besonders wichtig wäre dabei insbesondere, die Anpassung in den Ländern wzu unterstützen, die bereits viel stärker von den Folgen der Klimaveränderungen betroffen sind.

### WARUM WIR LÄNGST ÜBER ANPASSUNG REDEN MÜSSEN

Laut der Weltorganisation für Meteorologie der Vereinten Nationen (World Meteorological Organization, WMO) waren die letzten sieben Jahre die wärmsten seit Beginn der Temperaturaufzeichnungen (WMO 2021). Die Treibhausgaskonzentration in unserer Atmosphäre hat über die gleiche Zeitperiode stetig zugenommen und die Destabilisierung des Klimasystems vorangetrieben. Dies ist vor allem an der globalen Mitteltemperatur zu erkennen. Sie ist der wichtigste Klimaindikator und seit dem vorindustriellen Zeitalter um 1,2°C gestiegen. Wenn die Treibhausgasemissionen in den nächsten Dekaden nicht drastisch gesenkt werden, sagt der Weltklimarat der Vereinten Nationen (Intergovernmental Panel on Climate




Change, IPCC) eine Erwärmung von über 2°C bis 2050 voraus.

Die Destabilisierung des Klimasystems durch die Erderwärmung führt nicht nur zum Anstieg des Meeresspiegels, sondern zum häufigeren Auftreten extremer Wetterlagen. Der IPCC beschreibt im Detail, wie dies mit der steigenden Häufigkeit und Intensität von Hitzewellen, mit Starkniederschlägen, Dürren, Gletscherschmelzen oder dem Verlust von Permafrostböden zusammenhängt. Besonders ausgeprägt ist der Zusammenhang zwischen der stetigen Erwärmung und den zunehmenden Hitzewellen und Starkniederschlägen.

Wie verheerend die extremen Wetterlagen sein können, war im Jahr 2021 zu beobachten, in dem eine ganze Reihe Negativrekorde gebrochen wurden. Im westlichen Kanada wurden im Juli Temperaturen bis zu 49,6°C gemessen, vorher undenkbar für diese Region. Der europäische Hitzerekord lag bei 48,8°C in Sizilien. Mit der extremen Wetterlage gehen verheerende Waldbrände einher, zuletzt in Kalifornien, in der mediterranen Region (vor allem in der Türkei und in Griechenland), in Australien und in Sibirien.

KATJA VOIGT leitet in der Rosa-Luxemburg-Stiftung das Referat zu Internationaler Politik und Nordamerika und ist Referentin für Klimapolitik. Sie beschäftigt sich mit internationaler Klimapolitik und den globalen Bewegungen für Klimagerechtigkeit und hat auch die internationalen Klimagipfel kritisch begleitet.

DAVID SAMUEL WILLIAMS ist Programmleiter für Internationale Klimagerechtigkeit der Rosa-Luxemburg-Stiftung in New York. In seiner Arbeit gestaltet er gemeinsam mit zivilgesellschaftlichen Partnern der Stiftung eine kritische Begleitung internationaler Klimapolitik, vor allem in Bezug auf klimarelevante Entscheidungsprozesse der Vereinten Nationen.

Ein anderes klimabedingtes Extremwetterereignis sind Starkniederschläge. Im Juli wurden in China innerhalb einer Stunde 201,9 Millimeter Regen gemessen, ein historischer Rekord, der mit dem Tod von 302 Menschen und Schäden in Höhe von 17,7 Milliarden US-Dollar einherging. Auch im Westen Europas wurden bereits 162,4 Millimeter Regen an nur einem Tag gemessen, mit Hunderten Todesopfern in Belgien und dem Westen Deutschlands. Das nördliche Amazonasbecken war

ebenso von anhaltenden Starkniederschlägen betroffen wie Teile Ost-Afrikas und der Süd-Sudan. Doch auch ausbleibender Niederschlag verursacht große Probleme, etwa in Brasilien, Paraguay, Uruguay und dem nördlichen Argentinien, wo die Wasserknappheit auch die Agrarwirtschaft und die Stromproduktion in Mitleidenschaft zieht.

## RESILIENZ UND ANPASSUNGSFÄHIGKEIT

Vor diesem Hintergrund wird der wachsende Forschungsbereich der Klimafolgenanpassung politisch immer relevanter. Seine theoretischen Wurzeln liegen in der Ökologiebewegung der 1960er und 1970er Jahre. Der Begriff der Resilienz hat darin zentrale Bedeutung. Er wurde geprägt vom kanadischen Forscher C. S. Holling, der Resilienz als Widerstandsfähigkeit ökologischer Systeme verstand. Diese Widerstandsfähigkeit hängt seiner Ansicht nach auch davon ab, wie gut sich diese Systeme an externe Stressoren anpassen können (Holling 1973). Das Konzept wurde in der Psychologie, der Anthropologie und in den Sozialwissenschaften aufgegriffen. Dabei gibt es durchaus kontroverse Auffassungen, wie gesellschaftliche Resilienz zu verstehen ist und ob bzw. welche technologischen, sozialen, politischen oder wirtschaftlichen Strategien im Vordergrund stehen sollten.

**»Trotz der Dringlichkeit des Themas spielt Anpassung in vielen Industrieländern eine untergeordnete Rolle.«**

Seit den frühen 2000er Jahren beschäftigen sich viele Forschungsgruppen weltweit mit der Anpassung an die Klimafolgen und nutzen den Begriff der Resilienz. Sie betrachten sowohl die Maßnahmen wie auch deren Umsetzung und nehmen auch die unterschiedlichen Anpassungskapazitäten von Ländern, Gruppen oder Einzelpersonen in den Blick.

Insgesamt lag der Fokus der Forschung lange auf den Faktoren, die leicht messbar sind, wie den finanziellen, technologischen und natürlichen Ressourcen. Zunehmend werden aber auch die sozialen Faktoren berücksichtigt, die die Anpassungsfähigkeit von Gesellschaften bestimmen.

Trotz der Dringlichkeit des Themas spielt Anpassung in vielen Industrieländern eine untergeordnete Rolle. Die Klimapolitik setzt den Fokus auf die Minderung von Treibhausgasen, die ohne Frage enorm wichtig bleibt. Doch wir können uns den Luxus nicht erlauben, uns auf einen Aspekt der Klimakrise zu beschränken. In Deutschland müssen Klimaszenarien viel stärker in allen Planungsprozessen mitgedacht werden. Die Infrastruktur für Frühwarnsysteme muss ausgebaut werden, es müssen Flutmauern und Kühlungssysteme entstehen – und zwar unter Einbeziehung der Betroffenen.

## NICHT ALLE SIND GLEICH BETROFFEN, NICHT ALLE KÖNNEN SICH ANPASSEN

Die Klimafolgen, die in den letzten Jahren auch in Deutschland und Europa spürbar geworden sind, sind in vielen Regionen des globalen Südens seit Jahrzehnten Realität. Insbesondere in den Tropen und in Wüstenregionen sind die Klimasysteme vulnerabler und Extremwetterereignisse häufiger. Doch die Vulnerabilität entspringt auch den beschränkten Möglichkeiten der Anpassung. In der wissenschaftlichen Klimafolgenforschung bezeichnet Vulnerabilität die Anfälligkeit

von Einzelpersonen, Gemeinschaften oder ganzen Ländern für durch den Klimawandel bedingte Schäden. Sie wird von drei Faktoren bestimmt: erstens von der Ausgesetztheit, also der Häufigkeit und Intensität der auftretenden Extremwetterereignisse – hierzu zählen auch schleichende Prozesse wie die Versalzung der Böden oder die Übersäuerung der Ozeane; zweitens von der Empfindlichkeit, also der Schwere der Schäden im Falle eines solchen Ereignisses; und schließlich drittens von den Anpassungskapazitäten, also der Möglichkeit, die Herausforderungen zu bewältigen, sodass Schäden reduziert oder gar vermieden werden.

Das heißt im Klartext: Es ist nicht allein die Häufigkeit oder Intensität der Klimafolgen, die die Anfälligkeit bestimmt, sondern auch der Zugriff der Betroffenen auf schadenslindernde Ressourcen. Dazu zählen zuverlässige soziale Sicherungsnetze, effiziente Kommunikationsmöglichkeiten oder einfach finanzielle Mittel. Die Risiken sind daher vom lokalen Kontext abhängig und innerhalb der Gesellschaften höchst ungleich verteilt. Wirtschaftlich schwache Regionen und Länder sind deutlich vulnerabler.

## WER KANN SICH SCHÜTZEN?

Spätestens seit dem kürzlich erschienenen IPCC-Bericht herrscht auch in der Klimafolgenforschung Einigkeit, dass die Klimakrise vor allem diejenigen treffen wird, die schon benachteiligt sind und aufgrund ihrer Herkunft, ihres Glaubens, ihrer Klassenzugehörigkeit, ihrer Sexualität oder ihres gelesenen Geschlechts Ausgrenzung erfahren (IPCC 2022; Williams 2022). Diese strukturellen Diskriminierungen sind im Kolonialismus und in der mit ihm verbundenen ungleichen Machtverteilung verwurzelt und bestimmen darüber, wer die Mittel hat, um sich zu schützen, und wer nicht. Dies verdeutlicht etwa ein Blick in den globalen Süden, wo eine rapide Vergrößerung städtischer Regionen zu beobachten ist, befeuert von ruraler-urbaner Migration und hohen Bevölkerungswachstumsraten.

**»Diejenigen, die am meisten vom Klimawandel betroffen sind, haben am wenigsten dazu beigetragen.«**

Der Urbanisierung liegt die Not vieler marginalisierter Menschen zugrunde, die auf der Suche nach Lohnarbeit, Bildung oder gesundheitlicher Versorgung in die Städte ziehen. Allerdings ist bezahlbarer Wohnraum dort meist begrenzt, sodass viele sich in Gebieten ansiedeln, die Extremwetterereignissen ausgesetzt sind, etwa nah an Flüssen oder auf steilen Hängen, oft in besonders gefährdeten Küstenregionen.

Besonders perfide ist die Tatsache, dass die Menschen, die am meisten vom Klimawandel betroffen sind, am wenigsten dazu beigetragen haben. Das gilt nicht nur im extremen Maße für das globale Nord-Süd-Verhältnis, sondern auch innerhalb der Gesellschaften. Um es in Zahlen auszudrücken: Das reichste Prozent verursacht doppelt so viele $CO_2$-Emissionen wie die ärmsten 50 Prozent der Weltbevölkerung (Gore 2020). Nicht zuletzt deshalb ist die Klimakrise eine zentrale Gerechtigkeitsfrage.

## DAS RINGEN UM GLOBALE GERECHTIGKEIT

Diese Gerechtigkeitsfrage ist inzwischen Gegenstand internationaler Verhandlungen. Als

globales Problem, das multilateral adressiert werden muss, ist die Klimakrise bei den Vereinten Nationen dauerhaftes Verhandlungsthema. Auf dem Earth Summit in Rio de Janeiro wurde 1992 eine Klimarahmenkonvention (United Nations Framework Convention on Climate Change, UNFCCC) verabschiedet. Die seit 1995 stattfindenden jährlichen Weltklimagipfel (Conference of the Parties, COP) bilden jedoch einen zähen Prozess voller Rückschläge und Kompromisse ab, der bislang keine gerechten Lösungen gebracht hat.

Seit der COP in Paris 2015 behandeln die Gipfel drei Schwerpunktthemen. Neben den Vereinbarungen zur Vermeidung von Treibhausgasemissionen geht es um die Anpassung an die bereits unvermeidbaren Auswirkungen der Klimakrise. Die

**»Klimafolgenanpassung muss auf den internationalen Klimakonferenzen zu einem wesentlich zentraleren Thema werden.«**

besonders betroffenen Länder werden dazu aufgefordert, nationale Anpassungspläne (National Adaptation Plans, NAPs) zu formulieren, die zum Schutz der vulnerabelsten Bevölkerungsgruppen beitragen sollen. Das dritte Schwerpunktthema ist der Umgang mit klimabedingten Schäden und Verlusten (Loss and Damage), die durch Anpassung nicht verhindert werden können.

Die meisten kennen die Pariser Klimaverträge, die auf der COP21 2015 vereinbart wurden und die den globalen Mitteltemperaturanstieg auf 1,5°C bzw. weit unter 2°C begrenzen sollen. Darin werden auch Fragen der Anpassung und der Schäden und Verluste thematisiert. Artikel 7 befasst sich mit Klimafolgenanpassung und sichert den Ländern Unterstützung zu, die besonders betroffen sind. Artikel 8 beschäftigt sich erstmals mit Schäden und Verlusten; über die Frage der Finanzierung wird jedoch immer noch verhandelt.

## MANGELNDE UNTERSTÜTZUNG, FEHLENDE GERECHTIGKEIT

So drücken sich die Industrieländer seither darum, die nötigen Zahlungen für die Anpassung bereitzustellen. Die auf der COP15 2009 von den Industrieländern zugesicherten jährlichen Zahlungen von 100 Milliarden US-Dollar ab 2020 wurden nicht in vollem Umfang geleistet. Die Gelder, die bisher bereitgestellt wurden, sind zum Großteil Darlehen und Leihgaben, die an Rückzahlungspflichten geknüpft sind. Zudem liegt gerade bei der Klimafinanzierung weiterhin ein großer Fokus auf der Minderung, nicht auf der Anpassung.

Auch ist unklar, wie das Geld tatsächlich an die Menschen weitergeleitet wird, die es am dringendsten benötigen. Trotz der großen Unterschiede zwischen den betroffenen Gemeinschaften gibt es gemeinsame Forderungen, die überregional geltend gemacht werden sollten. Die Betroffenen vor Ort wollen besser in die Planung einbezogen werden und ihre Anpassungskapazitäten stärken. Ansonsten droht die Schere zwischen denen, die sich anpassen können, und denjenigen, die das nicht können, weiter auseinanderzugehen (vgl. Shi et al. 2016).

Klimafolgenanpassung muss auf den internationalen Klimakonferenzen zu einem wesentlich zentraleren Thema werden. Im globalen Süden versuchen bereits viele Nichtregierungsorganisationen, die Forderungen

nach finanzieller Unterstützung geltend zu machen – etwa das Netzwerk SDI (Slum Dwellers International), in dem sich von Armut betroffene Stadtbewohner*innen in über 32 Ländern organisieren. Auch hierzulande muss der politische Druck erhöht werden, um ihren Forderungen Gehör zu verschaffen und tatsächlich eine Umsetzung zu erzwingen.

## KEINE ANPASSUNG AUF KOSTEN DER ÄRMSTEN

Damit Anpassungsstrategien erfolgreich sind, muss soziale Gerechtigkeit ein integraler Bestandteil sein. Dazu muss der soziale und politische Kontext beachtet werden, in dem Anpassung stattfindet. Die Maßnahmen dürfen ungerechte Machtstrukturen nicht verstärken und technische Lösungen dürfen nicht ohne Einbeziehung der Betroffenen umgesetzt werden. Dabei müssen vor allem die sozialen Konsequenzen in den Blick kommen: Anpassungsmaßnahmen können dazu führen, dass bestimmten Gruppen die Lebensgrundlage entzogen wird und sie vertrieben werden. Oder sie können zur Aufwertung von Gebieten führen, die dann nicht mehr erschwinglich sind für ärmere Menschen.

Auch die Konsequenzen eines Scheiterns technischer Lösungen müssen bedacht werden: Wessen Leben ist in Gefahr, wenn der Damm bricht oder die Flutmauer nicht hält? Es gibt viele Beispiele misslungener Anpassung, die Ungerechtigkeiten verstärkt, anstatt sie zu mindern.

## OFFENE FRAGEN

Daher braucht es ein Umdenken: Wie können Anpassungsmaßnahmen eine soziale und ökologische Transformation vorantreiben? Wie können sie helfen, soziale Ungleichheiten abzubauen? Wie könnten Planungsprozesse darauf zielen, die Lebensqualität der von der Klimakrise am stärksten betroffenen Gruppen zu verbessern?

Ob auf der lokalen oder auf der internationalen Ebene: Die Frage der Klimafolgenanpassung wird an gesellschaftlicher Brisanz zunehmen. Wenn die Klimaprognosen eintreten und sich zugleich die soziale Spaltung vertieft, entstehen Probleme in einem nie dagewesenen Ausmaß. Um darauf zu reagieren, muss Klimafolgenanpassung inklusiv und partizipativ sein. Sie darf sich nicht auf technische Lösungen beschränken, sondern muss die konkreten Lebensrealitäten unterschiedlicher Menschen zum Ausgangspunkt nehmen. Um diejenigen zu schützen, die am stärksten betroffen sind, gibt es auf allen Ebenen dringendsten Handlungsbedarf. Ob die verantwortlichen politischen Akteure danach entscheiden, steht auf einem anderen Blatt.

### LITERATUR


Gore, Tim, 2020: Confronting carbon inequality. Putting climate justice at the heart of the COVID-19 recovery, www.oxfam.org/en/research/confronting-carbon-inequality

Holling, Crawford Stanley, 1973: Resilience and Stability of Ecological Systems, in: Annual Review of Ecology and Systematics, 4/1973, 1–23, https://doi.org/10.1146/

IPCC, 2022: IPCC Sixth Assessment Report. Impacts, Adaptation and Vulnerability, https://www.ipcc.ch/report/ar6/wg2/

Shi, Linda et al., 2016: Roadmap towards justice in urban climate adaptation research, in: Nature Climate Change 6/2016, 131–137, https://doi.org/10.1038/

Williams, David Samuel, 2022: An Atlas of human suffering, https://rosalux.nyc/an-atlas-of-human-suffering-sixth-ipcc-report-part-two/

WMO, 2021: State of Climate in 2021: Extreme events and major impacts, https://public.wmo.int/en/media/press-release/state-of-climate-2021-extreme-events-and-major-impacts


DEUTSCHLAND 2050
WAS WIR JETZT SCHON ÜBER DAS LEBEN IN DER HEISSZEIT WISSEN
NICK REIMER
In dreißig Jahren wird es im Durchschnitt mindestens zwei Grad wärmer sein. Das wird unser Leben und Wohnen, Essen und Arbeiten massiv verändern.



NICK REIMER ist Journalist und Autor. 2021 erschien sein gemeinsam mit Toralf Staud verfasstes Buch »Deutschland 2050. Wie der Klimawandel unser Leben verändern wird«, das konkrete Antworten auf die Frage gibt, wie der Klimawandel uns in Deutschland treffen wird.

Die Zeitmaschine steht in Offenbach, Frankfurter Straße 135. Hier hat der Deutsche Wetterdienst (DWD) seinen Hauptsitz. Fast einen ganzen Häuserblock nimmt das moderne Bürogebäude ein, sechs Stockwerke hoch. Im Erdgeschoss arbeitet der Zentralcomputer. Mit ihm kann man einige Tage in die Zukunft schauen, auf das Wetter im Schwarzwald oder im Sauerland. Aber auch auf das Klima in Deutschland im Jahr 2050.

Mit einer Chipkarte öffnet Pressesprecher Uwe Kirsche zwei schwere Glastüren. »Das hier ist Hochsicherheitsgebiet«, sagt er. Eine Zugangsberechtigung zum Deutschen Meteorologischen Rechenzentrum, so der offizielle Titel, bekommt man nur nach intensiver Überprüfung unter anderem durch den Bundesnachrichtendienst.

Wer beispielsweise wissen will, wie das Wetter übermorgen auf Rügen oder im Harz wird, der braucht die Messergebnisse von Temperatur, Luftdruck und Luftfeuchte in Skandinavien oder im Elsass. Wetter-Modellierer*innen haben die Welt in Würfel mit einer Kantenlänge von 2,8 Kilometern aufgeteilt und übertragen etwa die Messdaten der skandinavischen Luft mithilfe eines mathematischen Modells von einem Quader zum nächsten – bis die Luftmassen Rügen oder den Harz erreichen.

So entsteht die Wettervorhersage für die kommenden Tage. Zwei Tage später messen die Meteorolog*innen im Harz und auf Rügen nach. Und siehe da: Das Modell ist mittlerweile so gut, dass die Vorhersage in mehr als 90 Prozent der Fälle auch tatsächlich eintritt.



Klimamodellierung funktioniert so ähnlich, nur dass sie erstens viel längere Zeiträume im Voraus betrachtet – deshalb ist die Kantenlänge der Würfel größer, nämlich in der Regel 80 Kilometer. Kein Rechner der Welt käme sonst mit der Aufgabe klar. Zweitens müssen Annahmen über die Zukunft getroffen werden. Die wichtigste betrifft die Frage: Wie viel Klimaschutz ist die Menschheit bereit zu leisten?

Mit vier Szenarien rechnen die Klimamodellierer*innen. Das erste nennt sich RCP8.5 und beschreibt den aktuellen Zustand: Jedes Jahr steigen die menschengemachten Treibhausgasemissionen. Das vierte Szenario, also dasjenige am anderen Ende – RCP2.6 – geht davon aus, dass die Menschen vernünftig werden und sofort in einen radikalen Klimaschutz einsteigen: weltweit alle Kohlekraftwerke abschalten, Verbrennerautos von der Straße holen, nicht mehr mit Beton bauen, auf neue Straßen verzichten etc. Kein sehr wahrscheinliches Szenario. Und dazwischen gibt es noch das Szenario RCP6.0 – ein bisschen Klimaschutz – und eines mit dem Kürzel RCP4.5 – halbwegs ambitionierter Klimaschutz.

Das Ergebnis der Berechnungen ist verblüffend: Bis in die Jahre 2040, 2045 steigen die Kurven fast im Gleichschritt an. Das bedeutet: Strenger Klimaschutz wird erst in ferner Zukunft seine Wirkung zeigen. Treibhausgase verhalten sich in der Atmosphäre sehr träge, Kohlendioxid etwa zersetzt sich erst nach mehr als 200 Jahren. In der zweiten Hälfte des Jahrhunderts allerdings driften die Kurven weit auseinander: Nach dem RCP8.5-Szenario wird die Welt 2100 um bis

zu acht Grad wärmer werden und der Planet verwüstet sein. Im Szenario »strengster Klimaschutz« werden sich die Verhältnisse ungefähr auf dem Niveau der Mitte des Jahrhunderts einpegeln. Man kann also durchaus vorhersehen, wie der Klimawandel Deutschland bis 2050 verändern wird – dazu im Folgenden einige Details.

## BUNDESREPUBLIK HEISSLAND

Gemäß der Klimamodellierung des DWD wird Deutschland Mitte des Jahrhunderts bereits mindestens zwei Grad wärmer sein als zu Beginn der Industrialisierung im 19. Jahrhundert. Sommertage mit mehr als 30 Grad werden dann völlig normal sein, die Spitzentemperaturen 40 Grad überschreiten, die Zahl der tropischen Nächte (in denen die Temperatur nicht unter 20 Grad sinkt) wird sich verdoppeln.

Besonders betroffen wären laut der DWD-Berechnung der Südwesten Deutschlands von Freiburg bis Mainz entlang des Rheins, die Region zwischen der Lausitz und der Leipziger Tieflandbucht, die Kölner Bucht und das Ruhrgebiet. In Köln wird 2050 ein Klima herrschen wie heute in San Marino. In Berlin wird es sich anfühlen wie heute in Toulouse, München bekommt klimatische Zustände wie das heutige Mailand, Hamburg wie derzeit das spanische Pamplona. An der italienischen Mittelmeerküste werden dann klimatische Verhältnisse herrschen wie heute in Marokko oder Tunesien.

Gleichzeitig wird die Anzahl der Frosttage, an denen das Thermometer unter Null sinkt, stark abnehmen: Im Schwarzwald, im Harz und im Erzgebirge wird sie um bis zu einhundert Tage sinken. Die Winter werden milder und kürzer, Eiswein aus Deutschland wird es Mitte des Jahrhunderts nicht mehr geben.

## AUF DEM TROCKENEN

In Deutschland gibt es genug Wasser für alle – diese Gewissheit gibt es in wenigen Jahren nicht mehr. Das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe warnt in einer Risikoanalyse: »lange Dürreperioden (insbesondere verbunden mit Hitzewellen) können zu Problemen bei der Versorgung der Bevölkerung mit Trinkwasser führen«. Bekannt ist das Bundesamt geworden, weil es den Verlauf der Covid-19-Pandemie im Frühjahr 2020 sehr exakt vorhersagte.

»Wir müssen uns wahrscheinlich auf regional harte Nutzungskonflikte einrichten«, fürchtet Michael Ebling, Präsident des Verbands kommunaler Unternehmen (VKU). Wenn es heiß ist, verbrauchen die Menschen mehr Wasser. Neu in den Verteilungskampf eingetreten ist die Landwirtschaft. In der Vergangenheit mussten Bäuerinnen und Bauern in Deutschland ihre Felder kaum bewässern, seit den Trockenjahren 2018, 2019, 2020 ist Dürre zur Gewissheit geworden: Laut dem Dürremonitor des Helmholtz-Zentrums für Umweltforschung sind aktuell weite Teile der Lausitz, des Fläming, der Magdeburger Börde, Oberbayerns, der Fränkischen Schweiz und

rund um Usedom in der entscheidenden Bodentiefe von 1,80 Metern immer noch von extremer Dürre betroffen.

## LAND UNTER

Andererseits wird es 2050 zu viel Wasser geben. »Lokale Starkregenereignisse verbunden mit Sturzfluten sowie Dauerregen verbunden mit großflächigen Überschwemmungen werden intensiver bzw. häufiger«, heißt es in einer Studie des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung. »Normaler Landregen, wie wir ihn heute noch kennen, wird in Zukunft die Ausnahme sein«, sagt Andreas Becker vom Deutschen Wetterdienst. Sommerlicher Niederschlag geht Mitte des Jahrhunderts als Sturzflut nieder, sanfte Bäche verwandeln sich in reißende Ströme, die ganze Ortschaften verwüsten – so wie beispielsweise 2015 Tangerhütte im Norden Sachsen-Anhalts, 2016 das bayerische Simbach, 2017 Goslar in Niedersachsen, 2018 Dudeldorf in der Eifel, 2019 Kaufungen nahe Kassel oder 2020 das fränkische Herzogenaurach. Die Flut an Erft und Ahr forderte 2021 mindestens 141 Menschenleben.

Doch nicht nur lokale Starkregenereignisse nehmen zu. »Tief Mitteleuropa« nennen Meteorolog*innen eine Wetterlage, die großflächig lang anhaltende Regenfälle ins Land bringt. Seit den 1950er Jahren bis heute ist diese Wetterlage bereits rund 20 Prozent häufiger geworden, bilanziert der DWD. Bis zum Jahr 2100 wird ihre Zahl etwa noch einmal so stark steigen.

So bescherte »Tief Mitteleuropa« 2013 der Donau und anderen Flüssen ein Jahrhunderthochwasser und war Ursache für die Unwetter im Mai 2016, bei denen elf Menschen ihr Leben verloren. Ein Jahr später sorgte es im Harz und in seinem Umland für schwere Verwüstungen, Flüsschen wie die Oker und die Nette erreichten Rekordpegel, der Wasserstand der Innerste stieg in Hildesheim auf sieben Meter, wo er sonst nur 2,50 Meter misst. Derzeit droht »Tief Mitteleuropa« hierzulande an etwa neun bis 15 Tagen im Jahr. »Die Zahl der Tage schwankt von Jahr zu Jahr sehr stark«, sagt DWD-Meteorologe Thomas Deutschländer. Aber alles deute darauf hin, dass sie mit der Erderwärmung langfristig zunehme.

## HEISSKALTE ZEITEN

Es klingt paradox: Die Klimaerhitzung wird uns wärmere Winter bringen, manchmal aber auch sehr viel kältere mit sehr viel Schnee. Grund für Ersteres ist der sich abschwächende Jetstream: Dieser Höhenwind mäandert auf der Nordhalbkugel und bestimmt so unser Wetter. Angetrieben wird er durch die Temperaturdifferenz zwischen Nordpol und Äquator. Da sich die Pole viel stärker erwärmen als der Rest der Welt, sinkt die Temperaturdifferenz und dadurch die Antriebskraft. Die Strömungsverhältnisse der Nordhalbkugel ändern sich so, dass Kälteeinbrüche weiter südlich häufiger werden.

Mehr Schnee beschert uns das tauende Meereis im Arktischen Ozean: Als Eis wirkt es auf der Wasseroberfläche wie ein Deckel und verhindert, dass das Wasser in die Atmosphäre verdunstet. Ende Februar 2018 war die Barentssee nördlich der russischen und norwegischen Küste aber aufgetaut, der Deckel fehlte und es verdunstete mehr Wasser. Das führte bei uns zu einem extremen Wintereinbruch mit Temperaturen von minus 18 Grad in Nordrhein-Westfalen und von minus 28 Grad in den Schweizer Alpentälern und bescherte Norwegen sogar Temperaturen unter der Minus-40-Grad-Marke. Dazu gab es ungewöhnlich viel Schnee, sogar in Rom; in Kroatien bis gut 1,80 Meter.

## NEUE GESUNDHEITSRISIKEN

Mit steigenden Temperaturen werden in Deutschland auch neue Krankheitserreger heimisch: Dengue- oder West-Nil-Fieber werden Mitte des Jahrhunderts keine Seltenheit mehr sein. Nicht nur Zecken, die Erreger wie Borreliose-Bakterien oder FSME-Viren übertragen, sondern auch die Asiatische Tigermücke *Aedes albopictus*, die tropische Krankheiten überträgt, finden dann hierzulande beste Lebensbedingungen.

Zudem werden vor allem alte Menschen unter der zunehmenden Hitze leiden. Bereits im Hitzesommer 2003 starben hierzulande 7 000 Menschen zusätzlich an Hitze, die Hitzesommer 2018 bis 2020 forderten mehr Opfer als der Straßenverkehr. Bereits heute gibt es in heißen Sommern in Berlin die schwindelerregende Zahl von durchschnittlich 1 400 Hitzetoten. Zum Vergleich: Im Berliner Straßenverkehr kommen im Jahresschnitt rund 65 Menschen ums Leben – Hitze ist also etwa 25-mal tödlicher.

Das bedeutet: Altenheime, Schulen und Kindergärten müssen in Zukunft mindestens teilweise klimatisiert werden. Die Kosten dafür werden in die Milliarden Euro gehen. In vielen Krankenhäusern sind bislang nur Operationssäle und Intensivstationen mit Klimaanlagen ausgestattet. In den Sommern der Zukunft müssten Krisenstäbe zusammentreten, Notruf-Nummern für alte und kranke Leute und »Public Cooling Center« organisiert werden – öffentlich zugängliche klimatisierte Räume, in die man aus überhitzten Wohnungen flüchten kann.

## UMGEPFLÜGT

Bäuerin/Bauer: Das ist ein Beruf, der ausstirbt. Die Kühe auf die Weide treiben? Mit dem Traktor aufs Feld tuckern? Das wird es 2050 so nicht mehr geben. Einerseits treibt die Klimaerhitzung immer mehr Landwirt*innen in den Ruin. Hinzu kommen technische Antworten auf die veränderten Anbaubedingungen: Der 300-PS-Diesel-Traktor ist im Jahr 2050 vermutlich Geschichte.

»Stattdessen übernehmen paketgroße mobile Geräte diesen Dienst, 15 Stück im Schwarm mit jeweils 20 PS, elektrisch betrieben, mit Sonnenenergie vom Dach

der Scheune«, erklärt der Geoökologe Claas Nendel. 2050 müsse viel kleinteiliger angebaut werden, meint der Forscher vom Zentrum für Agrarlandschaftsforschung: »Auf den trockenen Kuppen werden trockenresistentere Pflanzen ausgesät, in den feuchteren Niederungen dagegen anspruchsvollere Sorten.«

Alles durcheinander auf einem Feld: Die autonomen Erntemaschinen würden die Getreide erkennen und sortieren. Gegen die zunehmende Anzahl von Schädlingen soll es Apps geben, Sensoren, die die Bodenfeuchte messen, sowie großflächige Beregnung: Die Digitalisierung wird als Antwort auf den Klimawandel propagiert.

Denn viele unserer Ackerpflanzen werden erhebliche Probleme bekommen. Die Frühjahre und Sommer der Zukunft bringen Trocken- und Hitzestress. Die Phasen der Samen- und Fruchtbildung oder das Entfalten der Blüte sind aber bei Getreide oft sehr temperaturanfällig. Weizenpollen etwa werden bei mehr als 30 Grad Celsius steril, Maispollen bei mehr als 35 Grad. Zum Problem werden auch milde Winter: Viele Kulturen brauchen zum Gedeihen die »Vernalisation«, einen Kältereiz wie bei knackigem Frost.

Zugleich zeigen Experimente, dass bei höherer Kohlendioxidkonzentration in der Atmosphäre die Qualität von Eiweißen in Pflanzen und Früchten abnimmt. Dann müssen Kühe mehr Gras fressen, um die gleiche Menge Milch zu bilden. Auch bei Getreide nimmt die Qualität ab. Spätestens ab 2050 wird es mit Weizen auf sandigen Böden extrem schwer, langfristig müssen Landwirt*innen auf andere Pflanzen umsteigen – etwa Hirse oder Kichererbsen.

## WIRTSCHAFT IM STRESS

»Man spürt die Hitze sogar durch die Schuhsohlen«, sagte 2019 der Kölner Dachdeckermeister Martin Weihsweiler, der 20 Leute beschäftigt. Sein Thermometer zeigte 35 Grad im Schatten – auf der schwarzen Bitumen-Dachoberfläche waren es teils über 70 Grad. Mitte des Jahrhunderts wird das keine Ausnahme mehr sein: Schlechtwettergeld muss im Sommer gezahlt werden, weil viele ihrem Beruf nicht mehr nachgehen können (im Süden wurde deshalb die Siesta eingeführt).

Die deutsche Wirtschaft wird vor allem international leiden: Unwetterkatastrophen in anderen Teilen der Welt werden die Lieferketten durcheinanderwirbeln, wirtschaftlich gebeutelte Staaten werden sich »Made in Germany« nicht mehr leisten können. Die Leichtbauhallen in den deutschen Gewerbegebieten werden sich derart aufheizen, dass es im Sommer unmöglich sein wird, darin zu arbeiten.

## DEMOKRATIE IN GEFAHR

»Wir Menschen sind trainiert auf Wirkungen, die hier und jetzt und gleich passieren«, sagt Risikoforscher Ortwin Renn. Würden wir jetzt den schärfsten Klimaschutz

umsetzen – den Klimawandel würde das nicht unverzüglich stoppen. »Da wird ein Teil der Gesellschaft schnell ungeduldig werden.« Wozu der ganze Aufwand, wenn sich doch nichts bessert? Renn fürchtet um die Demokratie und sieht die Gefahr autoritärer Lösungen – für Klimaschutz oder auch dagegen.

Zudem werden andere Regionen der Welt deutlich stärker unter der Klimaerhitzung leiden. Renn befürchtet eine Zerreißprobe für Europa, »wie wir sie uns bisher nicht vorstellen können«. Die Zahl der Flüchtlinge werde stark ansteigen. »Die Kombination aus weltweiter Migration und Etablierung eines rechtspopulistischen Autoritarismus in wohlhabenderen Staaten – das ist, was mich am Klimawandel am meisten beängstigt.«

## DIE NEUE UNGEWISSHEIT

Früher hieß es: »In den Wald gehen ist gesund.« Aus der Vergangenheit ließen sich Erfahrungen ableiten, die sinnvollerweise das Handeln im Hier und Jetzt bestimmen. Das gilt heute nicht mehr: In den Wald zu gehen kann zum Beispiel ungesund sein, wenn sich dort durch die höheren Temperaturen Zecken ausbreiten.

Wann ein Landwirt aussät, wie und wo man sein Haus baut, wo eine Gesellschaft Städte ansiedelt, wie sie diese organisiert – Erfahrungen zu diesen Themen wurden erstmals in der sogenannten Bauern-Praktik beschrieben. »Wann der nebel im summer off zücht, Bedüt am tag oder am morgen fücht« heißt es da: Feuchtigkeit ist schlecht für die Ernte, denn das Getreide erwärmt sich und schafft ein optimales Milieu für Pilze. An einem nebligen Sommermorgen sollte der Bauer die Sense also lieber stehen lassen.

Solches Wissen wurde von Bauer zu Bauer, von Generation zu Generation als »Best Practice« weitergegeben; Fachwissen, das hilft, ein bäuerliches Wirtschaftsjahr zu planen und die Erträge zu erhöhen. Das ist in Zukunft für die Katz. Der Klimawandel wird eine radikale Entwertung menschlichen Erfahrungswissens bringen.

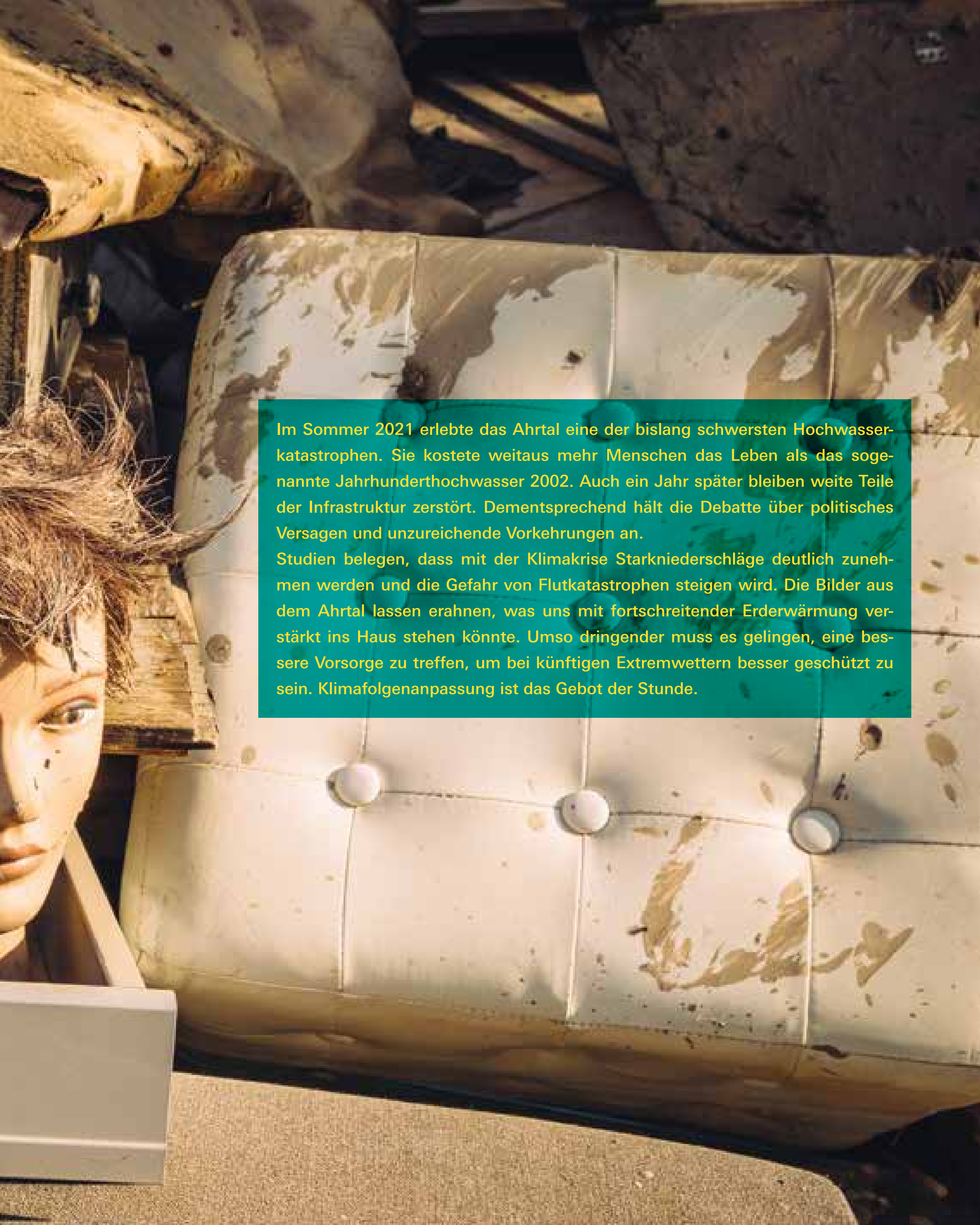
Verfechter*innen eines strengeren Klimaschutzes sagen bisweilen, es müsse sich alles ändern. Essensvorlieben, Konsumgewohnheiten, Reiseverhalten, Energieversorgung – nichts dürfe bleiben, wie es ist. Zugleich wundern sie sich über Widerstände. Doch die sind alles andere als überraschend. Große Teile der Gesellschaft haben in den letzten Jahren und Jahrzehnten unzählige Umbrüche erlebt – im Berufsalltag, bei den sozialen Sicherungssystemen, zuletzt durch die Coronapandemie. Viele Leute haben die Nase voll von Veränderungen.

Dabei ist es genau andersherum: Angesichts der Veränderungen, die ein ungebremster Klimawandel für die Welt und auch für Deutschland brächte, verblassen die Umbauten, die zur Senkung der Treibhausgasemissionen nötig sind. In Wahrheit bedeutet nicht Klimaschutz eine große Veränderung – vielmehr würde ein Verzicht auf Klimaschutz unser aller Leben auf den Kopf stellen.



# NACH DER FLUT

**EINE FOTODOKUMENTATION VON DOMINIK ASBACH, THEODOR BARTH UND MURAT TUEREMIS**



Im Sommer 2021 erlebte das Ahrtal eine der bislang schwersten Hochwasserkatastrophen. Sie kostete weitaus mehr Menschen das Leben als das sogenannte Jahrhunderthochwasser 2002. Auch ein Jahr später bleiben weite Teile der Infrastruktur zerstört. Dementsprechend hält die Debatte über politisches Versagen und unzureichende Vorkehrungen an.
Studien belegen, dass mit der Klimakrise Starkniederschläge deutlich zunehmen werden und die Gefahr von Flutkatastrophen steigen wird. Die Bilder aus dem Ahrtal lassen erahnen, was uns mit fortschreitender Erderwärmung verstärkt ins Haus stehen könnte. Umso dringender muss es gelingen, eine bessere Vorsorge zu treffen, um bei künftigen Extremwettern besser geschützt zu sein. Klimafolgenanpassung ist das Gebot der Stunde.



Das Ahrtal nach der Flutkatastrophe. Nach dem teilweisen Einsturz der historischen Nepomukbrücke hat die Bundeswehr einen Shuttleservice über die Ahr eingerichtet.

Innenstadt von Bad Neuenahr





Autowracks in Rech

Freiwillige Helfer*innen in der Altstadt von Ahrweiler





Freiwilliger Helfer in Bad Neuenahr



Zerstörtes Haus in Ahrbrück

# **GESPRÄCH** MIT KAI IMSANDE

» Viele fühlen sich einfach alleingelassen. Sie schließen aus ihren Erfahrungen, dass die Politik versagt hat.«



# **STAATSVERSAGEN UND SELBSTORGANISIERUNG** WAS TUN NACH DER FLUTKATASTROPHE?

Du organisierst seit mehr als zehn Monaten die Nothilfe in Swisttal – wie kam das?

Ich bin hier aufgewachsen und wohne inzwischen in einer Nachbargemeinde. Eigentlich wollte ich im letzten Sommer nur ein paar Karmapunkte sammeln, wie viele andere. Aber die Situation, die ich vorgefunden habe, war katastrophal und chaotisch: Es gab keinerlei koordinierte Hilfe. Die Bundespolizei, das THW, die Feuerwehr und die Bundeswehr waren zwar vor Ort, aber wenig hilfreich. Die Gemeinde war absolut überfordert. Allein in den ersten drei, vier Tagen kamen allerdings über tausend Helfer*innen. Um ins Dorf zu kommen, brauchte man dreieinhalb Stunden, SMS kamen nur sporadisch durch, Digitalfunk oder Internet funktionierte gar nicht. Als Erstes musste alles aus den Häusern geräumt und abtransportiert werden. Die Straßen waren aber voller Schlamm und Müll. All das musste koordiniert werden.

Und das hast du in die Hand genommen?

Ja, da ich hier aufgewachsen bin, hatte ich einen gewissen Vertrauensvorschuss. Schon nach zwei Wochen haben die Einsatzkräfte

den Ort wieder verlassen. Von da an gab es nur noch ehrenamtliche Kräfte. Wir fühlten uns alle alleingelassen, ob Helfer*innen oder Betroffene. In der Situation habe ich die Strukturen zusammengeführt. Das solidarische Netzwerk wurde immer größer, die Leute kamen von überallher, teilweise aus Belgien und Holland. Das war sensationell und hält bis heute an.

Welche Rolle haben vorhandene Strukturen wie Vereine, Verbände oder Kirchen gespielt?

Die katholische Kirche hat uns direkt das Pfarrheim am Dorfplatz zur Verfügung gestellt, wo unser Zelt bis heute steht. Aber alle anderen Vereine konnten sich kaum beteiligen. Von den 1400 Gebäuden im Ort waren etwa 1200 bis 1300 betroffen und damit auch die meisten Vereinsmitglieder. Ab dem 28. oder 29. Juli – also zwei Wochen nach der Flut – war die gesamte Hilfe ehrenamtlich, ob Häuser entrümpelt oder die Straßen freigeräumt wurden.

Wie konntest du von einem Tag auf den anderen alles stehen und liegen lassen und so viel Verantwortung übernehmen?

Ich war Vertriebsleiter einer Werbeagentur. Wir waren vom Stromausfall in der Region betroffen und wurden die ersten paar Tage freigestellt. Danach hatte ich zufällig drei Wochen Sommerurlaub und dann habe ich versucht, den Spagat zwischen meinem Beruf und der Hilfe hinzubekommen. Da kamen so 120 bis 130 Stunden in der Woche zusammen. Im September bekam ich dann ein Jobangebot zur Projektarbeit in der Hochwasserhilfe und seit Oktober bin ich hauptamtlich hier. Meine Freundin würde sagen, dass es trotzdem noch viel zu viele Stunden sind. Wir haben keinen Tag frei und sind rund um die Uhr im Einsatz. Das ist schwierig mit dem familiären Leben unter einen Hut zu bekommen.

Ihr seid eine Art Schnittstelle, bei der alle Informationen zusammenfließen. Ist das richtig?

Genau. Ein wichtiger Punkt war am Anfang, die zahlreichen Hilfsangebote und Spenden zu koordinieren. Wir wurden etwa überschüttet mit Klamotten. Zunächst gab es diesen Bedarf, aber inzwischen könnten wir halb Deutschland mit Pullovern ausstatten.

Gibt es ähnliche Erfahrungen und Strukturen auch an anderen Orten?

Wir sind in NRW eine Ausnahme. In Stolberg bei Aachen gibt es ähnliche Strukturen. Es spricht sich natürlich herum und die Menschen kommen sowohl auf der Suche nach Hilfe als auch mit Angeboten aus einem Umkreis von 30 Kilometern. Inzwischen haben wir weit über 10 000 Helfer*innen vermittelt. Es geht aber nicht nur um die praktische Hilfe: Wichtig ist, dass sich die Leute auf

KAI IMSANDE ist Vertriebsleiter und lebt in der Nähe des nordrhein-westfälischen Swisttal, das von der Hochwasserkatastrophe im Juli 2021 massiv betroffen war. In einer Situation, in der staatliche Behörden kaum handlungsfähig waren, baute er zusammen mit anderen ein solidarisches Netzwerk auf und übernahm die Organisation der ehrenamtlichen Fluthilfe. Nach einigen Wochen kündigte er seinen damaligen Job und arbeitet seitdem für eine Hilfsorganisation in einem Zelt am Hauptplatz des Ortes.

die Unterstützung verlassen können, ob es tatkräftige Hilfe ist oder seelischer Beistand. Wir versuchen das alles zu verbinden. Inzwischen sind auch die Johanniter, das DRK, die Malteser, die Diakonie und die Caritas durch uns gut vernetzt. Teilweise treffen sie sich hier und sprechen ab, wer was übernimmt.

Woran liegt es, dass es euch gelungen ist, ein so gut funktionierendes Netzwerk aufzubauen?

Obwohl ich jetzt für eine Hilfsorganisation tätig bin, machen wir vieles weiterhin ehrenamtlich. Das geht nur, wenn viele Hände zusammenarbeiten. Ich sehe mich wie eine Spinne im Netz, die alles verbindet. Dabei habe ich immer versucht, die Hierarchien flach zu halten, viele einzubinden, aber auch mal eine Pause zu empfehlen. Auch für die Helfer*innen kann es eine sehr belastende Situation sein. Hin und wieder stelle ich aber auch mal unangenehme Fragen in Richtung Kommune, Kreis oder Ministerium. All diese Faktoren spielen eine Rolle. Man muss vertrauensvoll und empathisch sein und wenn nötig auch diplomatisch herangehen. Alleine geht das nicht. Wir sind ein ganzes Team. Dafür braucht es eine gewisse Hartnäckigkeit und, wie mein Vater immer gesagt hat, ein Herz voller Liebe, sonst wird es schwierig.

Gab es Momente, in denen du das Gefühl hattest, dass die Stimmung kippt? Und wie seid ihr beispielsweise mit knappen Ressourcen umgegangen?

Natürlich gab es solche Momente. Es gab beispielsweise hundert neue Waschmaschinen und viele gebrauchte. Da haben einige gefragt, wieso hat mein Nachbar eine neue und ich nur eine gebrauchte? Wir hatten eine Liste für die angefragte Hilfe und haben sie immer streng von oben nach unten abgearbeitet. Und wir haben nie etwas versprochen, was wir nicht halten konnten. Bautrockner waren auch ein Riesenthema. Da haben wir zuerst die Versicherten von der Liste gestrichen und ihnen erklärt, wie sie eigenständig an Trockner kommen können. Es gab natürlich auch Differenzen, oder mal hat der eine dem anderen etwas nicht gegönnt. Aber alle wussten, dass wir sie gleich behandeln. Das war wichtig. Und natürlich haben wir auch geholfen, wenn eine alte Frau in ihrem kaputten Haus stand und Hilfe brauchte, obwohl sie versichert war. Wir mussten dann einfach den gesunden Menschenverstand walten lassen und klar kommunizieren.

Solche Prozesse sind normalerweise schwierig, weil sich nicht alle darüber einig sind, wie man Prioritäten setzt.

Wir haben das im Team besprochen und sowohl die sozialen Aspekte berücksichtigt als auch den Grad der Beschädigung der Häuser. Daraus konnten wir fast immer ein faires Konzept erstellen. Der Dreh- und Angelpunkt ist die Kommunikation.

Die meisten Leute haben weder eine solche Katastrophe jemals erlebt, noch ein derartiges Maß an Solidarität von fremden Menschen erfahren. Hast du das Gefühl, dass sich im Ort die Beziehung der Menschen untereinander nachhaltig verändert hat?

Das hat sie. Ein so gigantisches Ausmaß an Solidarität aus ganz Deutschland hat alle überrascht. Die Flut hat die Menschen zusammengebracht und es ist etwas ganz Neues entstanden. Wenn wir es gemeinsam



Helferinnen in Ahrweiler nach Flutkatastrophe, Juli 2021

machen, wird es einfacher – das ist eine wertvolle Erfahrung. Natürlich waren die Umstände nicht so schön, aber die Flut hat die Tatsache freigespült, dass so etwas möglich ist. Inwieweit uns das noch begleiten wird, kann ich nicht sagen, aber ich hoffe natürlich, dass es für eine lange Zeit bleibt.

**Wie erklärst du dir, dass staatliche Strukturen auch nach einem halben Jahr noch nicht imstande waren, koordiniert Hilfe zu leisten?**
Es gibt keine Bundesbehörde, die das einheitlich in die Hand nehmen könnte. Man muss auch differenzieren: Zum Beispiel sind die 30 Milliarden Euro Wiederaufbauhilfe eine gute Sache. Geld ist aber nicht alles und es muss auch bei den Betroffenen ankommen. Deutschland ist ein sehr bürokratischer Staat. Inzwischen funktioniert es allmählich, aber bis Ende des Jahres wurden einschließlich der kommunalen Förderungen gerade einmal 0,5 Prozent der vorhandenen Gelder ausgeschüttet. Der Katastrophenschutz in Deutschland ist einfach schlecht geregelt, vor allem wenn das Ausmaß der Katastrophe so groß und länderübergreifend ist.

**Wie meinst du das?**
Der Katastrophenschutz ist in erster Linie auf die Gefahrenabwehr ausgerichtet. Alles, was danach kommt, ist nicht klar geregelt. Die Landrät*innen rufen den Katastrophenfall aus. Das kann und darf niemand sonst. Es führt aber zu Problemen. Beispielsweise war

die Polizei in ihren Einsätzen sehr beschränkt, weil selbst in der akuten Phase die Kompetenzen ungeklärt waren. All das müsste durch eine Bundesbehörde geregelt werden, damit einheitlich gearbeitet werden kann.

Diese Katastrophe hat definitiv gezeigt, dass strukturell etwas passieren muss, wir brauchen Ablaufpläne. Und es geht nicht nur darum, Gefahren besser abzuwehren. Wenn die Leute beispielsweise ihre völlig zerstörten Häuser abreißen müssen, kommen sie ewig nicht an Genehmigungen. Am Anfang hat das Ministerium mit 100 000 Anträgen für den Wiederaufbau gerechnet, aber das Problem

**»Man könnte so viele Strukturen vorher aufbauen, wenn man einen Plan in der Schublade hätte.«**

betrifft sicher 200 000 bis 300 000 Menschen. Viele fühlen sich einfach alleingelassen. Sie unterscheiden dann nicht mehr zwischen der Verwaltung und der Politik oder zwischen Kommune, Kreis oder Bundesland. Sie schließen aus ihren Erfahrungen, dass die Politik versagt hat.

Ist es auch eine Frage der Aufklärung?

Ja, niemand weiß: Wie verhalte ich mich in einer Katastrophe? Wie verhalte ich mich danach? Wie lassen sich Ehrenamtliche einbinden, damit eine Erstversorgung ermöglicht wird? Man könnte so viele Strukturen vorher aufbauen, wenn man einen Plan in der Schublade hätte. Solche Situationen werden sich wiederholen, ob Hochwasser oder Waldbrand. Es braucht eine Stelle, die Ehrenamtliche schult, Ortsvorsteher*innen oder interessierte Personen, damit sie wissen, was nach einer Katastrophe zu tun ist. Das kann man so entwickeln, dass es für jedes Dorf oder jede Stadt passt. Das wäre ein Ansatz, an dem wir arbeiten müssten.

Diese Katastrophe hat auch etwas mit dem Klimawandel zu tun. Spielt das in der Wahrnehmung der Betroffenen eine Rolle?

Der Klimawandel ist auf jeden Fall Thema, auch in Bezug auf Anpassungsmaßnahmen. Für die Menschen hier im Flutgebiet ist beispielsweise ein Hochwasserschutz dringend erforderlich. Wetterbedingungen, natürliche Gegebenheiten, Versiegelung – das muss alles neu bewertet werden. Warum sind hier so viele Flächen versiegelt? Früher ist das Wasser teilweise schon abgelaufen, bevor es überhaupt Schaden anrichten konnte. Durch den Klimawandel werden Katastrophen häufiger. Hier steht schon wieder ein Hochwasser vor der Tür: Für nächste Woche ist ein HQ1 bis HQ2 angekündigt.

Was heißt das?

Das bezeichnet ein Hochwasser, wie es theoretisch nur alle ein bis zwei Jahre vorkommt. Ein solches hatten wir aber gerade erst letzten Sonntag. Es sollte also frühestens in einem Jahr wieder vorkommen. Die große Flut lag weit über dem HQ-Extrem, war also ein Ereignis, das vermeintlich einmal in 10 000 Jahren vorkommt. Ich kann das nicht bewerten, aber es könnte sein, dass nach der Katastrophe vom 14. und 15. Juli die 10 000 Jahre ruck, zuck abgelaufen sind und es diesen Sommer erneut passiert. Das kann keiner vorhersagen.

Diese Flut war ein Wetterphänomen, bei dem vieles zusammenkam. Aber das kann sich genau so wiederholen, weil sich nichts verän-

dert hat. Weder an der Ahr noch hier wurden Vorkehrungen getroffen. Bei einem ähnlichen Niederschlag wäre alles identisch. Die Region hier war noch nicht einmal als Hochwassergebiet eingestuft. Die Hochwasserkarten müssen vollkommen neu bewertet und der Klimawandel muss dabei berücksichtigt werden.

Hast du den Eindruck, dass die Fähigkeit, mit dieser Katastrophe umzugehen, auch etwas mit der sozialen Lage der Betroffenen zu tun hat? Konntet ihr durch die solidarischen Netzwerke bestimmte Probleme auffangen oder kompensieren?

Menschen mit geringem Einkommen oder auch Menschen mit niedrigem Bildungsgrad haben es eindeutig schwerer. Sie müssen sich durch den Dschungel der Anträge kämpfen und dabei alles im Blick behalten. Auch ältere Menschen haben größere Probleme. Und manchmal hilft auch das Geld nicht, da spielt der menschliche Zusammenhalt eine große Rolle. Wir hatten bei einer älteren Dame den Fall, dass der komplette Keller geflutet war. Ihr ging es gut und sie konnte schnell Handwerker finden und bezahlen, aber ihre ganzen Erinnerungen waren zerstört. Die sozial schlechter gestellte Familie von nebenan, bei der das Haus stärker beschädigt wurde, war in einer schwierigeren Situation. Aber sie hatten immerhin sich als Familie. Es ist immer schwierig, Betroffenheit zu skalieren.

Haben rechte Gruppen versucht, die Lage für sich zu instrumentalisieren?

Nicht wirklich, das haben wir nicht zugelassen. Ich weiß aber, dass es das an anderen Orten gab. Da wurde unter dem Deckmäntelchen der Hilfsbereitschaft eine Turnhalle übernommen und dann sind Leute in Militärklamotten aufgetreten. Eigentlich möchte ich mich aus politischen Fragen eher raushalten, es gibt aber Grenzen. Die rechte Szene ist für mich eine solche Grenze. Da waren wir uns hier auch immer einig. Wir sind hier auf dem Dorf, nahe der Eifel. Menschen mit Migrationshintergrund finden hier schwerer Anschluss. Hier leben aber Menschen aus Syrien, aus der Türkei und seit der Fluchtbewegung 2015 auch Schwarze Menschen aus Afrika. Selbst wenn es Stimmen gab, die Unterschiede aufmachen wollten – für uns stand immer die Frage im Vordergrund: Wie können wir helfen? Wie können wir alle gleichstellen? Alles andere ist indiskutabel.

**»Selbst wenn es Stimmen gab, die Unterschiede aufmachen wollten – für uns stand immer im Vordergrund: Wie können wir helfen? Wie können wir alle gleichstellen?«**

Welches Fazit ziehst du aus den Erfahrungen, die ihr in der Fluthilfe gemacht habt?

Der Beitrag der Helfer*innen und Spender*innen war enorm, hier fehlt es oft an Wertschätzung. Es ist einfach wichtig, dass mal einer schreibt: »Danke, dass Sie geholfen haben«. Wir haben vom Infopoint aus kurz vor Weihnachten eine Weihnachtskarte ins ganze Dorf geschickt. Da kam so viel Wertschätzung von den Betroffenen zurück. Das bedeutet etwas. Wertschätzung ist wichtig für dieses Miteinander, das ist das A und O, das wollte ich zum Schluss nochmal betonen.

*Das Gespräch führten Barbara Fried und Markus Wissen.*


DEICHE BAUEN REICHT NICHT
WIE EINE LINKE ANPASSUNGSPOLITIK AUSSEHEN KANN
ULRICH BRAND, BARBARA FRIED, RHONDA KOCH, HANNAH SCHURIAN UND MARKUS WISSEN

Die Klimafolgen bringen massive soziale Verwerfungen mit sich. Die herrschende Politik wird das Problem nicht lösen, sondern eher verschärfen. Wir brauchen dringend Konzepte der Anpassung von links.

ULRICH BRAND, BARBARA FRIED, RHONDA KOCH, HANNAH SCHURIAN und MARKUS WISSEN sind Mitarbeiter*innen oder Fellows am Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Sie sind außerdem alle Redakteur*innen dieser Zeitschrift.

Stellen wir uns einen Hitzesommer im Jahr 2050 in einer deutschen Großstadt vor. Tropische Nächte, in denen die Temperatur nicht unter 20 Grad sinkt, verhindern über Wochen erholsamen Schlaf und setzen besonders alten und geschwächten Menschen zu. In den schlecht sanierten, dicht besiedelten Wohngegenden staut sich die Hitze – während es in Stadtvierteln mit Grünflächen und Gärten bis zu zehn Grad kühler sein kann.

Das ist nur ein Schlaglicht auf die Ungleichheit in einer klimaveränderten Welt – und es ist nicht das bedrückendste. In vielen Weltregionen werden zu diesem Zeitpunkt die Lebensverhältnisse unerträglich sein, zahllose Existenzen durch Umweltkrisen bedroht oder zerstört.

Doch auch die Hitzesommer in Deutschland werden massive Folgen haben und Tote fordern. Dass sie kommen, lässt sich mit hoher Wahrscheinlichkeit vorhersagen. Dass sich daraus dringender Handlungsbedarf ergibt, ebenfalls. Dennoch werden die Klimafolgen in ihrer Tragweite weithin verdrängt. Die Folge: Wir sind im schlechten Sinne »unangepasst«. Es fehlt an ausreichenden Infrastrukturen und Ressourcen, um mit Hitzewellen, Dürreperioden, Starkregen und Wasserkrisen umgehen zu können. Den Preis zahlen vor allem diejenigen, die am wenigsten haben. Klimaanpassung ist damit eine soziale Frage, eine der Fragen unserer Zeit, an der sich die Richtung der gesellschaftlichen Entwicklung entscheidet. Dennoch wird sie auch in der Linken oft beiseitegeschoben. »Anpassung« wirkt defensiv, resignativ. Wer will schon über die Verwaltung des Mangels sprechen – damit lässt sich keine Zustimmung gewinnen. Und: Wäre es nicht besser, alle Anstrengungen auf den Klimaschutz zu richten, als sich jetzt schon mit den Folgen abzufinden?

Dabei ist gerade das Gegenteil richtig: Sich den Klimafolgen zu stellen, ist ein *reality check*, der die Dringlichkeit des Klimaschutzes

umso deutlicher macht. Wenn wir verstehen, welcher Handlungsbedarf durch einen Anstieg der globalen Durchschnittstemperatur um zwei Grad entsteht, begreifen wir, warum ein weiterer Anstieg um jeden Preis verhindert werden muss. Das Verdrängte zu konfrontieren und ein glaubwürdiges Bild davon zu zeichnen, was auf uns zukommt, kann der Resignation eher entgegenwirken und zu kollektivem Handeln motivieren.

Denn selbst in den wohlhabenden Ländern des globalen Nordens sind die Herausforderungen immens. Starkregen und Hitzesommer häufen sich und verursachen in Großstädten schon jetzt jährlich mehr Todesfälle als der Straßenverkehr (vgl. Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt Berlin, 2016: 16). In einigen Regionen sind traditionelle Pflanzensorten nicht mehr anbaubar und zahlreiche Tierarten vom Aussterben bedroht (vgl. Reimer in diesem Heft). Unsere Infrastrukturen und Lebensgewohnheiten sind auf ein klimatisch stabiles 20. Jahrhundert ausgerichtet. Über Anpassung zu reden, ist also keine Option, es wird uns von der Realität aufgezwungen. »Change is coming whether you like it or not«, sagte Greta Thunberg und analog ließe sich formulieren, dass Anpassung stattfinden wird, ob wir wollen oder nicht.

**»Über Anpassung zu reden, ist also keine Option, es wird uns von der Realität aufgezwungen.«**

Die gegenwärtige Anpassung ist jedoch vielerorts nicht proaktiv, sondern reaktiv, nicht demokratisch, sondern autoritär, nicht öffentlich und universal, sondern privatisiert und technokratisch. Allzu oft blendet sie die enorme soziale Ungleichheit aus, die von den Klimafolgen noch verschärft wird. Anpassungspolitik müsste diejenigen ins Zentrum stellen, die am stärksten betroffen sind, und auf gute Lebensverhältnisse für alle zielen. Dafür muss sie die engen Grenzen des »realpolitisch Möglichen« sprengen und Ressourcen mobilisieren, die der Aufgabe angemessen sind. Wenn Anpassung nicht Teil einer grundlegenden sozial-ökologischen Transformation wird, wird sie für den Großteil der Menschen scheitern und soziale Spaltungen weiter vertiefen.

## DIE HERRSCHENDE ANPASSUNG

Die herrschenden Politiken der Anpassung werden diesen Herausforderungen nicht gerecht. Die klimatischen Veränderungen haben nicht nur graduelle Auswirkungen, sie werden unsere Produktions- und Reproduktionsverhältnisse grundlegend beeinträchtigen. Im globalen Süden sind die sozialen Verwerfungen infolge der Klimakrise bereits deutlicher zu erkennen. Krisen und Konflikte, Armut und Ungleichheit verschärfen die Auswirkungen von Klimafolgen und beeinträchtigen die Anpassungsfähigkeit von Menschen und Gesellschaften. Die Klimagerechtigkeitsbewegung im globalen Süden fordert daher in erster Linie Reparationen für die »Klimaschulden« des globalen Nordens, dessen fossilistisches Produktionsmodell und hegemoniale Lebensweise für den Großteil der globalen Emissionen verantwortlich sind und waren. Doch stattdessen dominieren Abschottung und Externalisierung – die Regierungen der nördlichen Industrieländer weisen nicht nur Menschen zurück, die vor unhaltbaren Lebensverhältnissen fliehen, sondern auch ihre

historische Verantwortung und die Forderung nach globaler Umverteilung. Die reichsten Länder geben inzwischen mindestens doppelt so viel für Grenzsicherung und Migrationsabwehr aus wie für die Klimafinanzierung (vgl. Buxton in diesem Heft). Und zur Absicherung von Schäden und Verlusten werden marktbasierte individuelle Versicherungsmodelle propagiert (vgl. Nera-Lauron in diesem Heft).

Zwar wird auch hierzulande die Dringlichkeit des Themas allmählich erkannt. Doch die politischen Antworten greifen zu kurz. Im Rahmen der Deutschen Anpassungsstrategie (DAS) erarbeiten Behörden und wissenschaftliche Netzwerke unter Leitung des Umweltministeriums seit 17 Jahren detaillierte Risikoanalysen – von der Land- und Forstwirtschaft über den Verkehr bis zur Gesundheitsversorgung. Die Aktionspläne versammeln umfangreiche Empfehlungen, die Kommunen werden angehalten, lokale Bedarfe zu ermitteln und Pläne vorzulegen, was auch vielerorts geschieht. Doch der Prozess stockt auf unterschiedlichen Ebenen und weist deutliche Leerstellen auf.

Die Maßnahmen bleiben nicht nur im Umfang weit hinter dem – formulierten und realen – Handlungsbedarf zurück, sie werden zudem in dem vermachteten und bürokratischen Handlungsrahmen von Kommunalregierungen und Verwaltungen ausgebremst. Angesichts der Größenordnung des Problems wäre eine Investitionsoffensive vonnöten, die die Infrastrukturen der Wasserwirtschaft, des Verkehrs, des Katastrophenschutzes, der Gesundheitsversorgung und Stadtentwicklung an die neuen klimatischen Risiken anpasst, und zwar so schnell wie möglich. Doch ein solcher Aufbruch ist nicht zu erkennen. Es fehlt an Personal und Finanzmitteln, die großen Aufgaben sind unter den Bedingungen prekärer Kommunalfinanzen kaum umsetzbar (vgl. Tebje in diesem Heft). Während man Aktionspläne verfasst, die allmählich in die politischen Apparate sickern sollen, werden gleichzeitig anderswo Fakten geschaffen: Es wird weiterhin versiegelt, es werden Autobahnen ausgebaut und Glastürme hochgezogen (vgl. Witt in diesem Heft).

Zudem konzentriert sich die Deutsche Anpassungsstrategie auf technische Maßnahmen wie Deichbauten, Abwassersysteme und Baunormen, die die Wirkung von Klimarisiken abmildern sollen. Andere Handlungsfelder in der Sozial-, Gesundheits-, Wohnungs- oder Stadtentwicklungspolitik werden jedoch kaum berücksichtigt, obwohl sie unmittelbar Einfluss haben auf die Auswirkungen der Klimafolgen. Die sozialen Determinanten der Vulnerabilität, der Verwundbarkeit durch die Folgen des Klimawandels, wurden in den Risikoanalysen erst spät überhaupt berücksichtigt und bleiben auch heute hinter einem ganzheitlichen Verständnis von Anpassung zurück, wie es etwa in den Berichten des Weltklimarates (IPCC) formuliert wird. Maßnahmen ›impliziter‹ Anpassung, die auf den Schutz von einkommensarmen und besonders gefährdeten Personen zielen – etwa mieter*innenfreundliche Finanzierungskonzepte für energetische Sanierung – werden ausgeklammert. Diese Engführung ist ein folgenschwerer Fehler. Denn auch innerhalb der reichen Länder treffen Umweltrisiken

**»Es sind die dicht bebauten, verkehrsbelasteten Innenstadtquartiere, die unsanierten Wohnungen ohne Grünflächen, wo Smog und Hitzestau am größten sind.«**

nicht alle gleich: Es sind die dicht bebauten, verkehrsbelasteten Innenstadtquartiere, die unsanierten Wohnungen ohne Grünflächen, wo Smog und Hitzestau am größten sind. Dass insbesondere Menschen in prekären Arbeits- und Wohnverhältnissen, ältere, gesundheitlich beeinträchtigte oder auch behinderte Menschen leiden, wenn soziale Dienstleistungen ausgedünnt werden, ist nicht neu und als »Krise der Reproduktion« analysiert worden. Mit der Zuspitzung der Klimafolgen wird sich auch diese Krise vertiefen. Anpassung müsste hier gezielt entgegensteuern und Fragen der Wohnungs- und Gesundheitspolitik, der sozialen Sicherungssysteme, der demokratischen Mitbestimmungsmöglichkeiten und die Eigentumsfrage mitberücksichtigen. Davon ist die DAS weit entfernt.

## ANPASSUNG, DIE UNGLEICHHEIT VERSCHÄRFT

Wenn Anpassungspolitik lediglich auf technische Maßnahmen setzt und den breiteren Kontext ihres Wirkens ausblendet, kann sie den Verteilungswirkungen der Klimakrise nicht begegnen und droht die Ungleichheit noch zu verstärken. Selbst der Weltklimarat moniert, dass eine »Anpassungspolitik, die nicht die negativen Auswirkungen für unterschiedliche soziale Gruppen in Betracht zieht, [...] zu erhöhter Verwundbarkeit führen [...] und Ungleichheit verschärfen [kann]« (IPCC 2022: 29, eigene Übersetzung). Ein Blick auf die Stadt verdeutlicht das: Auch sinnvolle Maßnahmen der Klimaanpassung wie die Entsiegelung von Grünflächen und energetische Sanierungen können auf einem deregulierten Wohnungsmarkt soziale Segregation verschärfen. Die Schaffung verkehrsberuhigter »grüner Zonen« kann zur Aufwertung von Quartieren beitragen und zur weiteren Verdrängung von ärmeren Bewohner*innen führen. Isabelle Angueolvski hat die segregierende Wirkung städtischer Klimaanpassung in unterschiedlichen Ländern und Städten analysiert und beschreibt eine »Green Gentrification«, die im Extremfall »luxuriöse klimaresiliente Elitegettos für die Privilegierten« hervorbringen könne (vgl. Anguelovski/Pellow in LuXemburg-Online). Städtische Anpassungspolitik ignoriert meist, dass Resilienz auch eine Klassenfrage ist, und stützt stattdessen die Tech- und Immobilienfirmen als Treiber von Wachstum. Häufig wird top-down agiert und die Interessen von Betroffenen werden ignoriert. Im globalen Süden gibt es Infrastrukturmaßnahmen, die im Namen der Klimaanpassung zur Vertreibung von Bevölkerungsgruppen geführt und deren Verwundbarkeit noch erhöht haben (vgl. Yanez in diesem Heft). Auch im Zuge von Katastrophenhilfe und Wiederaufbau kommt es häufig zur weiteren Privatisierung von Land und zu verschärfter Segregation, wenn nicht alle ehemaligen Bewohner*innen es sich leisten können, ihre Existenzen neu aufzubauen, oder gar gezielt umgesiedelt werden, wie beispielsweise in New Orleans nach dem Hurrikan Katrina 2005.

## IST EINE ANDERE POLITIK DER ANPASSUNG MÖGLICH?

Dass die herrschende Anpassungspolitik den unterschiedlichen Dimensionen des Problems kaum gerecht wird, dürfte auch damit zusammenhängen, dass sie auf soziale und physische Infrastrukturen aufbaut, die durch neoliberale Kahlschlagpolitik jahrzehntelang heruntergewirtschaftet wurden. Es kann daher kaum überraschen, dass es in den staatlichen Apparaten auch an personellen Kapazitäten



Helfer in Dernau nach Flutkatastrophe, Juli 2021

und den damit verbundenen Wissensbeständen fehlt, die für eine effektive Klimaanpassung erforderlich wären. Anpassungspolitik ist aber wesentlich Infrastrukturpolitik und kann folglich nur durch öffentliche Programme und Investitionen angemessen betrieben werden. Wenn diese notwendigen Maßnahmen ausbleiben oder strukturell versperrt sind – was heißt das für die Hebelpunkte, Möglichkeiten und Grenzen einer linken Anpassungspolitik?

Die absehbaren Verwerfungen infolge der Klimakrise werden zu erheblichen Legitimationsproblemen der herrschenden Politik und des kapitalistischen Staates führen. Sie

**»Die absehbaren Verwerfungen infolge der Klimakrise werden zu erheblichen Legitimationsproblemen der herrschenden Politik und des kapitalistischen Staates führen.«**

werden innergesellschaftlich und international so einschneidend sein, dass die existierenden Institutionen kaum mehr in der Lage sein werden, die Konflikte zu prozessieren, die sich daran entzünden. Der Widerspruch zwischen der Akkumulations- und der Legitimationsfunktion des Staates, also zwischen der Aufgabe, einerseits die Verwertungsbedingungen für das Kapital zu organisieren und andererseits die Zustimmung zu einer strukturell ungleichen Gesellschaftsordnung abzusichern, wird sich verschärfen. Die Frage der Legitimation, verbunden mit der Frage nach der Effektivität von Politik, stellt sich damit immer dringlicher. Das spielt bekanntlich nicht automatisch der Linken in die Hände. Es eröffnet aber – wenn die Linke sich nicht unvorbereitet davon überraschen lässt – die Möglichkeit, in einem radikal-reformistischen Sinne zu intervenieren: mit Maßnahmen, die den Schutz und die Lebensbedingungen der Vielen konkret verbessern. Strategisch sollte daher genau überlegt werden, welche Maßnahmen im Fokus einer progressiven Anpassungspolitik in den kommenden Jahren stehen sollten und welche Bündnisse für die Durchsetzung der jeweiligen Maßnahmen erforderlich wären, um diesen eine reale Durchsetzungsperspektive zu geben.

Dafür müssen jedoch die staatlichen und gesellschaftlichen Kapazitäten der Klimaanpassung wieder oder neu aufgebaut werden. Gleichzeitig müssen die strukturellen Grenzen, an die solche Bemühungen im kapitalistischen Staat notwendigerweise stoßen, reflektiert werden. Entscheidend wäre es unter anderem, den Kampf auch um die staatlichen Institutionen der Anpassung aufzunehmen. Im Bündnis mit progressiven Akteuren in den staatlichen Apparaten (z. B. im Umweltministerium, im Umweltbundesamt, in vielen Kommunalverwaltungen) gilt es, die Grenzen des Machbaren zu verschieben. Das geht allerdings nur, wenn entsprechende Forderungen auch von sozialen Bewegungen mit Nachdruck verfolgt werden und ein politischer Druck entsteht, der dafür Räume öffnet. Zwar ist die Klimabewegung im globalen Norden in den letzten Jahren deutlich erstarkt, sie konzentriert sich aber primär – und im (berechtigten) Interesse künftiger Generationen – auf die Defizite beim Klimaschutz. Anpassungsfragen lassen sich demgegenüber viel schwerer politisieren. Klimagerechtigkeit müsste im Feld der Anpassungspolitik erst als zentrale Forderung zur Geltung gebracht werden. Darin liegt eine Herausforderung, aber auch eine Möglichkeit, das Feld der Anpassungspolitik von links

zu besetzen. Wie in kaum einem anderen Bereich wird hier die ökologische als soziale und internationalistische Frage sichtbar. Die gesellschaftliche Linke muss Anpassung daher als Richtungsfrage stellen: Geht es primär darum, die sozial-ökologisch destruktiven Folgen einer Produktionsweise abzufedern, ohne deren Mechanismen infrage zu stellen? Oder begreifen wir Anpassung als Einstieg in den grundlegenden Umbau dieser Gesellschaft? In diese Auseinandersetzung muss sich die Linke mit konkreten Konzepten solidarischer Anpassungspolitik einmischen.

Das ist schwierig, beinhaltet aber auch eine Chance: Durch die massiven klimatischen Umbrüche wird jedes realistisch-realpolitische ›Weiter so‹ der Realität völlig unangemessen. Nur durch tiefgreifende Veränderungen in der Produktions- und Reproduktionsweise, in den Eigentumsverhältnissen, der demokratischen Teilhabe und mit einer internationalistischen Perspektive kann tatsächlich eine Klimaanpassung im Sinne der Vielen gelingen. Dafür zu streiten, könnte in Zukunft zentral sein für die Erneuerung der gesellschaftlichen und politischen Linken.

## LINKE KLIMAFOLGENANPASSUNG WILL MEHR!

Klimafolgenanpassung wäre aus einer linken Perspektive daher umfassend zu begreifen: Neben der ›expliziten‹ Anpassung wäre – als differentia specifica linker Politik – die ›implizite‹ Anpassung zu stärken. Explizite Maßnahmen sind primär baulicher und technischer Art: Deiche werden erhöht, Flächen entsiegelt, Kühlräume geschaffen, neue Pflanzensorten gezüchtet oder Schwammstadt-Konzepte umgesetzt. Das alles ist unabdingbar. Es kann Leben retten und dazu beitragen, dass besonders von der Klimakrise betroffene Räume bewohnbar bleiben.

Implizite Anpassung geht darüber hinaus, weil sie die sozialen Verhältnisse in den Blick nimmt, die die Auswirkungen der Klimakrise bestimmen und insgesamt für ungleiche Lebensverhältnisse verantwortlich sind. Sie verbindet den Schutz vor den nicht mehr vermeidbaren Auswirkungen der Klimakrise und den Fokus auf die am stärksten Betroffenen

**»Durch die massiven klimatischen Umbrüche wird jedes realistisch-realpolitische ›Weiter so‹ der Realität völlig unangemessen.«**

mit der Frage, wie wir eigentlich leben wollen und können.

All das, was für einen effektiven Schutz vor den Folgen der Klimakrise notwendig ist, sind Dinge, für die aus linker Perspektive ohnehin gestritten wird, weil sie die Gesellschaft egalitärer machen. Dazu zählen die energetische Sanierung des sozialen Wohnungsbaus, der Ausbau des Gesundheitswesens, die Förderung einer ernährungssouveränen ökologischen Landwirtschaft mit an die Klimakrise angepassten regionalen Anbaumethoden und solidarischen Stadt-Umland-Beziehungen bei der Versorgung mit Lebensmitteln ebenso wie die Förderung von öffentlichen Orten und Gemeinschaftsgärten. Global sind ein Ende der Abschottungspolitik und offene Grenzen für (Klima-)Migrant*innen und -Flüchtlinge ebenso wichtig wie die massive Unterstützung des globalen Südens für die Linderung oder Behebung von Klimaschäden sowie der Verzicht auf eine Klimapolitik, die Anpassungskapazitäten im globalen Süden untergräbt, wie etwa die Förderung der

ressourcenintensiven Elektroautomobilität. Konkrete Maßnahmen zur Umweltgerechtigkeit reichen vom Rückbau großer Straßen, an denen meist die Ärmeren wohnen, zugunsten von Grünflächen und dem gleichzeitigen Ausbau des öffentlichen Transports bis zu besseren Arbeitsbedingungen in Branchen wie der Bau- und Landwirtschaft, die eine hohe Vulnerabilität gegenüber ökologischen Krisenphänomenen aufweisen. Schließlich geht es auch um eine Arbeitszeitverkürzung, die die Voraussetzungen für die immer wichtigere sorgende Arbeit an Mensch und Natur verbessert.

Das alles sind Essentials linker Politik. Sie sind nicht neu, aber sie erhalten eine besondere Dringlichkeit durch die notwendige Anpassung an die Klimafolgen und die zunehmend notwendigen Reparaturarbeiten angesichts massiver Umweltschäden. Von der Linken immer schon geforderte Veränderungen werden nun zum Schlüssel einer solidarischen Resilienz gegen die Klimakrise. Die »egalitären Aspekte des Stadtlebens [bieten] die besten soziologischen und physikalischen Voraussetzungen für Ressourcenschonung und Reduktion des $CO_2$-Ausstoßes« (Davis 2010; vgl. IPCC-Bericht 2022), schrieb Mike Davis vor über zehn Jahren. Das lässt sich umstandslos auf die Klimaanpassung und auf ländliche Regionen übertragen. Es markiert den Horizont einer linken Anpassungspolitik, in der sich der Abbau von sozialer Herrschaft und der Abbau von Naturbeherrschung wechselseitig bedingen und gemeinsam die Grundlage für eine solidarische Bewältigung der Klimakrise schaffen – dafür, dass im Schlechten etwas Besseres entstehen kann, und zwar von unten.

## WAS DÜRFEN WIR HOFFEN?

Zoomen wir nochmal in den urbanen Hitzesommer 2050, aber diesmal unter anderen Vorzeichen. Was wäre möglich, wenn Anpassungspolitik tatsächlich die Lebensverhältnisse der Vielen ins Zentrum stellte? Natürlich würden die tropischen Nächte weiterhin viele Menschen gesundheitlich an ihre Grenzen bringen. Doch es wären zumindest Frischluftzufuhr und Kühlung für alle garantiert. Es wären Vorkehrungen getroffen worden – insbesondere für die am stärksten betroffenen Gruppen: Eine öffentliche Warn-App liefert dann täglich aktuelle Klimadaten, empfiehlt individuelle Schutzmaßnahmen und informiert über die am nächsten gelegenen Kühlräume, öffentlichen Wasserfontänen und Trinkbrunnen. Durch Entsiegelung würden gezielt Frischluftschneisen geschaffen, Brachen zur Nutzung an soziale und kulturelle Projekte übergeben. Als Neubau sticht dann insbesondere der öffentliche soziale Wohnungsbau hervor. Hier wurde Wohnraum für alle geschaffen, der modellhaft klimaangepasstes Wohnen zeigt: Der Energie- und Kühlungsbedarf ist durch intelligente Architektur und natürliche Baustoffe gering, Fassadenbegrünung wirkt als Kühlung. Auf dem Dach sind Grünflächen, die auch der Naherholung und Begegnung dienen. Viele Großsiedlungen wurden in den 2020er Jahren saniert. Mit der Vergesellschaftung der Wohnungsbestände wurden die Mieten auf niedrigem Niveau gedeckelt. Auf Quartiersebene und auf kommunaler Ebene gibt es demokratische Strukturen, die über weitere Baumaßnahmen und die gemeinschaftliche Nutzung entscheiden. Kühlräume, aber auch andere Gebäude wie etwa Kirchen,

stehen allen offen, mit besonderen Kapazitäten für ältere Menschen und Menschen mit Behinderungen, die aktiv angesprochen und bei Bedarf dorthin begleitet werden. Freibäder sind kostenfrei. Der Autoverkehr ist aus den Innenstädten verbannt, was den Hitzestau bremst und die Luftqualität verbessert. Die Straßen wurden zurückgebaut oder zu sicheren und breiten Fahrradstraßen. Parkhäuser und Parkplätze wurden in Grünanlagen und Gemeinschaftsgärten umgewandelt. Viele Menschen bevorzugen dennoch, außerhalb der großen Städte zu wohnen, da es klimatisch wesentlich angenehmer ist. Schnelle und zuverlässige öffentliche Verkehrsverbindungen machen es möglich.

Natürlich ist auch diese Welt keine heile Welt. Extremwetterereignisse häufen sich, Land-, Forst- und Wasserwirtschaft sind massiv im Umbruch, immer wieder gilt es, auf neue Krisen zu reagieren und Ausfälle und Schäden zu kompensieren. Die Länder des globalen Südens, die mit schweren sozialen Verwerfungen zu kämpfen haben, erhalten umfangreiche Reparationszahlungen von den ehemaligen Profiteuren des fossilen Kapitalismus im globalen Norden. Darüber hinaus gibt es einen dauerhaften Mechanismus der kollektiven Haftung und solidarischen Umverteilung von Krisenkosten weltweit. Nicht nur für den Klimaschutz, sondern auch für Klimaanpassung sowie Schäden und Verluste werden umfangreiche Ressourcen zur Verfügung gestellt, über die selbstbestimmt und demokratisch verfügt wird. In den Gesellschaften des globalen Südens fließen massive öffentliche Investitionen in den Ausbau von technischen und sozialen Infrastrukturen und in den Aufbau sozialer Sicherungsnetze zum Schutz der Menschen, deren Existenzen von den Klimafolgen bedroht oder zerstört sind. Dort wo Anpassung schwer oder unmöglich ist, haben Migrationsbewegungen zugenommen. Den Menschen Bewegungsfreiheit zu ermöglichen und eine neue Existenz zu sichern, ist eine zentrale politische Aufgabe.

Spätestens hier wird die Reichweite der skizzierten Utopie deutlich. Eine Welt, in der Klimafolgen solidarisch getragen und Anpassung im Sinne aller umgesetzt wird, wäre eine ganz andere, eine radikal veränderte Welt. Der Weg dahin kann nur ein internationalistischer sein. Ohne globale Perspektive ist keine solidarische Klimaanpassung möglich. Das Schlaglicht auf die klimagerechte Stadt im Sommer 2050 zeigt, was zu gewinnen ist: eine Perspektive der Hoffnung, die die Herausforderungen annimmt und nicht verdrängt, und eine Zukunft, für die es zu kämpfen lohnt.

**»Eine Welt, in der Klimafolgen solidarisch getragen und Anpassung im Sinne aller umgesetzt wird, wäre eine ganz andere, eine radikal veränderte Welt.«**

**LITERATUR**


Davis, Mike, 2010: Wer wird die Arche bauen? Das Gebot zur Utopie im Zeitalter der Katastrophen, in: Arch+ Zeitschrift für Architektur und Städtebau, Heft 196/197, S. 28–33, hier: S. 33.

IPCC – Intergovernmental Panel on Climate Change, 2022: Climage Change 2022. Impacts, Adaptation and Vulnerability, Summary for Policy Makers, www.ipcc.ch/report/ar6/wg2/downloads/report/IPCC_AR6_WGII_SummaryForPolicymakers.pdf.

Reimer, Nick/Staud, Toralf, 2021: Deutschland 2050. Wie der Klimawandel unser Leben verändern wird, Köln.

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt Berlin, 2016: Anpassung an die Folgen des Klimawandels in Berlin – AFOK, Teil II, www.berlin.de/sen/uvk/_assets/klimaschutz/anpassung-an-den-klimawandel/programm-zur-anpassung-an-die-folgen-des-klimawandels/afok_endbericht_teil2.pdf.

# ZWEI GRAD MEHR – NA UND?

## AUF WELCHE KLIMAFOLGEN WIR UNS EINSTELLEN MÜSSEN

Ein Klima in Deutschland wie in Urlaubsorten Italiens – warum sollen ein paar Grad mehr hierzulande ein Problem sein? Schließlich leben die Leute dort auch, Flora und Fauna sind bezaubernd, und das schon seit Jahrtausenden. Einige Beispiele, die zeigen, warum diese Rechnung nicht aufgeht.






### STÄDTE IM HITZESTRESS

Die alten Städte im Mittelmeerraum haben Gassen und Winkel, die Gebäude ein oft ausgeklügeltes System gegenseitigen Verschattens. Nordeuropäische Stadtquartiere basieren dagegen oft darauf, Licht einzufangen, Straßen sind vielfach breiter, Fenster blank. Solch ein Stadtsystem lässt sich nicht einfach umbauen, wenn zunehmende Sommerhitze die Gebäude aufheizt.



### UNFRUCHTBARER WEIZEN

Die Pollen von Weizen werden bei **über 30 Grad steril**. Umgekehrt brauchen viele Fruchtarten im Winter einen Kältereiz, um sich zu entwickeln. Kichererbsen, Hirse und Sojabohnen könnten zwar unter den neuen, heißeren Bedingungen in Deutschland gedeihen. Aber wer liefert dann künftig unser wichtigstes Brotgetreide?

## WATT UNTER

Wenn durch thermische Ausdehnung der Meeresspiegel steigt, geraten Watt und Salzwiesen entlang der Nordseeküste in Not. Deiche verhindern ein Ausweichen landeinwärts. Damit steht einer der biologisch vielfältigsten Lebensräume der Erde vor der Überflutung. Mit dem Verlust der Salzwiesen ginge nicht nur der Lebensraum für bis zu **2000 Insektenarten** verloren. Für **Millionen von Zugvögeln** würde damit auch eine der wichtigsten Nahrungsquellen wegfallen.

## HEISSES PFLASTER

Das städtische Klima in Europa wird sich bis **2050** drastisch verschieben. So wird es in Paris dann so warm sein wie in Istanbul, in Berlin wie im heutigen Florenz.

Quelle: CNRS 2021

Istanbul

## BAUMSTERBEN

Der Baumbestand des Mittelmeerraumes ist an Hitze und Wassermangel angepasst. Würden solche Bäume nun nördlich der Alpen angepflanzt, könnten sie vielleicht mit den künftigen heißen Sommern klarkommen, doch nicht mit den weiterhin strengen Winterperioden. Forstwissenschaftler*innen suchen verzweifelt nach Baumarten, die beides schaffen. Bislang kaum mit Erfolg. Mehr als die **Hälfte der Baumarten Europas** ist so vom Aussterben bedroht.

## AUS DEM WINTERSCHLAF

Frühe Wärmeeinbrüche im Frühjahr sind eine Folge des Klimawandels. Dabei erwachen Tiere wie der Igel zu früh aus dem Winterschlaf. Vor April finden sie jedoch kaum Nahrung, vielen Frühaufstehern droht der Hungertod. Rechnerisch wandern die Lebensräume klimawandelbedingt **jährlich um 17 Kilometer** nach Norden. Doch wer verhungert, kann nicht mehr wandern.

**GESPRÄCH**
MIT TETET NERA-LAURON

» Die reichen Länder entziehen sich ihrer historischen Verantwortung. «



# DIE GRENZEN DER ANPASSUNG

## WER ZAHLT DEN PREIS FÜR SCHÄDEN UND VERLUSTE?

Du sagst, Strategien des Klimaschutzes allein reichen nicht mehr. Warum?

Weil viele Menschen schon heute den zerstörerischen Folgen der Klimakrise ausgesetzt sind, und zwar weltweit. Zwar wächst allmählich das Bewusstsein, dass die Zeit abläuft und dass wir radikal handeln müssen, um das Schlimmste zu verhindern. Aber wir müssen auch mit den Folgen umgehen, die nicht verhindert worden sind. Dass es bereits massive Schäden und Verluste gibt, wird oft vergessen. Betroffen davon sind zumeist die Armen und Marginalisierten, zum großen Teil im globalen Süden.

Welche Folgen hat das für sie?

Klimabedingte Vertreibung und erzwungene Migration werden in den nächsten Jahren und Jahrzehnten das dominante Thema sein. Allein 2020 gab es 55 Millionen Menschen, die aus ihrer Heimat vertrieben wurden, sieben Millionen durch »Naturkatastrophen«. Dazu kommen die »Klimageiseln«, die ihre lebensbedrohliche Situation verlassen wollen, aber nicht können. Doch auch Migration ist eine riskante Überlebensstrategie, und wer

illegalisiert fliehen muss, erlebt oft Gewalt, Anfeindung, Kriminalisierung und Ausgrenzung.

### Was sind genau die Faktoren, die zur Vertreibung führen?

Die Mehrheit der Armen im globalen Süden lebt von der Landwirtschaft oder der Fischerei, beides ist massiv von der Klimakrise beeinflusst. Extremwetterereignisse, aber auch schleichende Prozesse wie der Anstieg des Meeresspiegels oder die Versalzung der Böden zwingen die Menschen dazu, umzusiedeln oder ihr Land zu verlassen. Wir sprechen längst von einer klimabedingten Massenvertreibung. Doch es ist nicht nur das Klima. Die Klimakrise trifft die Armen in den armen Ländern härter, weil sie durch soziale Probleme verstärkt wird. Durch Landlosigkeit und Erwerbslosigkeit, durch mangelhafte soziale Dienste und korrupte Verwaltungen. Auch die Wahrscheinlichkeit von Konflikten und Kriegen steigt durch die Klimafolgen, die mit ökonomischen und politischen Problemen zusammenwirken.

### Die Klimagerechtigkeitsbewegung spricht von »Klimaschulden« des globalen Nordens. Was bedeutet das?

Seit fast 200 Jahren verschmutzen die reichen Länder und ihre großen Unternehmen den Planeten. Sie verdanken den Großteil ihres Reichtums der von Kohle, Öl und Gas befeuerten Industrialisierung. Die Ressourcen haben sie dem globalen Süden über einen unfairen und kolonial geprägten Handel, eigennützige Investitionen und massive Repression entzogen. Was der globale Norden dem globalen Süden schuldet, ist unermesslich!

### Inwiefern können diese Schulden getilgt werden?

Es geht um Ausgleichszahlungen, und zwar auf drei Ebenen. Erstens müssen die Folgen der exzessiven Treibhausgasemissionen kompensiert werden, die die Schäden verursacht haben. Zweitens muss die ökologische und soziale Neugestaltung unserer Gesellschaft und Wirtschaft bezahlt werden: von der Landwirtschaft und dem Energiesektor über die Mobilität, die Stadtplanung und den Konsum bis hin zum Welthandel. Drittens haben die reichen Länder ihren Anteil am globalen $CO_2$-Budget längst weit überzogen, was dem globalen Süden den Raum für Wachstum und Entwicklung nimmt. Auch das muss ausgeglichen werden.

### Unter dem Schlagwort »Loss and Damage« (Verluste und Schäden) wird international um Anerkennung der Klimaschäden gekämpft.

Ja, und das schon eine ganze Weile. Bei der UN-Klimakonferenz 2007 in Bali sorgten die bedrohten Inselstaaten des globalen Südens dafür, dass erstmals von »Loss and Damage« die Rede war. Auf den Nachfolgekonferenzen hat man Programme aufgelegt und viel Wissen zusammengetragen, doch die Bedürfnisse der betroffenen Gemeinschaften wurden kaum adressiert. Bei der COP25 in Madrid

TETET NERA-LAURON lebt in Manila, Philippinen, und ist seit vielen Jahren in der internationalen Klimagerechtigkeitsbewegung aktiv. Sie arbeitet zu nachhaltiger Entwicklung und sozialer Gerechtigkeit, hat viele Weltklimagipfel kritisch begleitet und berät die Rosa-Luxemburg-Stiftung in New York.

wurde ein Netzwerk gegründet, das ärmeren Ländern konkrete technische und finanzielle Unterstützung leisten soll. Doch die Frage der Kompensation wird immer noch beiseitegeschoben. Die reichen Länder haben Reichtum auf dem Rücken der Armen angehäuft und weigern sich nun, die Rechnung zu bezahlen.

### Inwiefern?

Bisher ist es ihnen gelungen, jegliche Diskussionen abzublocken und zu verschleppen, in denen es um konkrete Entschädigungszahlungen des Nordens für die Verwerfungen im globalen Süden geht. Sie wollen nicht über »Loss and Damage« sprechen, denn dann würde deutlich, dass es nicht gelungen ist, die Emissionen zu senken, und dass die Anpassung Grenzen hat. Die reichen Länder wollen die Diskussion um Klimaschäden um jeden Preis von der Frage der Emissionen trennen, denn sie wollen sich jeder Haftbarkeit und historischen Verantwortung entziehen. Stattdessen suchen sie nach vermeintlichen Auswegen aus der Klimakrise und diskutieren Scheinlösungen wie Klimarisikoversicherungen.

### Wie funktionieren Klimarisikoversicherungen? Und was ist das Problem daran?

Versicherungen als Strategie des Risikomanagements zu fördern, ist pervers. Die Armen müssen sich in diesem Modell selbst versichern und Prämien zahlen. In den Philippinen zum Beispiel sind immer mehr Menschen massiv von »Supertaifunen« bedroht und können inzwischen ein extra Versicherungspaket dafür abschließen. Doch wie sollen sie die Policen bezahlen, wenn sie kaum genug zum Leben haben? Die Ärmsten haben ohnehin keine versicherbaren Wertgegenstände. Und nicht alle Verluste lassen sich in Zahlen ausdrücken. Die Lebensweise, die Biodiversität, das kulturelles Erbe – all das kann nicht ersetzt werden. Risikoversicherungen können, wenn überhaupt, nur einen Teil des Problems lösen.

### Was wäre die Alternative?

Wir müssen dringend über Formen sozialer Absicherung sprechen, die tatsächlich verhindern, dass gefährdete Gruppen noch tiefer in die Armut rutschen. Dafür müssen die Regierungen ihre nationalen Sozialsysteme ausbauen und eine universale, geschlechtergerechte Grundsicherung bereitstellen. Dazu könnten Bargeld- und Nahrungsmitteltransfers zählen, Wohnungen, aber auch Mindestpreisgarantien für Ernten oder Arbeitsplatzgarantien, Hilfe beim Vermögensaufbau und die Förderung von Umschulungen und neuen Existenzgründungen.

### Du lebst auf den Philippinen, einem Land, das regelmäßig von Naturkatastrophen heimgesucht wird. Wie wird hier auf klimabedingte Schäden und Verluste reagiert?

Die Philippinen liegen weltweit auf Rang vier der am meisten durch die Klimafolgen gefährdeten Länder. Wir haben Überflutungen, Stürme und durchschnittlich 20 tropische Zyklone pro Jahr, mit katastrophalen Folgen. Erst im Dezember 2021 wütete ein Taifun der Kategorie fünf. Am schlimmsten traf er die schon verarmten Gebiete – Hunderte Todesopfer, nahezu 1,7 Millionen beschädigte Häuser und massive Zerstörung von Infrastruktur und Ackerland. Obwohl schnell reagiert wurde, ist die Not immer noch groß. Viele Menschen sind weiter auf Lebensmittel, Trinkwasser und Medikamente angewiesen,

brauchen Notunterkünfte, Zugang zu sanitären Anlagen und Hilfe zum Lebensunterhalt. Das alles in einem Gesundheitssystem, das von Covid-19 gebeutelt ist.

**Wie bewertest du die Reaktion der Regierung? Funktioniert die Katastrophenhilfe?**
Die Regierungen im globalen Süden haben beim institutionellen und rechtlichen Umgang mit den Klimafolgen durchaus Fortschritte gemacht. Viele besonders verwundbare Länder haben aus der Vergangenheit gelernt und gehen präventiv mit Risiken um. Sie haben Warnsysteme entwickelt und halten Güter und schweres Gerät bereit – das hat tatsächlich Leben gerettet. Doch es ist immer noch zu wenig, um sich von den Ereignissen wirklich zu erholen und das nächste Mal gewappnet zu sein. Viele Länder versagen in punkto Rehabilitation und Wiederaufbau kläglich. Hier geht es nicht nur um humanitäre Hilfe, sondern um wissenschaftlich fundierte und sozial gerechte Strategien.

**Inwiefern hat sich soziale Ungleichheit in den Philippinen auf die Nothilfe und den Wiederaufbau nach dem Taifun ausgewirkt?**
Die Hilfe war und ist definitiv beeinträchtigt durch Klientelpolitik, Korruption und Militarisierung. Das Programm zum Wiederaufbau lief nur langsam an und ist ineffizient. Es fehlt an einer sozialen Grundversorgung, sodass die Situation der Überlebenden immer schlimmer wird. Fast neun Jahre nach dem Supertaifun Haiyan leben noch immer Tausende Menschen in provisorischen Unterkünften. Die umfangreichen internationalen Hilfsgelder wurden veruntreut und sind nie bei ihnen angekommen. Einigen Überlebenden wurden das Zuhause und die Lebensgrundlage weggenommen, um private Altersheime für ein ausländisches Klientel zu bauen. Im Zuge des Wiederaufbaus wurden informelle Siedlungen zerstört und kleine Händler vertrieben.

**Gibt es auch solidarische Netzwerke, die sich im Zuge der Katastrophen formiert haben?**
An der Basis gibt es viele Aktivitäten. Freiwillige haben Hilfe bei der Zubereitung und Verteilung von Lebensmitteln organisiert. Weil sie selbst schon betroffen waren, können sie schnell helfen, einfache Dinge erledigen, aber auch psychosoziale Unterstützung anbieten. In den solidarischen Initiativen werden Erfahrungen ausgetauscht, viele politisieren sich dort. Man diskutiert die gemeinsamen Probleme, die mangelnde soziale Absicherung. Oft wird klar, dass man nur etwas erreichen kann, wenn man sich organisiert. Die Überlebenden des Taifun Hayian haben People Surge gegründet, eine Organisation, die Betroffene dabei unterstützt, Forderungen an die Regierung, das Militär und internationale Organisationen und Unternehmen zu stellen. Sie haben auch den Überlebenden anderer Katastrophen ihre Hilfe angeboten, geben lokales Saatgut weiter und reparieren Fischerboote und Häuser. Generell ist die Klimagerechtigkeit ins Zentrum aller Kämpfe gerückt. Und das bedeutet ganz konkret, die Betroffenen zu stärken. Nicht nur durch Ressourcen für den Wiederaufbau, sondern durch die Anerkennung und den Schutz ihrer Menschenrechte – durch die Schaffung echter Souveränität. Das ist die Grundlage, um das herrschende System verändern zu können.

*Das Gespräch führte Katja Voigt. Aus dem Englischen übersetzt von Lisa Ludwig.*

# DAS BEWAFFNETE RETTUNGSBOOT
## AUFRÜSTUNG ALS ANTWORT AUF DIE KLIMAKRISE

**NICK BUXTON**

Immer mehr Menschen fliehen vor den Folgen der Klimakrise. Die reichen Länder behandeln das als »Sicherheitsproblem« und reagieren mit Abschottung.

Am 7. Februar 2022 veröffentlichte Mark Brnovich, der General Attorney von Arizona, ein Rechtsgutachten. Darin wird der Versuch von Flüchtenden, die hoch gesicherte Grenze zwischen Mexiko und den USA zu überqueren, als eine »Invasion« von Drogen- und Schmuggelkartellen bezeichnet. Dieser Umstand erlaube es dem Gouverneur des Bundesstaates, mit Bezug auf das Kriegsrecht die Nationalgarde zu entsenden, um die 650 Kilometer lange Grenze zu verteidigen. Der Gouverneur von Arizona, Doug Ducey, der die Nationalgarde schon mehrfach an der Grenze eingesetzt hatte und auch die Mittel der Grenzüberwachung aufstocken ließ, verkündete daraufhin, sein Bundesstaat sei schon wirksam geschützt. Dennoch mehren sich die Anzeichen, dass sich viele Republikaner*innen der Forderung anschließen könnten, mit Kriegsbefugnissen gegen Flüchtende vorzugehen – so wie sie bereits in Trumps Schlachtruf an der Grenzmauer zu Mexiko eingestimmt haben.

Der Fall wirft nicht nur Fragen nach dem gesellschaftlichen Umgang mit Migration auf, sondern auch nach der Richtung staatlicher Migrationspolitik, insbesondere vor dem Hintergrund der zunehmenden globalen Vertreibung infolge der Klimakatastrophe. Menschen in Not, die gezwungen sind, ihre Heimat zu verlassen, werden nicht von Rettungssanitäter*innen in Empfang genommen, sondern von bewaffneten Sicherheitskräften, die sie wie Eindringlinge behandeln.

Wie kommt es, dass militärische Mittel zur Standardreaktion auf soziale Krisen geworden sind, ganz zu schweigen von den aktuellen geopolitischen Konflikten wie der russischen



Invasion in der Ukraine oder auch den vergessenen Kriegen in Syrien und dem Jemen? Die Welt ist es gewöhnt, die US-Politik wie einen verrückten Ausreißer zu behandeln. Doch auch die britische Innenministerin Priti Patel schlägt vor, dass die britische Marine Asylsuchende zurück nach Frankreich drängen solle. Unterdessen lässt die griechische Küstenwache Flüchtende absichtlich ertrinken. Der Trend einer Militarisierung der Migrationsabwehr ist global.

Flüchtende und Migrant*innen als Feinde zu sehen und entsprechend zu behandeln und der Aufruf, sie mit militärischen Mitteln zu bekämpfen – es sind nur die sichtbarsten Zeichen einer militärischen Bearbeitung der Klimakrise und es sind bei Weitem nicht die einzigen. Führende Politiker*innen wie US-Präsident Biden und EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen führen die Konflikte und die staatliche Instabilität ärmerer Länder als Gründe dafür an, ihre Militär- und Sicherheitsapparate auf die Bewältigung der Klimafolgen vorzubereiten. Ihre Warnungen sind Teil eines Framings, das die Opfer der Klimakrise als eine grundlegende »Bedrohung« des Westens sieht.

NICK BUXTON ist Autor, Forscher und Kommunikationsberater beim Transnational Institute, einem unabhängigen Forschungsinstitut, das zu Fragen globaler Gerechtigkeit und Demokratie arbeitet. Er beschäftigt sich mit Migrationsregimen und Militarisierung. 2015 erschien von ihm »The Secure and the Dispossessed«, 2021 »The Global Climate Wall«.

## KRISENBEARBEITUNG MIT GEZOGENER WAFFE

Diese Haltung entspringt einer langen, kolonial geprägten Geschichte. In ihr war die Welt eingeteilt in »zivilisierte« schützenswerte Menschen und »barbarische« Menschen, die es zu unterdrücken oder gar zu töten galt. Diese Haltung hat sich seither weiterentwickelt und wurde zuletzt in den nationalen Sicherheitsstrategien von einigen der reichsten Länder deutlich. Während die reichsten Länder mit der schlechtesten Klimabilanz es versäumen, die Klimakrise einzudämmen (zuletzt auf der zu Recht als #blahblahblah bezeichneten Weltklimakonferenz COP26), arbeiten ihre Militärs intensiv an kostspieligen und weitreichenden Plänen zur Anpassung an die Klimafolgen.

Zu diesen sicherheitsstrategischen Überlegungen gehört der US-Bericht von 2007 »Age of Consequences: The Foreign Policy and National Security Implications of Global Climate Change«, das »Weißbuch 2016 zur Sicherheitspolitik und zur Zukunft der Bundeswehr« und zuletzt der NATO-Aktionsplan für Klimawandel und Sicherheit 2021.

All diese Pläne sind von der wahrgenommenen ›Bedrohung‹ durch Massenmigration dominiert. In einem EU-Bericht aus dem Jahr 2008 über Klimawandel und internationale Sicherheit wird die klimabedingte Migration an vierter Stelle der zentralen Sicherheitsprobleme genannt (nach Ressourcenkonflikten, wirtschaftlichen Schäden in Städten und Küstenregionen und territorialen Konflikten). Der Bericht fordert dann die »Weiterentwicklung einer umfassenden europäischen Migrationspolitik« angesichts des »umweltbedingten zusätzlichen Migrationsdrucks«.

## MILLIARDEN FÜR MAUERN

Solche Warnungen haben der Militarisierung der Grenzen, die auch ohne die Warnungen vor der Klimakrise weltweit hegemonial geworden sind, einen weiteren Schub gegeben. In Europa stehen mehr als 1 200 Kilometer Grenzmauern, die größtenteils nach 2015 gebaut wurden. Und überall schießen weitere Mauern aus dem Boden, inzwischen sind es weltweit 63. Gleichzeitig haben sich seit dem Ende des Kalten Krieges auch die weltweiten Militärausgaben verdoppelt.

**»Die reichsten Länder geben inzwischen mindestens doppelt so viel für Grenzsicherung und Migrationsabwehr aus wie für Klimafinanzierung. Im Fall der USA sogar elfmal so viel.«**

Nahezu keine dieser Maßnahmen zielt auf den Schutz oder die Unterstützung von Migrant*innen. Noch weniger richten sie sich auf die Ursachen, die Menschen dazu bringen, unter gefährlichen oder gar tödlichen Bedingungen zu migrieren.

Ein Beispiel sind die Einsätze der EU-Flotte auf dem Mittelmeer, die sich inzwischen nicht mehr zur Rettung von Migrant*innen verpflichtet sehen, sondern hauptsächlich dazu dienen, Flüchtende zur Rückkehr nach Nordafrika zu zwingen. Ein Bericht des Transnational Institute unter dem Titel »The Global Climate Wall« (Miller/Buxton/Akkerman 2021) zeigt, dass die reichsten Länder inzwischen mindestens doppelt so viel für Grenzsicherung und Migrationsabwehr ausgeben wie für die Klimafinanzierung. Im Fall der USA ist es sogar elfmal so viel. Mit anderen Worten: Anstatt Finanzmittel für einkommensschwächere Länder bereitzustellen, die den durch die Klimafolgen vertriebenen Menschen die Möglichkeit geben, ein neues Leben aufzubauen, investieren die reichsten Länder in Maßnahmen, die Migration noch gefährlicher und noch tödlicher machen.

## ABSCHRECKUNG UND TOD

Das drückt sich in einer Sprache der Abschreckung aus, die viele europäische, US-amerikanische und australische Politiker*innen benutzen. Sie geht davon aus, dass die Migration schon irgendwie aufhören werde, wenn man sie so gefährlich wie möglich macht. Aber das Kalkül geht nicht auf. Die Logik der Abschreckung dämmt die Migration nicht ein, sondern macht sie nur noch tödlicher. Men-

schen, die verzweifelt sind, gehen Risiken ein, die sich viele von uns nicht einmal vorstellen können. Die Politik der Abschreckung hat das Mittelmeer in den Friedhof Europas verwandelt. Seit 2014 wurden mehr als 23 499 Tote gezählt – viele mehr konnten nicht einmal erfasst werden. Dieser Prozess läuft Tag für Tag ab und er normalisiert das Sterben der Opfer der Klimakrise. Es ist die Normalisierung dessen, was der kamerunische Philosoph Achille Mbembe als »Nekropolitik« bezeichnet hat. In ihr rekonstruiere sich die politische Ordnung als »eine Form der Organisation des Todes«, und zwar vor allem des Todes von Schwarzen Menschen und People of Color.

### KEINE LÖSUNGEN

Es bleibt die Frage, warum ausgerechnet Sicherheitsstrategien zur herrschenden Antwort auf eine Krise geworden sind, die sie nicht annähernd lösen können. Der jüngste Bericht des Weltklimarats, der wohl den aktuellsten Forschungsstand und den momentanen Konsens der Wissenschaft abbildet, lässt keinen Zweifel daran, dass die Klimakrise und ihre Folgen eng mit sozialer Ungleichheit verschränkt sind. Dort steht, dass die Folgen der Klimakrise hauptsächlich durch ein »Zusammenwirken verschränkter Strukturen sozioökonomischer Entwicklung, eine nicht nachhaltige Meeres- und Landnutzung, globale Ungleichheit, Marginalisierung, historisch gewachsene und anhaltende strukturelle Ungleichheit wie Kolonialismus und durch Regierungshandeln« verursacht werden. Mit anderen Worten: Um die Auswirkungen des Klimawandels verringern und uns anpassen zu können, müssen wir sowohl das Wirtschaftssystem als auch staatliche Strukturen so verändern, dass sie systemische Ungerechtigkeiten beseitigen. In keinem Fall bieten das Militär oder der Grenzschutz eine Lösung. Vielmehr sind es ebendiese Institutionen, die den ungerechten Status quo weiter aufrechterhalten.

### SICHERHEIT FÜR WENIGE

Die Gründe hierfür sind vielfältig, doch sie fallen unter das, was Martin Luther King als die »drei großen Übel der Gesellschaft« bezeichnete: Rassismus, ökonomische Ausbeutung und Militarismus. Rassismus ist tief in die Sicherheitspolitiken eingebettet, die ohne Zweifel davon ausgehen, dass einige Leben Sicherheit verdienen und andere nicht.
Oder schlimmer noch, dass sich die Sicherheit einer Minderheit nur auf Kosten der Sicherheit vieler anderer herstellen lässt. Oft wird eine solche rassifizierte Angst vor dem ›Anderen‹ absichtlich mobilisiert, um zu verhindern, dass die Akteure, die eigentlich für die Ungerechtigkeit verantwortlich sind, in den Blick kommen.

> **»Rassismus ist tief in die Sicherheitspolitiken eingebettet, die davon ausgehen, dass einige Leben Sicherheit verdienen und andere nicht.«**

Dieser wirkmächtige Kulturkampf bleibt häufig unbewusst, wie sich aktuell am Beispiel der Ukraine zeigt. Einige Regierungen, die Migrant*innen bisher am feindlichsten gegenüberstanden, öffnen plötzlich ihre Grenzen und bieten ukrainischen Flüchtenden kostenlose Zugreisen und Unterbringung an. »Dies sind nicht die Geflüchteten, die wir kennen […] diese Menschen sind Europäer*innen«, sagte der bulgarische

Premierminister Kiril Petkow ohne jedes Schamgefühl. Ähnliches äußerten viele Kommentator*innen in den Medien.

## DIE UNSICHTBARE FAUST DES MARKTES

Hinter der militarisierten Form der Anpassung an den Klimakollaps steht die ökonomische Ausbeutung. Sie stellt den Kern des Problems dar, eben weil es dem Kapitalismus immanent ist, jegliche Kosten auf Mensch und Natur abzuwälzen, um Profite und Wachstum zu steigern. Um das zu gewährleisten, müssen die vom Kapitalismus verursachten Ungleichheiten ebenfalls überwacht und kontrolliert werden – umso mehr, wenn die Ursachen der Ausbeutung nicht angegangen werden und dies zu Widerstand, Revolten oder

**»Auch im Zeitalter der Austeritätspolitik sind die Militärausgaben kontinuierlich gestiegen.«**

Konflikten führt. Wie der »liberale« *New York Times*-Kolumnist Thomas Friedman es ausdrückte: »Die unsichtbare Hand des Marktes wird niemals ohne eine unsichtbare Faust funktionieren. McDonald's kann ohne McDonnell Douglas nicht florieren[1] [...] Und die unsichtbare Faust, die die Welt sichert, damit die Technologien des Silicon Valley gedeihen können, heißt US Army, Air Force, Navy und Marine Corps.« (Friedman 1999).

## TEURE AUFRÜSTUNG

Dieser Ansatz hat dazu geführt, dass die Ausgaben der USA für das Militär, die innere Sicherheit und die Grenzsicherung von Jahr zu Jahr gestiegen sind. Einen Sprung machten sie nach dem Terroranschlag auf die Türme des World Trade Centers im Jahr 2001.

Auch in Europa sind die Ausgaben für Militär und Sicherheit seit Mitte der 2000er Jahre kontinuierlich gestiegen, selbst im Zeitalter der Austeritätspolitik, wo öffentliche Ausgaben radikal beschnitten und gedeckelt werden. Das Budget der EU-Grenzschutzagentur Frontex wurde von 5,2 Millionen Euro im Jahr 2005 auf 460 Millionen Euro im Jahr 2020 aufgestockt. Bereits jetzt sind bis zum Jahre 2027 weitere 5,6 Milliarden Euro für Frontex vorgesehen. Zudem bereitet sich die EU darauf vor, über den Europäischen Verteidigungsfonds 8 Milliarden Euro für die Finanzierung militärischer Forschung und Entwicklung bereitzustellen – deutlich mehr, als sie für die Bekämpfung von Covid-19 ausgegeben hat (5,3 Mrd. Euro).

## DER MILITÄRISCH-INDUSTRIELLE KOMPLEX

Hinter diesen Prozessen steht eine Industrie, die die Militarisierung sowohl vorantreibt als auch von ihr profitiert. In Europa hat sich die Rüstungs- und Sicherheitsindustrie in den Korridoren der Brüsseler Apparate fest verankert. Sie erhält Forschungsaufträge, nimmt an hochrangigen Runden Tischen zum Thema Sicherheit teil, trifft sich mit Politiker*innen auf Waffenmessen und betreibt Lobbyarbeit für Gesetze, von denen sie profitiert. Viele Vorschläge der Verteidigungsindustrie, wie etwa der Vorstoß zur Einrichtung einer europaweiten Grenzschutzagentur – die heutige Frontex – haben sich auf diese Weise politisch durchgesetzt. Unternehmen wie Accenture, Airbus, G4S, GEO Group, Leonardo, Thales und Unisys haben einen Boom erlebt, gute Geschäfte gemacht und unermüdlich die Erzählung vorangetrieben, dass es nie genug ›Sicherheit‹ geben könne.

Die russische Invasion in der Ukraine wird diese Dynamik leider noch verstärken. Viele Staaten suchen erneut nach Lösungsstrategien im Militärischen und in der Verteidigungsindustrie. Die deutsche Entscheidung, den Militäretat in den nächsten fünf Jahren auf 100 Milliarden Euro zu erhöhen und gemäß den Vorgaben der NATO zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts für die Verteidigung auszugeben, wird Auswirkungen haben, die weit über den aktuellen Konflikt hinausgehen. Sie wird auch die Antworten Deutschlands (und anderer Länder, die sich aktuell rasch militarisieren) auf die Klimakrise prägen. Wenn Militär und Sicherheitsapparate die einzigen Institutionen sein werden, in die die Regierungen in den nächsten Jahren Geld investieren, ist es kaum überraschend, wenn sie automatisch auch dafür zuständig sind, die mit den Klimafolgen einhergehenden Unsicherheiten zu bewältigen.

## DAS BOOT SINKT

Es ist offensichtlich, dass militärische und sicherheitspolitische Maßnahmen keine Lösungen für die Klimakrise sind – eine Krise, die durch unternehmerische Gier und strukturelle Ungleichheit verursacht wird. Es kann keine nationalistischen Lösungen geben, da Emissionen und Erderwärmung keine Grenzen kennen. Der US-amerikanische Journalist Christian Parenti hat die militarisierte Klimaanpassung als eine Politik des »bewaffneten Rettungsbootes« bezeichnet. Es sichert den Reichtum einiger Weniger und richtet die Waffen auf alle anderen. Doch wenn die Ursachen der Klimakrise nicht angegangen werden, muss auch das bewaffnete Rettungsboot am Ende sinken.

Der jüngste Bericht des Weltklimarates zeigt einen anderen Weg auf. Er argumentiert, dass die wirksamsten Formen einer »klimaresilienten Entwicklung« darin bestehen, »Strukturen der Ungerechtigkeit« zu bekämpfen, Finanzmittel für die vom Klimawandel am stärksten Betroffenen bereitzustellen und friedensstiftende Maßnahmen zu unterstützen. Dies bedeutet, so die Schlussfolgerung des Berichts, dass der Aufbau einer klimagerechten Wirtschaft den Abbau der Kriegswirtschaft erfordert.

**»Der Aufbau einer klimagerechten Wirtschaft erfordert den Abbau der Kriegswirtschaft.«**

Um dies zu erreichen, ist es notwendig, breite Allianzen zu schmieden. Die neuen Klimabewegungen müssen enger zusammenarbeiten mit den Bewegungen gegen Krieg und Gewalt – den Friedensbewegungen und den Initiativen zur Entmilitarisierung und Ermächtigung marginalisierter Communities wie etwa die Black-Lives-Matter-Bewegung. Es bleibt so simpel wie wahr: *No justice, no peace.*

*Aus dem Englischen von Lisa Ludwig.*

1 McDonnell Douglas war bis zur Fusion mit Boeing einer der weltweit größten Hersteller von militärischen Flugzeugen.

## LITERATUR


Friedman, Thomas, 1999: A Manifesto for the Fast World,/ www.nytimes.com/books/99/04/25/reviews/friedman-mag.html.

Miller, Todd/Buxton, Nick/Akkerman, Mark, 2021: Global Climate Wall. How the world's wealthiest nations prioritise borders over climate action, Amsterdam, www.tni.org/files/publication-downloads/global-climate-wall-report-tni-web-resolution.pdf.

# DAS MINISTERIUM FÜR DIE ZUKUNFT

KIM STANLEY ROBINSON

Indien, fünf Jahre in der Zukunft. Eine Hitzewelle lässt die Temperaturen auf weit über 50 °C steigen. Der junge Entwicklungshelfer Frank May versucht alles, um die Menschen in seinem Stadtviertel zu retten, doch vergeblich: Binnen einer Woche sterben Millionen.

Zürich, wenige Jahre später. Mary Murphy leitet eine UN-Behörde, die als das Ministerium für die Zukunft bekannt ist. Sie soll den Klimawandel aufhalten, doch ihr Ministerium kann nur Empfehlungen aussprechen, die von Industrie und Politik geflissentlich ignoriert werden. Eines Abends trifft Mary auf Frank, der ihr vorwirft, ihre Organisation könne auf legalem Wege nicht das tun, was wirklich nötig wäre. Doch rechtfertigt eine Katastrophe, die ohnehin nicht mehr aufzuhalten ist, den Einsatz von Gewalt?

Wir veröffentlichen hier Auszüge aus Kim Stanley Robinsons 2021 erschienenen Roman »Das Ministerium für die Zukunft«.

ES WURDE HEISSER.

Frank May erhob sich von seiner Matte und tappte hinüber zum Fenster, um hinauszuschauen. Braune Putzwände und Ziegel, umbrafarben wie der Lehm aus der Gegend. Quadratische Wohnblocks wie der, in dem er sich befand, die Dachterrassen besetzt von Bewohnern, die nachts hinaufgestiegen waren, weil es drinnen zu heiß zum Schlafen war. Mehrere von ihnen standen hinter den brusthohen Mauern und spähten nach Osten. Der Himmel war braun wie die Häuser, vermischt mit dem Weiß des nahenden Sonnenaufgangs. Frank atmete tief ein. Die Luft erinnerte ihn an eine Sauna. Es war die kühlste Zeit des Tages. In seinem ganzen Leben hatte er keine fünf Minuten in einer Sauna zugebracht, er empfand das als unangenehm. Heißes Wasser ging vielleicht noch, aber heiße, feuchte Luft auf keinen Fall. Es war ihm ein Rätsel, wie jemand an so einem beklemmenden, stickigen Gefühl Gefallen finden konnte.

Hier konnte man ihm nicht entrinnen. Wenn er es sich vorher richtig überlegt hätte, wäre er bestimmt nicht hergekommen. Es war die Partnerstadt seines Heimatorts, doch es gab auch noch andere Partnerstädte, andere Hilfsorganisationen. Er hätte zum Beispiel in Alaska arbeiten können. Stattdessen tropfte ihm jetzt brennender Schweiß in die Augen. Er war nass, obwohl er nur Shorts trug, die ebenfalls nass waren; auf seiner Matte, auf der er schlaflos gelegen hatte, zeichneten sich feuchte Flecken ab. Er hatte Durst, und die Kanne neben seinem Bett war leer. Wie ein Schwarm von Riesenmücken surrten überall in der Stadt angestrengt die Klimageräte in den Fenstern.

KIM STANLEY ROBINSON wurde 1952 in Illinois geboren. Mitte der 1970er Jahre veröffentlichte er seine ersten Science-Fiction-Kurzgeschichten, 1984 seinen ersten Roman. 1992 erschien mit »Roter Mars« der Auftakt der Mars-Trilogie, die ihn weltberühmt machte und für die er mit dem Hugo, dem Nebula und dem Locus Award ausgezeichnet wurde.

Und dann durchbrach die Sonne den östlichen Horizont. Sie blitzte auf wie eine Atombombe – sie war ja auch eine. Die Felder und Häuser unter diesem gleißenden Lichtsplitter wurden dunkel und dunkler, als der Splitter sich zu einer lodernden Linie verbreiterte und dann zu einer Sichel anschwoll, die er nicht ansehen konnte. Die heranbrandende Hitze war spürbar wie eine Ohrfeige. Die Sonnenstrahlung erwärmte sein Gesicht und ließ ihn blinzeln. Seine Augen tränten so stark, dass er nicht viel erkennen konnte. Alles war lohfarben, beige und unerträglich grell. Eine ganz normale Stadt in Uttar Pradesh um sechs Uhr früh. Er warf einen Blick auf sein Telefon: achtunddreißig Grad. Luftfeuchtigkeit ungefähr sechzig Prozent. Die Kombination war das Entscheidende. Vor einigen Jahren wäre das noch eine der höchsten je gemessenen Feuchtkugeltemperaturen gewesen. Jetzt war man ihr schon an einem gewöhnlichen Mittwochmorgen ausgesetzt. […]

**»Metalloberflächen backten in der Sonne, er sah Hitzewellen aufsteigen wie über einem Grill. Seine Muskeln wurden zu Brei, nur ein Draht aus Angst hielt sein Rückgrat noch aufrecht.«**

Frank atmete schwer, als er angespannt und beunruhigt zum See marschierte. überall vor den Häusern Leute, zusammengedrängt in Eingängen. Einige beäugten ihn, doch die meisten waren zu sehr mit eigenen Angelegenheiten beschäftigt. Die Augen groß vor Leid und Angst, rot von der Hitze und den Abgasen, dem Staub. Metalloberflächen backten in der Sonne, er sah Hitzewellen aufsteigen wie über einem Grill. Seine Muskeln wurden zu Brei, nur ein Draht aus Angst hielt sein Rückgrat noch aufrecht. Am liebsten wäre er gerannt, doch das war ausgeschlossen. So weit wie möglich hielt er sich im Schatten, den die eine Straßenseite jetzt am frühen Morgen noch bot. In der Sonne war es, als würde man in ein Lagerfeuer geschoben. Angetrieben von der Glut, torkelte man auf den nächsten Schattenfleck zu.

Kurz darauf stellte er ohne große Verwunderung fest, dass bereits Leute bis zum Hals im See standen, die braunen Gesichter rot vor Hitze. Dick wie Talkum hing das Licht über dem Wasser. Er trat auf die geschwungene Betonstraße, die den See an dieser Seite begrenzte, und steckte den Arm bis zum Ellbogen hinein. Es war tatsächlich so warm wie ein Bad, fast zumindest. Er ließ den Arm drin, um herauszufinden, ob das Wasser kühler oder heißer als sein Körper war. Schwer zu sagen in der brütenden Luft. Nach einer Weile kam er zu dem Schluss, dass das Wasser an der Oberfläche ungefähr die gleiche Temperatur hatte wie sein Blut. Das hieß, es

war deutlich kühler als die Luft. Und wenn es doch ein wenig wärmer war als der Körper ... nun, dann war es immer noch kühler als die Luft. Seltsam, es war einfach schwer zu erkennen. Er sah nach den Leuten im See. Nur ein schmaler Streifen Wasser lag noch im Morgenschatten der Häuser und Bäume, und auch dieser Streifen würde bald verschwinden. Danach war der ganze See der Sonne ausgesetzt, bis der späte Nachmittag auf der anderen Seite wieder Schatten brachte. Das war nicht gut. Aber Regenschirme – alle hatten doch einen Regenschirm. Allerdings blieb dann noch immer die Frage, wie viele Menschen im See Platz hatten. Sicher nicht genug. Angeblich hatte die Stadt zweihunderttausend Einwohner. Umgeben von Feldern und Hügeln, die nächsten Orte in allen Richtungen mehrere Kilometer entfernt. Seit Urzeiten.

**»Der Generator grummelte in seinem unregelmäßigen Takt, und das Klimagerät wälzte ruckelnd Luft. Noch immer rauschten andere Generatoren und Kühlgeräte vor sich hin. Doch nichts davon half.«**

Er ging zurück zur Niederlassung mit der Beratungsstelle im Erdgeschoss. Ächzend mühte er sich in sein Zimmer im ersten Stock. Sicher war es am einfachsten, sich hier hinzulegen und zu warten, bis es vorbei war. Er tippte die Kombination seines Safes ein und nahm das Satellitentelefon heraus. Schaltete es ein. Akku voll geladen. [...]

In dieser Nacht starben vier weitere Menschen. Wie ein flammender Hochofen ging am Morgen die Sonne auf und knallte auf das Dach und seine traurige Fracht eingehüllter Toter. Ein Blick über die Häuser zeigte, dass sich sämtliche Dächer und Gehsteige in eine Leichenhalle verwandelt hatten. Die ganze Stadt war ein einziges Mausoleum, und es war so heiß wie zuvor, vielleicht sogar noch heißer. Die Temperatur lag bei zweiundvierzig Grad, die Luftfeuchtigkeit bei sechzig Prozent. Dumpf starrte Frank auf den Bildschirm. Er hatte vielleicht drei Stunden geschlafen, war immer wieder hochgeschreckt. Der Generator grummelte in seinem unregelmäßigen Takt, und das Klimagerät wälzte ruckelnd Luft. Noch immer rauschten andere Generatoren und Kühlgeräte vor sich hin. Doch nichts davon half. [...]

Der Tag zog sich in die Länge. Das Jammern hatte sich zu vereinzeltem Stöhnen abgeschwächt. Erschöpft von Hitze und Durst regten sich die Leute nicht einmal mehr auf, wenn ihre Kinder starben. Rote Augen in braunen Gesichtern, die Frank anstarrten, wenn er zwischen ihnen herumstolperte und mithalf, Tote hoch aufs Dach zu bringen, wo sie voll der Sonne ausgesetzt waren. Natürlich war zu

befürchten, dass sie dort oben verwesten, aber vielleicht würden sie auch einfach ausglühen und vertrocknen, weil es so heiß war. In dieser Glut konnten sich keine Gerüche halten außer dem der sengend feuchten Luft. Oder doch: Auf einmal stank es nach fauligem Fleisch. Niemand hielt sich mehr hier oben auf. Frank registrierte vierzehn eingewickelte Tote, Erwachsene und Kinder. Ein kurzer Blick über die Stadt zeigte ihm, dass andere Menschen mit ähnlichen Verrichtungen beschäftigt waren: schweigsam, in sich gekehrt, hastig, mit gesenktem Kopf. Niemand von ihnen schenkte der Umgebung Beachtung. […]

Im Nachmittagsschatten machten sie sich auf den Weg zum See. Heißer denn je. Kein Mensch auf den Straßen und Gehsteigen. Kein Klagegeschrei in den Häusern. Immer noch dröhnten einige Generatoren, surrten einige Klimageräte. Die bleierne Luft schien alle Geräusche zu verschlucken.

Am See bot sich ihnen ein verzweifelter Anblick. Es waren viele, viele Leute im Wasser, Kopf an Kopf um die Ufer herum, und auch weiter draußen, wo es wahrscheinlich tiefer war, lagen Menschen halb untergetaucht auf behelfsmäßigen Flößen. Doch nicht alle lebten noch. Von der Wasseroberfläche stieg ein giftiger Todeshauch auf, und der Gestank nach Verwesung stahl sich langsam in die versengten Nasenlöcher.

Sie einigten sich darauf, dass es vielleicht das Beste war, sich zuerst auf den niedrigen Uferweg zu hocken und die Beine ins Wasser zu hängen. So stapften sie zum Ende des Wegs, wo noch Platz war, und setzten sich einer neben dem anderen als geschlossene Gruppe hin. Der Beton unter ihnen strahlte noch immer die Hitze des Tages ab. Alle schwitzten, bis auf einige, die röter waren als die anderen und förmlich im Schatten des Spätnachmittags glühten. Als die Dämmerung hereinbrach, brachten sie diese Menschen in eine halb aufrechte Lage und halfen ihnen beim Sterben. Der See war heiß wie Badewasser, wärmer als die Körpertemperatur. Eindeutig wärmer als gestern, fand Frank. Und das lag ja auch nahe. Er hatte einmal gelesen, dass die Temperaturen steigen würden, bis die Meere kochten, wenn die Erde die gesamte auf sie einwirkende Sonnenenergie aufnehmen würde, statt genug davon zurückzuwerfen. Er konnte sich das Ganze lebhaft vorstellen. Der See fühlte sich an, als fehlten nur noch wenige Grad bis zum Siedepunkt.

Trotzdem wateten sie nach dem Sonnenuntergang und der kurzen Abenddämmerung alle in den See. Es fühlte sich einfach besser an. Ihr Körper forderte sie

dazu auf. Sie konnten sich an einer besonders seichten Stelle niederlassen, den Kopf knapp über Wasser, und versuchen durchzuhalten. […]

Nach und nach stieg ihm die Hitze zu Kopf. In seinem Körper wühlte das Verlangen, dieses zu heiße Bad hinter sich zu lassen. Er wollte endlich in den eiskalten See springen, der eigentlich zu jeder Sauna gehörte, und den glückseligen Kälteschock spüren, der einem den Atem verschlug, wie damals in Finnland. Die Menschen dort sprachen vom maximalen Temperaturunterschied, von einer blitzschnellen Änderung um hundert Grad, die sie unbedingt erleben wollten.

Doch dieser Gedankengang war wie das Kratzen an einer juckenden Stelle und machte alles nur noch schlimmer. Er kostete das heiße Wasser und konnte schmecken, wie faulig es war. Ihn schauderte bei der Vorstellung, was da alles im See herumschwappte. Trotzdem empfand er einen Durst, den er nicht stillen konnte. Heißes Wasser im Magen hätte bedeutet, dass es keine Zuflucht mehr gab und dass die Wärme innen und außen weit über der Temperatur lag, die für den Körper eines Menschen gesund war. Sie wurden hier gedünstet. Heimlich schraubte er seine Kanne auf und trank. Das Wasser darin war inzwischen lauwarm, aber nicht heiß, und es war sauber. Sein Körper lechzte danach, und er hörte nicht auf zu trinken, bis die Kanne leer war.

Die Leute starben immer schneller. Es gab keine Kühlung mehr. Alle Kinder waren tot, alle Alten waren tot. Statt Wehgeschrei brachten die, die noch lebten, nur ein Murmeln heraus. Wer noch konnte, zog Leichen aus dem See oder schob sie hinaus in die Mitte, wo sie wie Holz trieben oder untergingen.

Frank schloss die Augen und versuchte, die Stimmen um ihn herum zu ignorieren. Er lag, von seichtem Wasser bedeckt, da und konnte den Kopf auf den Betonrand des Wegs und den Schlamm darunter lehnen. Langsam sank er tiefer, bis er im Morast steckte und nur noch sein Gesicht in die sengende Luft ragte.

So verstrichen die Stunden. Oben waren lediglich die hellsten Sterne als verschwommene Flecken zu erkennen. Eine mondlose Nacht. Satelliten zogen vorüber, von Osten nach Westen, von Westen nach Osten, einmal sogar von Norden nach Süden. Die Menschen beobachteten sie, obwohl sie wussten, was mit ihnen hier unten geschah. Sie wussten es, aber sie taten nichts. Sie konnten nicht. Es war sinnlos, jedes Wort war sinnlos. Für Frank vergingen in dieser Nacht viele Jahre. Als sich der Himmel zu einem ersten Grau erhellte, das nach Wolken aussah und

sich dann als klarer, leerer Himmel entpuppte, regte er sich schließlich. Seine Fingerspitzen waren ganz schrumpelig. Er war langsam gegart worden und war jetzt durch. Es fiel ihm schwer, den Kopf auch nur einen Zentimeter zu heben. Womöglich würde er hier ertrinken. Dieser Gedanke ließ ihn zusammenzucken. Er bohrte die Ellbogen in den Grund und stemmte sich hoch. Seine Extremitäten fühlten sich an wie gekochte Spaghetti, doch die Knochen bewegten sich wie von selbst. Er setzte sich auf. Die Luft war noch immer heißer als das Wasser. Er sah zu, wie der erste Sonnenschein die Wipfel der Bäume auf der anderen Seite des Sees berührte. Es schien, als würden sie in Flammen aufgehen. Den Kopf vorsichtig auf der Wirbelsäule balancierend, ließ er den Blick über die Szenerie wandern.

Alle waren tot. […]

ARTIKEL 14 DES ÜBEREINKOMMENS VON PARIS der Vereinten Nationen über Klimaänderungen verpflichtete die Unterzeichnerstaaten zu einer regelmäßigen Bestandsaufnahme ihrer $CO_2$-Emissionen und damit des gesamten globalen Kohlenstoffausstoßes in einem bestimmten Jahr. Die nächste Überprüfung war für 2023 angesetzt, danach sollten alle fünf Jahre weitere folgen.

Die erste »weltweite Bestandsaufnahme« lief nicht gut. Die Berichte waren uneinheitlich und unvollständig, und es war unverkennbar, dass die Emissionen trotz des Rückgangs von 2020 weit höher lagen als von den Vertragsparteien zugesichert. Die wenigsten Nationen hatten die selbst gesetzten Ziele erreicht, auch wenn diese nicht besonders ehrgeizig waren. Schon vor der Bestandsaufnahme 2023 hatten 108 Länder dieses Defizit erkannt und eine Verstärkung ihrer Anstrengungen versprochen. Allerdings handelte es sich um kleinere Nationen, die zusammen nur fünfzehn Prozent der globalen Emissionen verursachten.

**»Die erste ›weltweite Bestandsaufnahme‹ lief nicht gut. Die Berichte waren uneinheitlich und unvollständig, und es war unverkennbar, dass die Emissionen trotz des Rückgangs von 2020 weit höher lagen als von den Vertragsparteien zugesichert.«**

Daher verwiesen einige Delegationen bei der Vertragsstaatenkonferenz im nächsten Jahr auf Artikel 16, Absatz 4, wo es hieß: Die VSK »fasst im Rahmen ihres Auftrags die notwendigen Beschlüsse, um seine wirksame Durchführung zu fördern. Sie … setzt die zur Durchführung dieses Übereinkommens für notwendig erachteten Nebenorgane ein.« Außerdem brachten sie Artikel 18, Absatz 1 ins Spiel, der es der VSK gestattete, neue Nebenorgane für die Durchführung des Übereinkommens zu schaffen. Unter diesen Nebenorganen hatte man bisher Ausschüsse verstanden, die sich nur bei den jährlichen VSK-Tagungen trafen, doch nun argumentierten einige Delegierte, dass angesichts der bisherigen Misserfolge ein neues Nebenorgan mit permanenten Aufgaben benötigt wurde, um den Prozess voranzutreiben.

**»Ein Journalist bezeichnete diese neue Behörde als Zukunftsministerium, und dieser Name setzte sich rasch durch. Sie wurde im Januar 2025 in Zürich gegründet.«**

So kam es, dass die Vertragsparteien bei der VSK 29 in Bogota, Kolumbien, ein neues Nebenorgan zur Durchführung des Übereinkommens ins Leben riefen. Finanziert werden sollte dieses unter Berufung auf Artikel 8, in dem sich alle Vertragsparteien zur Anwendung des Internationalen Mechanismus von Warschau für klimabedingte Verluste und Schäden verpflichteten. In der Ankündigung hieß es: »Hiermit beschließt die neunundzwanzigste Vertragsstaatenkonferenz, die als Tagung der Vertragsparteien des Klimaübereinkommens von Paris dient, die Bildung eines Nebenorgans, das in Zusammenarbeit mit der Zwischenstaatlichen Sachverständigengruppe für Klimaveränderungen und allen Organisationen der Vereinten Nationen sowie den Unterzeichnerstaaten des Übereinkommens von Paris für die zukünftigen Generationen der Welt eintreten wird, um deren in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte genannten Rechte durchzusetzen. Weiterhin erhält dieses neue Nebenorgan den Auftrag, sich für eine Verbesserung des gesetzlichen Status und den Schutz aller gegenwärtig und zukünftig existierenden Lebewesen einzusetzen, die nicht für sich sprechen können.«

Ein Journalist bezeichnete diese neue Behörde als Zukunftsministerium, und dieser Name setzte sich rasch durch. Sie wurde im Januar 2025 in Zürich gegründet.

Kurz darauf wurde Indien von der großen Hitzewelle heimgesucht.

*Mit freundlicher Genehmigung des © Heine Verlags*

# WEM GEHÖRT DIE STADT DER ZUKUNFT?
## WO EINE ANPASSUNGSPOLITIK FÜR ALLE ANSETZEN MUSS

**SYBILLE BAURIEDL**

Städte und Kommunen versuchen sich auf die Klimafolgen vorzubereiten. Meist beschränken sie sich auf technische Maßnahmen. Dabei gäbe es viel mehr zu tun.

In vielen Gesprächen mit Kommunal- und Landespolitiker*innen zum Thema Klimafolgenanpassung habe ich erlebt, dass nach wenigen Sätzen nur noch über die Energiewende, also über *Klimaschutz* gesprochen wird. *Klimafolgenanpassung* braucht jedoch eine ganz andere Problemperspektive und hat andere Adressat*innen. Klimaschutzmaßnahmen können aus physikalischer Sicht an jedem beliebigen Ort umgesetzt werden. Anpassungsmaßnahmen hingegen müssen an Orten spezifischer Klimawandelfolgen wirksam werden. Daher sind die Akteure beim Klimaschutz und bei der Klimaanpassung nicht identisch. Anpassung zielt darauf ab, die lokalen Klimafolgenrisiken zu verringern, und wer die Maßnahmen umsetzt, profitiert in der Regel auch direkt von ihnen – anders als beim Klimaschutz, dessen Effekte in der Zukunft und global wirksam werden. Der Effekt von Anpassungsmaßnahmen lässt sich – anders als beim Klimaschutz, wo der Anteil von Treibhausgasen in der Atmosphäre entscheidend ist – nicht durch ein einziges Erfolgskriterium beurteilen, quantifizieren und durch eindeutige Kosten-Nutzen-Rechnungen bewerten. Er ist auch abhängig von politischen Bewertungen und normativen Zielen. Die Klimaanpassung ist aus diesen Gründen ein noch komplexeres politisches Feld als der Klimaschutz. Hier ist es notwendig, Probleme multidimensional zu analysieren und sozial inklusive Maßnahmen zu treffen. Das Ziel der Umweltgerechtigkeit und die Verhinderung von sozialer Segregation sollten wichtige Maßstäbe der Anpassungspolitik sein.



**KLIMAANPASSUNG FINDET (TEILWEISE) STADT**

Die Lücke zwischen dem Wissen über die Klimafolgen und dem notwendigen Anpassungshandeln ist mindestens so groß wie die zwischen dem Klimawandelwissen und dem Klimaschutzhandeln. Seit dem Bericht des Weltklimarats (Intergovernmental Panel on Climate Change, IPCC) von 2007 wurden die Erfordernisse der Klimaanpassung auf kommunaler Ebene in Deutschland umfassend beforscht; viele europäische Städte haben in den letzten Jahren Anpassungsstrategien auf Quartiersebene und für die Gesamtstadt entwickelt, Vorreiter sind hier etwa Berlin und Wien. Akute Handlungsfelder sind Hitzeperioden und extreme Niederschlagsereignisse. Das Anpassungshandeln konzentriert sich bisher auf stadtplanerische Infrastrukturmaßnahmen wie die Grünraumentwicklung, die Gebäudebegrünung und die Schaffung zusätzlicher Wasserflächen zur Kühlung der Innenstädte. Des Weiteren wird auf die Entsiegelung und die Schaffung von Auffangbecken zur Speicherung von Regenwasser, auf den Kanalisationsumbau zur Abflussregulierung und den Bau von Hochwasserbarrieren gesetzt. Als Reaktion auf den Hitzestau, der bei lang anhaltend hohen Temperaturen in Innenstadtquartieren auftritt, stellt die Wiener Stadtverwaltung mittlerweile Sprinkleranlagen auf Fußgängerwegen bereit. Diese Anpassungsmaßnahmen berücksichtigen akute und langfristige Risiken auf lokaler Ebene und reagieren mit der Neugestaltung technischer oder baulicher Infrastrukturen.

SYBILLE BAURIEDL ist Professorin für Integrative Geographie an der Europa-Universität Flensburg. Sie beschäftigt sich unter anderem mit Klima- und Stadtpolitik und Fragen von Geschlechter- und Umweltgerechtigkeit.

Oft bleibt die Anpassung jedoch reaktiv und Lösungen werden erst gesucht, nachdem Katastrophen eingetreten sind – wie zuletzt 2021 im Ahrtal. Statt jährlich über Jahrhundertereignisse zu staunen, müssen klimawandelbedingte Extremereignisse als das neue Normal erkannt werden. Doch noch immer sind kontraproduktive Maßnahmen zu beobachten, die die Widerstandsfähigkeit sogar noch verringern – etwa wenn in Innenstädten Glasfassaden gebaut und Straßenräume mit

Betonplatten und Asphalt versiegelt werden, sodass Starkregen nicht abfließen kann und vermehrt Hitzestau auftritt. Der Neubau von Siedlungs- und Verkehrsflächen führt zur weiteren Verschärfung der Krisenfolgen.

## ANPASSUNG ALS FORTSCHREIBUNG DES STATUS QUO

Es wurde viel dazu geforscht, wie sich Individuen und Gesellschaften an den Klimawandel anpassen, welche Unterstützung bereitgestellt werden kann und welche Hindernisse im Prozess der Anpassung auftreten (Adger et al. 2009; Schipper/Burton 2009). Bisher wurde dabei nur wenig über die Hindernisse gesprochen, die auf kapitalistischen, patriarchalen oder wachstumsdominierten Diskursen basieren. Anpassungspolitik zielt in der Regel auf klimaresiliente Infrastrukturen, die eine Fortschreibung des Status quo

**»Anpassungspolitik zielt in der Regel auf klimaresiliente Infrastrukturen, die eine Fortschreibung des Status quo gewährleisten.«**

gewährleisten. Die primär ingenieurswissenschaftlich und planerisch ausgerichtete Anpassungsforschung betrachtet die physischen Elemente eines gestörten Systems und sucht nach Möglichkeiten, diese Elemente – Städte, Landwirtschaft oder Wälder – unter veränderten Bedingungen widerstandsfähig zu machen. Die Nicht-Nachhaltigkeit des Systems selbst wird nicht infrage gestellt. So bleibt Anpassung eine strukturkonservative Problemlösung.

Die oben genannten baulichen und organisatorischen Maßnahmen orientieren sich weiterhin an wachstums- und effizienzorientierten Entwicklungspfaden. Aus einer kritischen Perspektive ist diese Form der Anpassung in erster Linie eine Strategie innerhalb ungerechter sozialer Strukturen. Die modellhaften Maßnahmen in Großstädten, etwa Entsiegelung und Kühlung, sind nicht unbedingt in Quartieren zu finden, die am meisten von Klimawandelfolgen betroffen sind und ohnehin unter Luftbelastungen leiden. Wenn Umweltgerechtigkeit der Maßstab wäre, müssten sie zu allererst in Quartieren mit den geringsten Durchschnittseinkommen erfolgen. Für das Beispiel Berlin wurde dieser Mangel an Umweltgerechtigkeit bereits aufgezeigt (SVSU 2015).

## KLIMAANPASSUNG ALS RISIKOVORSORGE

Der am 27. Februar 2022 veröffentlichte sechste Bericht der Arbeitsgruppe »Folgen, Anpassung und Verwundbarkeit« des Weltklimarats beschreibt, in welchem Umfang und in welcher Geschwindigkeit Arten aussterben, Hunger und Krankheiten zunehmen und biologische Kreisläufe kollabieren. Der Bericht stellt fest, dass Risiken und Katastrophen immer heftiger auftreten. Anpassung müsse darauf abzielen, die negativen Effekte abzufedern: Städte brauchten mehr natürliche Kühlung, Wälder müssten trockenheitsresistenter umgestaltet, die Landwirtschaft diversifizierter betrieben und öffentliche Infrastrukturen widerstandsfähiger gegen Extremereignisse ausgestattet werden.

Der Bericht betont zudem die Dringlichkeit von Lösungen, die dem Grundsatz der Gerechtigkeit entsprechen. Diese habe hier drei Dimensionen: die gerechte Verteilung von Lasten und Nutzen *(distributive justice)*, die gerechte Beteiligung an Entscheidungs-

prozessen *(procedural justice)* und die Anerkennung unterschiedlicher kultureller und gesellschaftlicher Perspektiven *(recognition)* (IPCC 2022). Dieses multidimensionale Verständnis von Gerechtigkeit entspricht auch dem Machtkonzept von Nancy Fraser (2001) und stellt eine deutliche Erweiterung des im IPCC-Bericht von 2014 vertretenen Konzepts von Anpassung dar. Darin wird nicht nur die rein volkswirtschaftliche Logik einer Umverteilung der finanziellen Kosten der Anpassung hinterfragt, sondern es werden auch die Machtverhältnisse in den Blick genommen, in denen privilegierte Bevölkerungsgruppen Priorität genießen. In Entscheidungsprozessen sind die Lebensrealitäten marginalisierter Gruppen nicht repräsentiert, ihre Anpassungskapazitäten und -bedarfe werden nicht angemessen berücksichtigt. Das betrifft etwa alleinlebende alte Menschen, Menschen mit Migrationserfahrung oder mit Mobilitätseinschränkung, die mit am stärksten betroffen sind.

## ANSATZPUNKTE EINER LINKEN POLITIK DER KLIMAANPASSUNG

Auf kommunaler Ebene werden die Vorsorge gegen klimawandelbedingte Extremereignisse und die zunehmend dauerhaften Veränderungen von Temperatur-, Niederschlags- und Hochwasserregimen den Fachplanungen übertragen. Sie setzen im Rahmen ihrer infrastrukturellen und technologieorientierten Logiken bauliche Lösungen (etwa Flutschutzwände und den Ausbau der Kanalisation) und Formen des Monitoring (etwa die Messung und Verknüpfung von Umweltdaten) um. Eine öffentliche und transparente Debatte zu den sozialen Effekten von Maßnahmen wird von Kommunalverwaltungen bisher noch zu selten initiiert. Die Dominanz eines technologieoptimistischen Denkens und Fortschrittsversprechens hält auch in der Klimakrise weiter an. Was in den Debatten ausgeblendet wird, ist die Tatsache, dass darüber hinaus auch klimawandelangepasste Lebensweisen notwendig werden. Dies erfordert etwa die Aufklärung über lokale Klimawandelrisiken – nicht nur das Wissen um richtiges Anpassungsverhalten (Was tun bei extremer Hitze?) –, sondern auch das Bewusstsein für sofortige Klimaschutzmaßnahmen, die die Risiken vor Ort minimieren. Dazu gehören Suffizienzpraktiken, die etwa Hitzestaus in Städten vermeiden. Eine konsequente Anpassungspolitik, die den Umfang des motorisierten Verkehrs beschränkt, könnte gleichzeitig das Klimaschutzhandeln befördern.

Es existieren zahlreiche Best-Practice-Beispiele, Modellregionen und Leuchtturmprojekte kommunaler Klimafolgenanpassung. Das deutsche Umweltbundesamt hat schon 2012 »Regionale Ideen- und Kooperationsbörsen zur Klimaanpassung« initiiert und das Kompetenzzentrum Klimafolgen und Anpassung (KomPass) geschaffen, das Anpassungswissen zusammenträgt, um kommunale Entscheidungsträger*innen und die Öffentlichkeit zu sensibilisieren und in ihrem Engagement zu unterstützen. KomPass betreibt außerdem eine »Tatenbank«, auf der Kommunen lokale und regionale Praxisprojekte und Einzelmaßnahmen melden

**»Die Dominanz eines technologieoptimistischen Denkens und Fortschrittsversprechens hält auch in der Klimakrise weiter an.«**

können. Aus Einzelmaßnahmen entsteht jedoch noch keine integrierte Politik der Anpassung, die eine sozial-ökologische Transformation voranbringt. Die üblichen Erfolgskriterien Effektivität/Wirksamkeit, Effizienz/Robustheit, Fairness/finanzielle Tragbarkeit, Flexibilität und Legitimität (Adger et al. 2005; UBA 2015) lassen zudem keine transparente Priorisierung der Maßnahmen zu. So bleiben viele alternative Maßnahmen unbenannt: Innenstädte ohne motorisierten Verkehr etwa hätten ebenfalls einen großen Kühlungs- und Gesundheitseffekt. Auch die Schaffung von Wohnraum für Geringverdiener*innen an Frischluftschneisen wäre eine gerechte Anpassungsmaßnahme. Klimaanpassung sollte auch die Feinstaub- und Hitzebelastung von armen Nachbarschaften in dicht besiedelten Quartieren und an Hauptverkehrsachsen beseitigen. Eine proaktive Anpassungspolitik würde nicht erst auf die Schäden warten, um sie dann abmildern zu können. Denn andernfalls bliebe die effektivste individuelle

**»Eine proaktive Anpassungspolitik würde nicht erst auf die Schäden warten, um sie dann abmildern zu können.«**

Anpassungsstrategie ein Haus mit Garten am Stadtrand (für Besserverdienende) – mit entsprechend negativen Effekten der Bodenversiegelung und Verkehrszunahme.

Eine effektive Klimaanpassung ist also nicht allein die Aufgabe von Ingenieur*innen. Sie kann nur das Ergebnis konsequenten politischen Handelns sein. Eine solche Anpassungspolitik muss sich an den sozial differenzierten Bedürfnissen einer gerechten und ökologisch nachhaltigen Anpassung vor Ort orientieren. Und sie muss transparent machen, welche kurz- und langfristigen Strategien sie priorisiert. Die objektive Notwendigkeit der Anpassung ist kein neutraler Treiber für standardisierte Maßnahmen. Anpassung ist ein normatives Ziel, dessen Ausrichtung öffentlich ausgehandelt werden muss und dabei vielfältige Wissenssysteme – von wissenschaftlichem Wissen über das Praxiswissen kommunaler Akteure bis zum Erfahrungswissen der betroffenen Bevölkerung – berücksichtigen muss (Klepp/Chavez-Rodriguez 2018).

## KLIMAANPASSUNG: MULTIPERSPEKTIVISCH UND INTERSEKTIONAL

Ungeklärt ist bisher die Frage nach dem Gerechtigkeitsmaßstab für eine angemessene Klimaanpassung. Wie wird festgelegt, wann Anpassungsmaßnahmen nötig sind und welche Ziele sie verfolgen? Ist Anpassung erreicht, wenn niemand vor Hitze kollabiert und nach einer Dürre oder Überschwemmung ohne Obdach lebt? Oder muss Anpassung mit einer ausgeglichenen globalen Verteilung von Risiken und Nutzen verbunden sein? Die Antworten auf diese Fragen berühren widersprüchliche Visionen einer gerechten globalen und sozialen Entwicklung und unterschiedliche Vorstellungen von Wohlergehen und Wohlstand.

Klimaanpassung muss ein Projekt sozial-ökologischer Transformation sein. Deiche höher zu bauen allein ist keine nachhaltige Anpassungsstrategie. Gleichzeitig müssen die Beziehungen zwischen den Menschen und zwischen der menschlichen und der nicht-menschlichen Welt neu gestaltet werden. Dazu gehört auch, sie als nicht hierarchisch zu verstehen. Spätestens mit der

Industrialisierung der Landwirtschaft wurde der Natur eine allein dienende Funktion zugewiesen. Die Idee eines rein technokratischen Anpassungsmanagements impliziert die Annahme, dass die Reaktionen der Ökosysteme auf die menschliche Nutzung linear, vorhersehbar und kontrollierbar seien und dass menschliche und natürliche Systeme unabhängig voneinander behandelt werden könnten. Eine linke Anpassungspolitik sollte daher Ökosysteme als integralen Bestandteil gesellschaftlicher Entwicklung verstehen und nicht nur deren dienende Funktion optimieren wollen.

Die kommunale und nationale Klimaanpassungspolitik sollte zentral daran gemessen werden, inwieweit sie zur Umweltgerechtigkeit beiträgt bzw. soziale Ungleichheit und Segregation noch verstärkt. Für viele Menschen ist die durch den Klimawandel verursachte Verwundbarkeit nicht das Hauptproblem, vielmehr erzeugt sie zusätzliche Belastungen ihrer Lebensgrundlagen und ihrer Gesundheit, die schon zuvor durch Luftverschmutzung, industrialisierte Landwirtschaft und Umweltzerstörung gegeben waren. Auch wenn zukünftige Generationen stärker von Klimawandelfolgen betroffen sein werden, haben nicht alle Kinder gleichen Grund zur Sorge. Einkommen und Wohnort sind entscheidend für die Anpassungskapazitäten. Für eine sozial gerechte Klimaanpassungspolitik bedeutet das, nicht nur die Klimawandelfolgen, sondern auch die Ursachen von Ungleichheitsstrukturen zu erkennen und abzubauen. Aus dieser Perspektive ist Anpassungspolitik in erster Linie Gerechtigkeitspolitik, die eine proaktive Anpassung an Klimawandelfolgen insbesondere in marginalisierten Quartieren mit einer gerechten Wohnungspolitik sowie einer gesunden und klimaschützenden Mobilitätspolitik verbindet.

Rassismus, Klassismus und Geschlechternormen sind entscheidende Verwundbarkeitsfaktoren – und damit maßgebliche Kriterien für eine Anpassung, die Städte sozial gerecht und lebenswert für alle machen will. Die Folgen des Klimawandels treffen Regionen und Menschen extrem unterschiedlich und der größte Risikofaktor dafür, von Klimawandelfolgen betroffen zu sein, ist immer noch Armut. Fehlende Eigentumsrechte, Einkommensarmut, eine schlechtere Gesundheitsversorgung und geringe soziale Rechte nehmen großen Einfluss auf die individuelle Widerstandsfähigkeit gegen Klimawandelfolgen. Sie müssen daher im Fokus einer linken klimawandelorientierten Gerechtigkeitspolitik stehen.

### LITERATUR


Adger, W. Neil/Arnell, Nigel/Tomkins, Emma, 2005: Successful Adaptation to Climate Change across Scales, in: Global Environmental Change 2/2005, 77–86.

Adger, W. Neil/Lorenzoni, Irene/O'Brien, Karen (Hg.), 2009: Adapting to Climate Change: Thresholds, Values, Governance, Cambridge.

Fraser, Nancy, 2001: Die halbierte Gerechtigkeit. Schlüsselbegriffe des postindustriellen Sozialstaats, Frankfurt a. M.

IPCC – Intergovernmental Panel on Climate Change, 2022: Climate Change 2022. Impacts, Adaptation and Vulnerability, www.ipcc.ch/report/sixth-assessment-report-working-group-ii.

Klepp, Silja/Chavez-Rodriguez, Libertad (Hg.), 2018: A Critical Approach to Climate Change Adaptation. Discourses, Policies and Practices, London.

Schipper, E. Lisa/Burton, Ian (Hg.), 2009: The Earthscan Reader on Adaptation to Climate Change, London.

SVSU – Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt, 2015: Umweltatlas, Berlin.

UBA – Umweltbundesamt (Hg.), 2015: Gute Praxis der Anpassung an den Klimawandel in Deutschland, Dessau-Roßlau.

# GESPRÄCH
MIT INGO TEBJE

»Wir wollen die Gelder für Klimaanpassung vor allem in benachteiligte Quartiere leiten.«



## KEINE NASSEN FÜSSE
WIE DIE ANPASSUNGS-POLITIK DER LINKEN IN BREMEN AUSSIEHT

Bremen hat 2019 eine Enquetekommission zum Klimaschutz eingesetzt, in der du für die LINKE mitgewirkt hast. Auch Klimafolgen-anpassung hat dort eine Rolle gespielt. Was bedeutet das auf städtischer Ebene?
Die Auswirkungen der Klimakrise sind in den Städten längst zu spüren: Lange Dürrezeiten haben die Bäume geschädigt, bei Starkregenereignissen laufen Keller und Unterführungen voll, hohe Temperaturen erhitzen die Innenstadt massiv und wegen der steigenden Wasserstände sind die Deiche in Bremen und Bremerhaven nicht mehr sicher. Klimafolgen-anpassung bedeutet für uns deshalb, unsere Städte so umzugestalten, dass sie trotz der teils dramatischen Veränderungen sicher und lebenswert bleiben.

Was ist dafür nötig?
Wichtig sind energetische Gebäudesanierungen, der Ausbau von erneuerbaren Energien und Energieeinsparprogramme. Das fällt oft unter Klimaschutz, lässt sich aber eigentlich nicht von Anpassung trennen. Außerdem gilt es, die Innenstädte und Gebäude vor Hitze zu schützen. Das kann durch Dach- und

Fassadenbegrünung passieren oder dadurch, dass man helle Baumaterialien verwendet, die sich in der Sonne weniger aufheizen als etwa schwarzer Teer. Es bedeutet aber auch, dass in der Stadt mehr Trinkwasserbrunnen aufgestellt werden müssen. Wir haben in Bremen bereits einige installiert, aber längst nicht genug. Als küstennahe Städte sind für uns schließlich Deichschutz und das Starkregenmanagement zentral.

**Gab es Punkte, die in der Enquetekommission umstritten waren?**

Ja, ein wichtiger und strittiger Punkt ist die Flächenverteilung in den Städten: Aus sozialen Gründen brauchen wir dringend Raum für den Neubau von Wohnungen und auch für Gewerbe. Gleichzeitig müssen wir insbesondere in den Innenstadtbereichen mehr Frei- und Grünflächen schaffen, um die klimatischen Bedingungen zu verbessern. Wir müssen Böden entsiegeln, beispielsweise Parkplätze, Schulhöfe und Verkehrsflächen – teils müssen Parkplätze gänzlich umgewidmet werden. In der Enquetekommission spielte auch das Verbot von Schottergärten eine Rolle, die sich im Sommer stark aufheizen und für die biologische Vielfalt sehr schädlich sind.

**Und wie unterscheidet sich eure Position von der anderer Parteien?**

Bei den meisten Klima- und Umweltschutzmaßnahmen haben wir eine große Übereinstimmung mit den Grünen, insbesondere in der Verkehrspolitik. Den Verkehrsraum stärker zugunsten von Fußgänger*innen, Radfahrer*innen und in Richtung »mehr Grün« umzugestalten, scheitert bislang an der Beharrungspolitik der SPD. Weil es in Bremen nur wenig Parkraum gibt, kommt es in den Quartieren immer wieder zu massiven Konflikten. Kurz gesagt: Die Grünen wollen das Auto verbieten, die SPD will alles belassen, wie es ist, und wir suchen nach Lösungen mit reduziertem Pkw-Bestand, etwa durch Carsharing und neue Parkflächen für alle Verkehrsträger wie Lastenräder, E-Bikes oder E-Roller mit den notwendigen Ladeinfrastrukturen.

**Ist die soziale Dimension der Anpassung ein zentraler Konflikt?**

Durchaus. Wir haben zum Beispiel auch für »konsumzwangfreie Räume« gestritten. Als LINKE war und ist es uns wichtig, dass wir die Innenstadt nicht nur grüner, kühler und lebenswerter für wenige machen, sondern dass alle Bewohner*innen sie nutzen können.

**Was heißt das konkret für eine Anpassungspolitik von links?**

Wir setzen uns zum Beispiel für beschattete Bänke und Tische ein, für Orte, an denen man seine eigenen Speisen und Getränke verzehren kann. Aber auch kollektiv betriebene und für alle zugängliche »Stadtgärten« sind ein Element, das wir künftig finanziell noch stärker unterstützen wollen. Hinzu kommt: Gut ein Drittel aller Wohngebiete in Bremen zeichnet sich durch eine schlechte bioklima-

INGO TEBJE ist gelernter Energieelektroniker und als Abgeordneter der LINKEN in der Bremischen Bürgerschaft für die Bereiche Wirtschaft, Arbeit, Häfen, Klima- und Umweltschutz zuständig. Neben seinem Halbtagsmandat ist er in Teilzeit Gewerkschaftssekretär bei ver.di für den kommunalen öffentlichen Dienst in Niedersachsen.

tische Situation aus. Daher ist eine wichtige Frage, in welchen Wohnquartieren beispielsweise zuerst entsiegelt wird oder wo Fassadenbegrünungen vorgenommen werden und in welchen eher nicht. In den sozial benachteiligten Quartieren wie etwa in Gröpelingen und Hemelingen haben wir nicht nur einen sehr hohen Versiegelungsgrad, sondern dort finden sich auch viele der Gebäude mit einem besonders schlechten energetischen und qualitativen Sanierungsstand.

## Ließen sich eure Positionen in der Enquetekommission durchsetzen?

Wir haben mit einem Sondervotum in der Enquetekommission spezielle Förderprogramme eingefordert, um die Sanierung dieser Häuser besonders zu bezuschussen, sofern sie so umgesetzt wird, dass die Belastung durch Miete und Energiekosten für die Mieter*innen konstant bleibt. Außerdem wollen wir die Gelder für die Grünanlagen und Klimaanpassungsmaßnahmen überproportional in die benachteiligten Quartiere leiten. In den bessergestellten Stadtteilen ist ohnehin mehr Grün vorhanden, die Häuser haben größere Gärten und meist gibt es auch stärkere Klima- und Umweltschutzinitiativen. Im Rahmen von Arbeitsmarktmaßnahmen werden in den benachteiligten Quartieren außerdem Urban-Gardening-Projekte und besondere umweltpolitische Maßnahmen umgesetzt.

## Gibt es weitere Felder, in denen die Klimakrise die bestehenden sozialen Schieflagen noch verschärft?

Ein Problem, das im Kommissionsbericht keine Rolle gespielt hat, in den nächsten Jahren aber auf uns zukommen wird, sind die gesundheitlichen Auswirkungen der Klimakrise. Insbesondere ältere Menschen, Vorerkrankte, Kinder und Schwangere, aber auch Menschen, die auf dem Bau oder auf dem Feld arbeiten, sind besonders gefährdet. Hier muss noch viel passieren, auch in Bremen, um etwa medizinisches Personal und Pflegekräfte dafür auszubilden und um Krankenhäuser klimatisch anzupassen.

## Gilt es auch umgekehrt? Kann linke Klimaanpassung für mehr sozialen Ausgleich sorgen?

Ich denke schon. Mit einer linken Anpassungspolitik ist letztlich auch die Frage der Verteilung der gesellschaftlich notwendigen Arbeit aufgeworfen. Was wir immer schon fordern, wird umso dringlicher: eine andere Arbeitsteilung, bessere Arbeitsbedingungen und mehr soziale Gerechtigkeit. All das gewinnt durch den Klimawandel noch an Bedeutung. Hier liegt für die LINKE eine Chance, denn engagierte linke Politik in diesem Bereich macht die Gesellschaften nicht nur widerstandsfähiger gegenüber Klimafolgen, sondern auch insgesamt solidarisch-resilienter und lebenswerter.

## Gibt es auch Punkte, an denen ihr euch als LINKE uneinig seid?

Ja, sowohl in der Partei als auch der Stadtgesellschaft gibt es Streit, wenn Klimaanpassung und Umweltschutz konflikthaft aufeinandertreffen: Etwa wenn der Baumerhalt an der Weser mit der notwendig gewordenen Deicherhöhung kollidiert oder wenn es um den Fernwärmeausbau in Wohngebieten und um Flächenbedarf für Betriebe geht, die für die Transformation nötig sind, oder um wichtige Infrastrukturen, die Naturschutzgebiete tangieren.

## Das Land Bremen hat schon 2019 eine Klimaanpassungsstrategie verabschiedet. Was wurde da geplant?

Da ging es unter anderem darum, wie sich Bremen zu einer »Schwammstadt« entwickeln kann. Dazu gehören Maßnahmen wie eine Pflicht zur Dachbegrünung, Grünanlagen mit Wasserspeichern und mehr Straßenbäume, die nicht nur mehr Platz, sondern auch eine längere Anpflanzpflege bekommen.

## Wie steht es mit der Umsetzung?

Leider zieht sich das. In der letzten Legislaturperiode hat der damalige SPD-Wirtschaftssenator eine Begrünungspflicht für Gewerbehallendächer verhindert. Das haben wir mit unserer LINKEN-Wirtschaftssenatorin nun geändert. Mit dem Paket für eine nachhaltige Gewerbeentwicklung werden auch Fotovoltaikanlagen auf Dächern zur Pflicht und es gibt eine bessere Regenwasserbewirtschaftung. Außerdem entwickeln wir eine Biodiversitätsstrategie und ein Konzept für eine »essbare Stadt«– also die Nutzung öffentlicher Grünflächen für den Anbau von Obst und Gemüse.

## Wie wird all das finanziert?

Es gibt keine umfassende Berechnung der notwendigen Finanzmittel. Manche Maßnahmen kosten die Stadt allerdings auch gar nichts, etwa die Dach- und Fassadenbegrünungspflichten oder ein Verbot von Schottergärten, also alle ordnungspolitischen Ansätze, die dazu dienen, Versiegelungen zurückzudrängen und Wasser zu speichern.

## Und was ist mit den Dingen, die etwas kosten? Gibt es Förderprogramme auch für Private?

Wir fördern die private Dachbegrünung und Urban-Gardening-Projekte, um Anreize zu schaffen. Auch für Fassadenbegrünungen haben wir ein Förderprogramm aufgelegt. Und wir bezuschussen die Entsiegelung von Flächen in Privateigentum sowie den Insekten- und Bienenschutz.

## Das sind aber öffentliche Gelder?

Ja, für umfassende Entsiegelungen und Wasserspeicherungen in Grünanlagen sind hohe Summen erforderlich. Effektive Klimaanpassung muss also unbedingt mit einer gerechten Steuerpolitik auf der Bundesebene einhergehen. Zu finanzieren wäre all das etwa über eine Vermögensteuer, Erbschaftssteuer und eine einmalige Vermögensabgabe. In Bremen vertreten wir darüber hinaus die Position, dass die anstehenden Aufgaben für den Klimaschutz und die Klimaanpassung den Tatbestand einer »außergewöhnlichen Notsituation« darstellen und deshalb auch kreditfinanziert erfolgen können – also von der Schuldenbremse nicht betroffen wären. Was die Gewerbeentwicklung angeht, so haben wir gerade den Weg für eine zukünftige »Flächenkreislaufwirtschaft« freigemacht. Das könnte so laufen: Will man neue Flächen versiegeln, muss man die Entsiegelung von anderen Flächen in mindestens gleicher Größenordnung gegenfinanzieren.

## Und wie steht es mit den Deichen?

Der Generalplan Küstenschutz für die Deicherhöhungen erfordert zig Millionen Euro vom Bund, vom Land und von den Kommunen. Deshalb geht es nicht ohne den Druck auf die Bundesregierung: Infolge des Bundesverfassungsgerichtsurteils zum Klimaschutz vom

April 2021 müssen alle notwendigen Schritte zur Einhaltung der Pariser Klimaziele und auch die Anpassung an die schon einsetzenden Folgen der Erderwärmung aus Steuermitteln finanziert werden. Alles andere ist nicht nur teurer, sondern bedroht unsere Existenz.

**Ist Klimaanpassung als eigenständiges Thema in der Bremer LINKEN angekommen?**

Es kommt darauf an, was man darunter versteht. Klima- und Umweltschutz haben mit der Gründung der neuen Arbeitsgemeinschaft und durch die Klima-Enquetekommission in der Fraktion einen deutlich höheren Stellenwert erhalten. Für Ansätze solidarischer Stadtgestaltung, wie ich sie erwähnt habe, gibt es ohnehin eine große Offenheit, auch wenn das nicht unbedingt unter der Überschrift »Klimafolgenanpassung« diskutiert wird. Auch in der linken Stadtgesellschaft gibt es einige Initiativen, etwa die »Stadtraum-Besetzung«, die Klimaanpassung und kapitalistische Verwertung in ihrer Verschränkung betrachten. Gerade bei jungen Mitgliedern und neuen Genoss*innen in den Basisgruppen spielen ökologische Themen in Verbindung mit Systemkritik eine große Rolle.

**Klimafolgenanpassung muss lokal konzipiert und umgesetzt werden, die Menschen profitieren aber auch lokal.**

Ja, gerade für kleinteilige ortsbezogene Projekte lassen sich Menschen gut begeistern und organisieren. Hier können solidarische Initiativen und Projekte entstehen, für die wir als Bündnispartnerin zur Verfügung stehen sollten. Um da ernst genommen zu werden, braucht es allerdings engagierte und glaubwürdige Genoss*innen, die sich in solchen Initiativen einbringen. Ich denke außerdem, dass Sozialunternehmen als transformatorische Projekte ausgesprochen wichtig sein können.

**Was meinst du damit?**

In Sozialunternehmen gibt es häufig eine Verbindung von Nachhaltigkeit, Klimaanpassung, guter Arbeit und Partizipation der Belegschaften – so könnten unsere Städte gleichzeitig klimaresilienter und solidarischer werden. In den letzten Jahren haben sich Sozialunternehmen wie etwa die Gemüsewerft[1] gegründet, die Urban Gardening, eine lebendige und für alle zugängliche Stadtkultur sowie integrative Arbeitsmarkt- und Umweltpolitik miteinander verbinden. Mit unserem LINKEN Wirtschaftsressort haben wir ihnen deshalb auch eine stärkere Stellung und Förderung gegeben. Durch solche Projekte werden auch solidarische Netzwerke in der Stadt gestärkt, die eine andere Art von öffentlichem Konsum befördern. Hier gibt es eine enge Verschränkung von klimafolgenbedingten Anpassungen und Veränderungen in den Lebens-, Konsum- und Produktionsweisen.

**Was habt ihr euch noch vorgenommen?**

Derzeit sind wir in den Vorbereitungen unseres nächsten Programms für die Landtagswahl 2023. Ich will erreichen, dass wir gerade bei den Klimaanpassungsmaßnahmen die sozialen Ungleichheiten benennen und Vorschläge entwickeln, wie diese bekämpft werden können. Dabei braucht es in der Umsetzung vor allem mehr Geld und Tempo. In der Partei diskutieren wir – auch kontrovers – die Frage, wie es uns gelingen kann, mit unseren sozial-ökologischen Projekten

als ökologisch kompetente politische Kraft wahrgenommen zu werden. Bisher wird uns hier immer noch eine geringe Kompetenz zugeschrieben. Und es gibt die Befürchtung, dass sich eine starke Betonung der ökologischen Themen am Ende nur positiv auf die Wahlergebnisse der Grünen auswirken wird. Klimaanpassung ist aber alternativlos, also müssen wir noch konsequenter auf die enge Verschränkung der Folgen des Klimawandels mit sozialen Ungleichheiten hinweisen und die Menschen davon überzeugen, dass wir als LINKE die einzige politische Kraft sind, die tatsächlich etwas gegen diese Ungerechtigkeit unternehmen will.

### Kann die Debatte über Klimafolgen das ökologische Bewusstsein insgesamt erhöhen?

Ich denke schon, denn je ferner die Folgen des Klimawandels sind, umso schwieriger ist es, Veränderungen durchzusetzen. In dem Maße, wie eigene Erfahrungen mit direkten Folgen wie Starkregen, häufigen Sturmschäden oder spürbaren Problemen durch längere Trockenperioden zunehmen, lassen sich politisch und gesellschaftlich leichter Mehrheiten für die notwendigen Transformationen gewinnen. Für uns muss es darum gehen, die Menschen an diesen Prozessen zu beteiligen und sie aktiv mitzunehmen. Dabei sollten wir die Chancen für mehr Lebensqualität in unseren Städten, die in dieser Transformation stecken, klar herausstellen.

### Wie zum Beispiel?

In unserem letzten Wahlprogramm »Wem gehört die Stadt?« ging es um die Voraussetzungen für eine echte Mobilitätswende. Außerdem unterstützen wir Wohnungsbaugenossenschaften, die auf geringer Wohnfläche mehr Gemeinschaft und höchste Klimaschutzstandards umsetzen. Mit der Förderung von Social Entrepreneurship wollen wir Start-Ups unterstützen, die Nachhaltigkeit und nicht maximale Gewinnsteigerung zum Ziel haben. Momentan unterstütze ich eine Genossenschaftsgründung, die Sozialgewerbeimmobilien mit bezahlbaren Mieten schaffen will. Eine der ganz großen Fragen ist, wie sich die Transformation mit und für die Beschäftigten gestalten lässt. Das ist gerade in Bremerhaven und Bremen zentral.

### Warum?

Beide Städte waren Verlierer der großen Umwälzungen der letzten Jahrzehnte (u. a. in der Werften- und Stahlindustrie). Für Norddeutschland und unsere Städte besteht nun die Möglichkeit, dass die Menschen von den digitalen und ökologischen Transformationen (Stichworte: Grüner Stahl, Grünes Fliegen, E-Mobilität, Wasserstoffwirtschaft, kommunale Energieunternehmen) profitieren können. Wenn die von der Enquetekommission vorgeschlagenen Maßnahmen für ein klimaneutrales Bremen 2038 konsequent umgesetzt und mit ausreichend Mitteln ausgestattet werden, wird dies in den nächsten 15 Jahren eine stabile sozial-ökologische Entwicklung ermöglichen. Ich sehe hier eine Chance, dem ungebremsten Wachstumskapitalismus nachhaltige sozialistische Perspektiven entgegenzusetzen.

*Das Gespräch führte Barbara Fried.*

---

1 Mehr Informationen unter http://gib-bremen.info/urban_gardening_farming_gemuesewerft.php.

# HITZE SATT
## WARUM DIE LANDWIRTSCHAFT, WIE WIR SIE KENNEN, KEINE ZUKUNFT HAT

**STEFFEN KÜHNE**

Ackerflächen werden knapp und die Bodenfrage spitzt sich zu. Gibt es Wege aus der Krise?

Viele Bauernregeln zur Vorhersage des Wetters haben inzwischen ausgedient. In den 140 Jahren seit Beginn der Wetteraufzeichnungen hat sich Deutschland bereits um 1,5 Grad erwärmt, die Zahl der Hitzetage hat sich verdoppelt. Neben einer weiteren Zunahme solcher Tage mit hohen und sehr hohen Temperaturen werden größere saisonale Schwankungen der Landwirtschaft immer mehr zu schaffen machen, insbesondere Niederschläge und langanhaltende Trockenphasen, wie sie bereits die Jahre 2018 und 2019 prägten. Niederschläge, die erst ausbleiben und dann in großer Menge über knochentrockenen Böden niedergehen, bedeuten niedrigere Erträge und vermindern die Erntequalität. Damit brechen den landwirtschaftlichen Betrieben in Deutschland, von denen ohnehin schon viele ums Überleben kämpfen, die Einnahmen weg.

In anderen Teilen der Welt sieht es nicht besser aus. In seinem neuesten Sachstandsbericht warnt der Weltklimarat IPCC davor, dass 2050 allein durch die Folgen des Klimawandels zusätzlich bis zu 183 Millionen Menschen unter Unterernährung leiden könnten. Die Ursachen hierfür liegen vor allem in den Extremwetterereignissen. Ihre Zunahme verläuft nicht parallel zum Temperaturanstieg, sondern beschleunigt sich schon bei unerheblich klingenden Erwärmungen im Zehntelgradbereich sprunghaft. Jenseits der Grenze von 1,5 Grad – deren Einhaltung allen Beteuerungen zum Trotz gerade alles andere als sicher ist – sind ihre Effekte kaum mehr zu kalkulieren.

### NUR EIN VORGESCHMACK

In anderen Teilen der Welt ist die Landwirtschaft bereits massiv von den sich rapide



verändernden Umweltbedingungen betroffen und bewährte Anbausysteme drohen vielerorts dauerhaft zu kollabieren. In Mitteleuropa ließ sich das Ausmaß der heraufziehenden Probleme recht lang beiseiteschieben. In den letzten Jahren wurde dies immer schwieriger. Zur Sommerhitze und zu einem insgesamt chaotischeren Wettergeschehen gesellen sich zusätzliche Herausforderungen wie neue und altbekannte Schädlinge, die in einem milderen Winter keinen Gegner mehr finden. Die Ernteausfälle setzen sich als Futtermittelknappheit fort, wodurch die Preise für die Tierhaltung steigen. So wird hierzulande regelmäßig über Finanzhilfen für in Not geratene Erzeuger*innen diskutiert – und immer öfter auch über die spürbar angezogenen Verbraucherpreise.

Nach allem, was wir wissen, ist das alles nur ein Vorgeschmack auf die Verhältnisse, die uns Mitte des Jahrhunderts bevorstehen. Der sich abzeichnende Wassermangel wird vielerorts zu einem ernsthaften Problem werden und ganze Landschaften spürbar verändern. In einigen Regionen Deutschlands droht die Erosion von Böden bis hin zur Unnutzbarkeit und Versteppung. Zwar bieten höhere Temperaturen und eine verlängerte Vegetationsperiode für den Anbau einzelner Kulturen durchaus Vorteile oder machen ihn erst möglich. Das gilt etwa für Wein und verschiedene Obstsorten bzw. für Soja und Kichererbsen. Die Perspektive ist insgesamt dennoch eher düster, denn ebenso wie Weizen und Co. gehören die meisten Kulturpflanzen nicht zu den Gewinnern des Klimawandels. Für viele Getreidesorten werden die Ackerflächen dort, wo sie sich unter den neuen Bedingungen sinnvoll anbauen lassen, in den kommenden Jahrzehnten unweigerlich schrumpfen. Was bedeutet es nun, sich auf diese veränderten Bedingungen einzustellen?

STEFFEN KÜHNE ist stellvertretender Leiter der Akademie für politische Bildung der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Er arbeitet zum Thema sozial-ökologischer Umbau und interessiert sich besonders für praktische Ansätze der Transformation.

### ANPASSUNG IM KRISENMODUS

In der Fachwelt und immer öfter auch in der Öffentlichkeit werden unterschiedliche Maßnahmen der Anpassung diskutiert. Sie reichen von diversifizierten Fruchtfolgen über

standortspezifische Sortenwahl bis hin zum Einsatz besser angepasster Nutzpflanzen aus anderen Weltregionen. Die Züchtung heißzeitkompatibler Sorten hat bereits begonnen – Wunder bewirken kann sie allerdings nicht. Mit innovativen Kühlsystemen in Ställen und Lagerhallen sowie mit neuen Systemen der ressourcen- und bodenschonenden Bearbeitung wird zudem stark auf technische Lösungen gesetzt. Die im europäischen Agrarsektor ohnehin weit fortgeschrittene Digitalisierung gilt dabei als Hoffnungsträger. Sie verspricht eine hoch technisierte Präzisionslandwirtschaft, in der Ressourcen punktgenau und damit sparsamer eingesetzt werden können. Nicht nur im Hinblick auf die für Ernteroboter und Drohnen benötigten Rohstoffe oder die zentralisierte Datensammlung bei den Maschinenherstellern ist allerdings zweifelhaft, ob die Versprechungen zum Wohle aller tatsächlich eingelöst werden können. Fest steht: Die verschiedenen Anpassungslösungen für den Agrarbereich werden enorme Kosten verursachen – und nicht alle Landwirt*innen werden sich an diesem kapitalintensiven Wettlauf gegen die Klimakrise beteiligen können oder ihre Nische finden. Schon heute sind die hohen Kosten für Investitionen in neue Technologien ein maßgeblicher Grund für die Aufgabe von landwirtschaftlichen Betrieben und damit für die anhaltende Konzentration im Agrar- und Ernährungssektor.

Ein weiteres Feld von Auseinandersetzungen dürfte sich künftig bei der landwirtschaftlichen Wasserentnahme auftun. Das Umweltbundesamt rechnet damit, dass der Beregnungsbedarf deutschlandweit zunimmt und »mehr Nutzer*innengruppen als heute um eine knapper werdende Ressource konkurrieren« werden. Bei der Priorisierung und Verteilung werden auch die Bedürfnisse angrenzender Ökosysteme eine Rolle spielen. Der Schutz der biologischen Vielfalt und intakter Umweltbeziehungen wird mittlerweile auch vom Weltklimarat als zentrale Anforderung an eine zukunftsfähige Landwirtschaft betont. Die Stärkung agrarökologischer Ansätze, für die auch bäuerliche Bewegungen wie La Via Campesina eintreten, wird vom IPCC nicht nur als Mittel im Kampf gegen die Ursachen der Klimakrise gesehen, sondern auch als eine Möglichkeit, ihren Folgen besser zu begegnen. Durch die Schonung von Böden und Gewässern, durch mehr Strukturvielfalt in Form von Hecken oder Agroforstsystemen, mit der Förderung der Artenvielfalt und einer stärkeren Ausrichtung auf lokale Kreisläufe werden Ernährungssysteme nachweisbar robuster und widerstandsfähiger gegenüber Störungen.

## ZIELKONFLIKTE UND SACKGASSEN

Die Landwirtschaft in Deutschland muss innerhalb weniger Jahrzehnte enorme Herausforderungen bewältigen. Sie muss nicht nur umfassende Anpassungen an die Folgen des Klimawandels leisten, sondern auch einen Totalumbau meistern: weg von einem emissionsintensiven hin zu einem klimaneutralen Wirtschaftssektor. Zusätzlich muss sie den wachsenden Anforderungen an Umwelt- und Artenschutz Rechnung tragen. Das ruft etliche Zielkonflikte hervor. So setzen aktuell sämtliche Strategien im Kampf gegen die Erderwärmung auf die Erzeugung von Energiepflanzen und die Speicherung von Kohlenstoff im Boden. Für Letzteres ist die großflächige Wiedervernassung von Mooren eine ökologisch wie klimapolitisch sinnvolle Maßnahme.

Gleichzeitig werden dadurch die landwirtschaftlich nutzbaren Flächen unweigerlich verringert, was die Konkurrenz um Anbauflächen weiter erhöht. Fragen nach Flächenbedarfen und Flächenverbrauch kommt nicht nur hier eine Schlüsselrolle zu. Eine weniger intensiv betriebene Landwirtschaft, die mit deutlich weniger oder gänzlich ohne Kunstdünger und Pestizide auskommt, erwirtschaftet pro Hektar niedrigere Erträge, benötigt für dieselbe Menge an Nahrungsmitteln also mehr Ackerfläche. Ausgerechnet mit diesem Argument rechtfertigen Vertreter*innen einer intensiven Landwirtschaft ihre Produktionsmethoden. Sie nehmen für sich in Anspruch, die konsequentesten Klimaschützer*innen zu sein, und weisen damit die Forderung nach Ökologisierung, die inzwischen von einer Mehrheit der Gesellschaft getragen wird, zurück. Die enorme Abhängigkeit des agrarindustriellen Modells von einer anhaltenden Zufuhr fossiler Rohstoffe lassen sie dabei gern außer Acht. Eine deutliche Reduzierung des Fleischverbrauchs wäre – ebenso wie die Verringerung der Lebensmittelverschwendung – eine weitere offensichtliche Stellschraube zur Reduzierung des für unsere Ernährung erforderlichen Flächenbedarfs. Doch hier kann von gesellschaftlicher Einigkeit keine Rede sein.

### VERÄNDERUNGSDRUCK ALS CHANCE FÜR ECHTEN WANDEL

Ob und welche der Maßnahmen zur Anpassung der Landwirtschaft an neue klimatische Bedingungen Erfolg haben werden, hängt erheblich vom Tempo der Veränderungen ab. Die Lage wird in den kommenden Jahren schwieriger und unberechenbarer werden. So ist es nicht unwahrscheinlich, dass die Lebensmittelerzeugung in stärker vom Klimawandel betroffenen Regionen der Erde durch Ernteausfälle und -rückgänge stark unter Druck geraten wird. Dies könnte zur Folge haben, dass Lebensmittelexporte hierzulande eher zunehmen müssen, als dass sie abgebaut werden könnten, wie es der Vision einer weitestgehend regionalisierten Landwirtschaft entspräche. Die Einbrüche bei der Weizenproduktion in Zusammenhang mit dem Krieg gegen die Ukraine (Russland und die Ukraine produzieren etwa ein Drittel des weltweiten Weizens) zeigen eindrücklich, wie schnell sich die Versorgungslage verändern kann.

Dieser Ausblick klingt erst einmal wenig hoffnungsvoll. In dem immensen Veränderungsdruck hin zu einer postfossilen und klimaresilienten Landwirtschaft liegt dennoch eine große Chance. Der Zwang zur Anpassung zieht dringend notwendige Debatten über die Zukunft unseres Ernährungssystems nach sich, für die es von linker Seite überzeugende Vorschläge und Visionen braucht. Die Verfügungsgewalt über Boden und Wasser ist darin eine zentrale Frage. Mit Vergesellschaftung dürften gerade im Kontext der Landwirtschaft viele immer noch Vorstellungen von Zwangskollektivierung verbinden. In einer Zeit, in der die Scholle von immer weniger Höfen bewirtschaftet wird, die immer öfter landwirtschaftsfremden Investoren gehören und die konzentrierte Konzernmacht eine gesellschaftliche Steuerung der Nahrungsmittelversorgung spürbar einschränkt, könnte sich das aber ändern. Das Ringen um eine gemeinwohlorientierte Bodenpolitik und eine echte Demokratisierung des Ernährungssystems wird durch die Umwälzungen einen neuen Schub erhalten. Alles andere wäre der Situation nicht angemessen.

# MASTERPLAN MIT SEHSCHWÄCHE
## WAS LEISTET DIE DEUTSCHE ANPASSUNGSSTRATEGIE?

**UWE WITT**

Seit 17 Jahren arbeiten Regierungsbehörden und Wissenschaft an Plänen zum Umgang mit Klimarisiken. Wie sind sie einzuschätzen?

Der Klimawandel wird Leben und Wirtschaften grundlegend verändern. Doch wie bereitet sich die Politik auf jene Klimawandelfolgen vor, die in Deutschland höchstwahrscheinlich selbst dann unvermeidlich sein werden, wenn der Klimaschutz weltweit volle Fahrt aufnehmen würde? Das übergreifende Instrument dafür hat die Bundesregierung bereits im Jahr 2005 entwickelt und drei Jahre später beschlossen: die Deutsche Anpassungsstrategie (DAS) (Bundesregierung 2008). Langfristiges Ziel der DAS ist es laut Bundesregierung, die Verwundbarkeit natürlicher, sozialer und wirtschaftlicher Systeme gegenüber Klimafolgen zu mindern und gleichzeitig die Anpassungsfähigkeit dieser Systeme zu erhöhen. Mittlerweile verabschiedete die Bundesregierung zwei Fortschrittsberichte zur DAS, den letzten Bericht im Jahr 2020.

Obwohl die Strategie unter Leitung des Bundesumweltministeriums seit mittlerweile 17 Jahren in einem großen Netzwerk fortgeschrieben wird, kennt sie fast niemand. Das liegt auch daran, dass vieles auf wissenschaftlicher und behördlicher Ebene geschieht, und damit weitgehend geräuschlos. Außerdem stand die Anpassungspolitik lange im Schatten des Klimaschutzes. Denn wäre der Umbau erfolgreich, würden nicht nur weltweit Klimawandelfolgen verringert, sondern auch hierzulande teure Anpassungsprogramme teilweise überflüssig. Anpassung galt daher lange als Eingeständnis gescheiterten Klimaschutzes.

Seit immer klarer wird, dass eine Erwärmung von mindestens zwei Grad über vorindustrielle Werte für Deutschland kaum noch zu verhindern ist (schon jetzt liegen wir hierzulande bei etwa 1,6 Grad plus), steigt




die Bedeutung der DAS. Die Mehrheit der Politiker*innen und auch der Medien interessiert sich gleichwohl immer noch nicht dafür, kaum jemand fragt kritisch nach, was in den 17 langen Jahren eigentlich real passiert ist.

UWE WITT ist Volkswirt und Referent für Klimaschutz und Strukturwandel am Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Zuvor arbeitete er als Referent für Klima- und Energiepolitik in der Bundestagsfraktion der LINKEN.

## EIN LANGER WEG

In den Anfangsjahren wurde gemeinsam mit den Bundesländern geprüft, wie hoch die Betroffenheit durch den globalen Klimawandel sein könnte. Dafür wurden die jeweiligen Risiken in unterschiedlichen Handlungsfeldern bewertet. Erst auf Grundlage einer Vielzahl von Analysen sollten konkrete Anpassungsmaßnahmen entwickelt werden, schließlich sind Investitionen etwa in Deichbauten oder Förderprogramme zum Hitzeschutz teuer und bedürfen solider Vorarbeit. »Die Räder greifen jetzt immer mehr ineinander«, sagt Walter Kahlenborn, Geschäftsführer des unabhängigen »Think-and-do-tanks« für Klima, Umwelt und Entwicklung adelphi, der im Auftrag des Umweltbundesamtes (UBA) ein wissenschaftliches Konsortium zur Beratung der DAS leitete, in einem Gespräch mit der *LuXemburg*.

2008 wurde dann die erste Fassung der DAS beschlossen, die Kernpunkte des methodischen Vorgehens sowie einen praxisorientierten Aktionsplan enthielt. Dieses frühe Maßnahmenbündel sollte anpassungsrelevantes Wissen erweitern, rechtliche Rahmensetzungen verbessern und erste Umsetzungsschritte einleiten. Letztere bezogen sich zunächst vor allem darauf, Bundesliegenschaften und bundeseigene Infrastruktur weniger verletzlich zu machen – auf sie hatte die Bundesregierung in der Pilotphase unkomplizierten Zugriff.

Die Analysen der DAS unterscheiden heute sieben zentrale Cluster: Wasser (Wasserhaushalt, Küsten- und Meeresschutz, Fischerei), Infrastruktur (Bauwesen, Energiewirtschaft, Verkehr), Land (Boden, biologische Vielfalt, Landwirtschaft, Wald- und Forstwirtschaft), Gesundheit (menschliche Gesundheit), Wirtschaft (Industrie und Gewerbe, Finanzwirtschaft und Tourismus) und

das Querschnittscluster »Raumplanung und Bevölkerungsschutz« (klimawandelgerechte Regionalplanung, Stadtumbau). Neuerdings fasst die DAS handlungsfeldübergreifende Aktivitäten wie etwa die Bereitstellung von Daten- und Informationsdiensten oder breiter wirkende Förderinstrumente im Cluster »Übergreifend« zusammen.

Jedes der Handlungsfelder wurde daraufhin untersucht, wie empfindlich es auf die Auswirkungen der Erderwärmung reagieren könnte. Erste Ergebnisse wurden im Jahr 2015 in einer auch medial beachteten »Vulnerabilitätsanalyse« zusammengefasst (UBA 2015). Diese sieht für Deutschland sechs Schwerpunkte: erstens Schäden durch ansteigende Hitzebelastung in Verdichtungsräumen, insbesondere in Ballungsgebieten in warmen Regionen, die sich in Zukunft noch ausdehnen werden. Zweitens: die Beeinträchtigung der Wassernutzungen infolge zunehmender Erwärmung und in Zukunft vermehrter Sommertrockenheit. Betroffen wären hier vor allem Regionen mit ohnehin warmem und trockenerem Klima in Ostdeutschland und das Rhein-Einzugsgebiet. Drittens: Schäden an Gebäuden und Infrastrukturen durch Starkregen und Sturzfluten in urbanen Räumen. Als räumlicher Schwerpunkt werden hier Ballungszentren im nordwestdeutschen Tiefland, im Mittelgebirge und im südwestdeutschen Raum angegeben. Viertens: Schäden an Gebäuden und Infrastrukturen durch Flussüberschwemmungen. Man vermutet, dass diese vor allem in Ballungsräumen in Flusstälern des norddeutschen Tieflands, aber auch im Einzugsgebiet des Rheins und der Donau auftreten werden. Fünftens: Schäden an Küsten infolge des Meeresspiegelanstiegs und des damit verbundenen erhöhten Seegangs sowie steigender Sturmflutgefahr. Sechstens schließlich rechnen die Forscher*innen infolge der Erwärmung damit, dass sich in den Meeren und ländlichen Räumen die Artenzusammensetzung und die natürlichen Entwicklungsphasen verändern werden.

## DIE KLIMAWIRKUNGS- UND RISIKOANALYSE

Eines der dicksten Pakete der DAS ist die im letzten Jahr fertiggestellte Klimawirkungs- und Risikoanalyse (KWRA) (UBA 2021) des Bundes. Sie bestätigt die alte Vulnerabilitätsanalyse, erweitert und vertieft sie jedoch, auch weil inzwischen der 5. Sachstandsbericht des UN-Klimarates IPCC aus dem Jahr 2017 vorlag, dessen Ergebnisse eingeflossen sind. Mittlerweile liegt auch der zweite Teil des 6. Sachstandsberichts (IPCC 2022) vor, in dem es um »Auswirkungen, Anpassung und Vulnerabilität« geht und der im DAS-Prozess verarbeitet werden muss (siehe Voigt/Williams in diesem Heft).

In die Erstellung der KWRA waren aus dem Behördennetzwerk Klimawandel und Anpassung 25 Bundesoberbehörden und -institutionen aus neun Ressorts eingebunden, externes Fachwissen unterstützte den Prozess. Analysiert wurde die Gegenwart, zudem wurden zwei Zukunftsszenarien für die Mitte (2031 bis 2060) und das Ende des Jahrhunderts (2071 bis 2100) beschrieben. Geprüft hat die KWRA einmal den pessimistischen Fall eines starken Klimawandels mit einem Anstieg von 3 Grad Celsius sowie den Fall eines schwächeren Anstiegs von 2,4 Grad Celsius. Dabei wurden 100 Wirkungen des Klimawandels untersucht, bei 31 von ihnen wurde ein sehr dringender Handlungsbedarf festgestellt.

Aus den sechs Schwerpunkten der Vulnerabilitätsanalyse wurden 31 Hotspots identifiziert. Zu ihnen gehören sehr starke Hitzebelastungen besonders in Städten, Wassermangel im Boden und häufigere Niedrigwasser mit schwerwiegenden Folgen für alle Ökosysteme, die Land- und Forstwirtschaft sowie den Warentransport. Außerdem geht es um ökonomische Schäden verursacht durch Starkregen, Sturzfluten und Hochwasser an Bauwerken, um das steigende Waldbrandrisiko sowie den durch den graduellen Temperaturanstieg verursachten Artenwandel einschließlich der Ausbreitung von Krankheitsüberträgern und Schädlingen.

## WAS HEISST DAS KONKRET?

Mithilfe des methodischen Know-hows der KWRA sollen nun die erwähnten Aktionspläne der DAS weiterentwickelt werden. Allein der letzte Aktionsplan der Bundesregierung aus dem Jahr 2020 beschreibt auf 80 Seiten 188 Maßnahmen und Instrumente (Bundesregierung 2020). So zum Beispiel spezielle thematische Programme, etwa zur »Anpassung urbaner Räume an den Klimawandel« des Bundesbauministeriums oder das Förderprogramm »Klimaanpassung in sozialen Einrichtungen« des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz. Bei einigen Programmen war bei Verabschiedung des Aktionsplans die Finanzierung noch offen, so etwa für den Titel »Anpassung der Informations- und Frühwarnsysteme und Ausweitung der Zielgruppe von Frühwarnsystemen«, ein Programm, das möglicherweise für die Flutkatastrophen im Ahrtal relevant gewesen wäre. Vieles soll zudem aus den laufenden Haushalten der Ressorts bezahlt werden. Wie viele Mittel zusätzlich bereitgestellt werden, ist kaum zu ermitteln.

Ein Teil der Maßnahmen scheint auf ohnehin existierenden Programmen zu basieren, etwa beim Hochwasserschutz oder bei dem seit Jahrzehnten existierenden Bundesprogramm Biologische Vielfalt. Vieles dagegen ist tatsächlich neu, beispielsweise ein Ressortforschungsprojekt, das darauf abzielt, den Klimawandel in den Normen für das Bauwesen stärker zu berücksichtigen. Oder ein anderes, das festlegen soll, welche Bahnausweichstrecken langfristig zur Abpufferung von Extremwetterschäden benötigt werden und damit strategische Bedeutung erhalten. Zielgenauigkeit und Effizienz der Programme lassen sich jedoch bisher von außen kaum einschätzen.

Für adelphi-Geschäftsführer Kahlenborn ist der DAS-Prozess bisher vergleichsweise gut gelaufen, zumindest was die Analyse, den Aufbau des Instrumentenbaukastens und die institutionelle Einbindung angehe. »Solch ein Behördennetzwerk existiert sonst nirgendwo.« Auch die Ausstattung mit Geld und Personal sei verbessert worden, das Kompetenzzentrum Klimafolgen und Anpassung (KomPass) beim UBA beispielsweise habe inzwischen über ein Dutzend Stellen. Unter dem Eindruck der Ahrtal-Katastrophe räumt er jedoch ein: »Mit den Problemen der Regenwasserableitung bei Extremwetterlagen hätten wir uns wohl früher und eingehender beschäftigen müssen.«

## WAS NOCH FEHLT

Ein zivilgesellschaftliches Monitoring zu den Aktionsplänen und ihrer methodischen Basis wäre allerdings vonnöten, zumal die DAS nun in die Phase kommt, in der auch investive Programme konzipiert und durchgeführt

werden. Bei den Umweltverbänden findet sich jedoch fast niemand, der mit der DAS zu tun hat – ein Defizit, das schnell behoben werden sollte. Zudem pfeifen es die Spatzen von den Dächern, dass in der Praxis vielfach fröhlich weitergebaut und versiegelt wird, als wären Klimawandel und Anpassung Lifestylethemen. Beton- und Stahlpaläste, die die Innenstädte weiter aufheizen, seelenlose Investorenarchitektur ohne Frischluftschneisen, immer mehr stillgelegte Haupt- und Ausweichstrecken bei der Bahn. Die DAS wirkt hier eher wie ein abgekoppeltes Raumschiff und nicht wie eine Umbauanleitung für mehr Resilienz.

Der DAS selbst ist das nicht unbedingt anzulasten, die KWRA etwa empfiehlt, unverzüglich mit Anpassungsmaßnahmen zu beginnen. Dazu gehört nach Meinung von UBA-Chef Dirk Messner, asphaltierte Flächen zu verkleinern oder durch wasserdurchlässige Baustoffe zu ersetzen, Freiflächen und Begrünung an Gebäuden zu schaffen sowie den Flächenverbrauch überhaupt zu reduzieren. Landschaften und Städte sollten so umgebaut werden, »dass sie sich ohne Schäden an Ökosystemen, Häusern und Infrastrukturen wie ein Schwamm mit Wasser vollsaugen und es wieder abgeben können« (UBA, 2021).

Der Weg ist mittlerweile klar. Dennoch wird er bislang nur punktuell gegangen, denn der Aufwand ist hoch, die Widerstände und finanziellen Engpässe sind es ebenfalls. Hoch wäre aber auch – wie beim Kampf gegen die Erderwärmung – der Nutzen kluger und vorausschauender Maßnahmen. Das bestätigt eine vertiefte ökonomische Analyse der DAS, die parallel zur KWRA vom UBA in Auftrag gegeben wurde (UBA 2020). In ihr wurden die dringlichsten Maßnahmen auf ihre gesamtwirtschaftlichen Effekte sowie ökologischen und sozialen Auswirkungen hin untersucht. Der Bericht aus dem Jahr 2020 kommt zum Ergebnis, dass etwa Anpassungsmaßnahmen im Handlungsfeld Verkehr und Verkehrsinfrastruktur jährlich zu bis zu 1,4 Milliarden Euro zusätzlichem BIP und zu einem Beschäftigungszuwachs von bis zu 4 800 Beschäftigten führen könnten. Naturräumliche Maßnahmen hätten dagegen eher geringe ökonomische, dafür aber positive ökologische Effekte. Nicht nur Schäden durch den Klimawandel würden gemindert, auch Treibhausgas könnte gebunden und Biodiversität erhöht werden.

## SEHSCHWACH AUF DEM SOZIALEN AUGE

Seltsamerweise wurden in dieser sozioökonomischen Analyse einige Anpassungsmaßnahmen, die enorme Folgen für die Einkommens- und Vermögensverteilung haben, nicht geprüft. So gilt die energetische Gebäudesanierung, die notwendig ist, um Häuser hitzeabweisender zu machen, als wichtigster Verdrängungsfaktor für angestammte Mieter*innen. Im Handlungsfeld Bauwesen wurde dagegen die »klimafreundliche Fassaden-, Dach- und Gebäudegestaltung« untersucht, die häufiger an adretten Neubauten mit Eigentumswohnungen zu finden ist. Der soziale Sprengstoff dürfte sich hier in Grenzen halten.

Klar ist, Anpassung muss auch als soziales Problem verstanden werden. In Städten können die Art der Bebauung oder hohe Grünflächenanteile etwa die Hitzebelastung bei hohen Temperaturen deutlich reduzieren und damit dem gefürchteten Hitzeinseleffekt *(urban heat island)* entgegenwirken. Auch die Außenverschattung von Wohnungen ist effizient und vergleichsweise preiswert zu haben. Hinder-

nisse liegen etwa im Bau-, Energieeinspar- und Wohneigentumsrecht. Hier muss Mieter- vor Eigentümerschutz und vor ästhetischer Gängelei durch Leute gehen, die große und gut isolierte Wohnungen haben. Auch die einschlägigen Regeln zum Arbeitsschutz in Bezug auf Hitze und UV-Strahlung müsen überprüft werden. Es gilt Kühlräume auszuweisen, in die Ältere und Vorbelastete an besonders heißen Tagen fliehen können. Bibliotheken kämen dafür infrage oder Kirchen, die häufig verschlossen sind.

Der größte Teil der Anpassung, der in den nächsten Jahren zu leisten ist, ist aus den Aktionsprogrammen der DAS noch nicht abzulesen. »Jetzt geht es in die Umsetzungsphase«, so Walter Kahlenborn, dabei müssten 11 000 Gemeinden mitgenommen werden. Der Umbau ist tatsächlich überwiegend Aufgabe von Ländern und Kommunen, das Grundgesetz sieht es so vor. Dies erklärt vielleicht auch das bisherige Übergewicht von Ressortforschungsprogrammen des Bundes oder von Förderprogrammen, die häufig nur Pilotprojekte finanzieren. Der Bund kann vielfach nur begleiten und gemeinsam mit den Ländern entsprechende Instrumentarien schaffen, die später von Städten und Gemeinden genutzt werden. Dafür hat er inzwischen Institutionen wie das Zentrum KlimaAnpassung gegründet, das Kommunen und sozialen Einrichtungen den Einstieg erleichtern soll, oder das Deutsche Klimavorsorgeportal Klivo, das Daten und Informationen zum Klimawandel bündelt sowie über Dienste zur zielgerichteten Anpassung an die Klimafolgen informiert.

Auf Bundesebene will sich die Interministerielle Arbeitsgruppe Anpassung an den Klimawandel (IMAA) künftig verstärkt mit den Anpassungskapazitäten unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppen auseinandersetzen (einkommensschwache und einkommensstarke Haushalte, Gender, Alter etc.). Die DAS-Instrumente sollen gezielter am konkreten Bedarf der betroffenen Gruppen ausgerichtet werden. Damit wird relativ spät die soziale Dimension der Anpassung stärker in den Blick genommen. Schließlich sind gerade diejenigen besonders vom Klimawandel betroffen, die über wenig Ressourcen verfügen. Sie können durch falsche Priorisierungen bei der Anpassungspolitik zusätzlich unter die Räder kommen. Etwa wenn bauliche Anpassungen mit sogenannten Aufwertungen verbunden werden, was die Mieten nach oben treibt.

Ob die DAS künftig mit dem neuen Schwerpunkt tatsächlich einen Beitrag zur Sozial- und Umweltgerechtigkeit leistet, wie auf dem Papier angekündigt, wird von der konkreten Ausgestaltung abhängen und davon, ob aus Verbänden, Bewegungen und Zivilgesellschaft der entsprechende Druck entsteht. Hier liegt ein wichtiger Einsatzpunkt für linke Klimafolgenanpassungspolitik.

## LITERATUR


Bundesregierung, 2008: Deutsche Anpassungsstrategie an den Klimawandel, Berlin

dies., 2020: Zweiter Fortschrittsbericht zur Deutschen Anpassungsstrategie an den Klimawandel, Berlin

IPCC, 2022: Impacts, Adaptation and Vulnerability, https://www.ipcc.ch/report/sixth-assessment-report-working-group-ii

UBA-Umweltbundesamt (Hg.), 2015: Vulnerabilität Deutschlands gegenüber dem Klimawandel, Sektorenübergreifende Analyse des Netzwerks Vulnerabilität, Reihe Climate Change 24/2015

ders., 2020: Vertiefte ökonomische Analyse einzelner Politikinstrumente und Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel, Reihe Climate Change 43/2020

ders., 2021: Klimawirkungs- und Risikoanalyse 2021 für Deutschland, Reihe Climate Change 26/2021

# ANGST UND AUFBRUCH

**Können wir der Klimakrise ins Auge sehen und trotzdem Hoffnung haben? Das haben wir zwei Aktivistinnen aus unterschiedlichen Generationen gefragt.**



# »DAS IST DIE ERDE. SIE WIRD NIEMALS DER HIMMEL SEIN«

## DOROTHEE HÄUSSERMANN

Ich bin seit vielen Jahren aktiv in der Klimabewegung, meistens mache ich Öffentlichkeitsarbeit. In unzähligen Workshops, Aufrufen und Pressemitteilungen habe ich erklärt, warum wir dringend Kohlebagger lahmlegen und energieintensive Industrien abschalten müssen. Wenn mich vor fünf Jahren jemand gefragt hätte, was zu tun sei, um die Klimakrise zu stoppen, hätte ich die Antwort gewusst: Wir müssen fossile Infrastruktur blockieren, massenhaften zivilen Ungehorsam rund um Kohletagebaue, Pipelines und Autobahnen leisten. Und zwar sofort. Alle. Mir saß die tickende Kohlenstoff-Uhr im Nacken, auf der in Zehntelsekunden die Zeit verrinnt, um die globale Erwärmung auf 1,5 Grad zu begrenzen. Ich verstand nicht, warum Menschen nicht alles stehen und liegen lassen, um mit einer gesellschaftlichen Kraftanstrengung die Notbremse zu ziehen.

In der Zwischenzeit ist bei mir etwas passiert – ich kann gar nicht genau sagen, was. Ich mache es an den Bildern von brennenden Wäldern in Australien fest. Oder an dem Hitzesommer 2018, als die Bäume vor meinem Fenster vertrockneten. Oder am Absturz nach dem Höhenflug der

Klimabewegung: der Hambacher Forst gerettet, Tausende bei den Ende-Gelände-Aktionen, über eine Million Menschen beim Klimastreik im September 2019. Doch statt *System Change* haben wir Ladesäulen für E-Autos gekriegt.

Ich hoffe nicht mehr ernsthaft darauf, dass wir die 1,5-Grad-Grenze einhalten können. Ich hoffe darauf, dass in 30 Jahren noch Trinkwasser aus dem Hahn kommt – für möglichst viele. Und dass wir es schaffen, die Folgen der Klimakrise möglichst solidarisch zu verwalten. Dieser Ernüchterungsprozess hat verrückterweise etwas Erleichterndes mit sich gebracht. Ich glaube, ich habe aufgegeben. Das schreibe ich auf die Gefahr hin, dass die meisten Menschen das missverstehen werden. Ich halte 1,5 Grad immer noch für politisch wichtig. Aufgeben heißt nicht aufhören. Unabhängig von Gradzahlen ist verdammt viel zu tun. Die globale Erwärmung wird sich durch die Kipppunkte teilweise unserer Kontrolle entziehen, die Klimakrise nicht. Für Klimagerechtigkeit wird es nie »zu spät« sein (vgl. AusgeCo2hlt 2021). Es geht – weiterhin und noch viel mehr – um einen gerechten Zugang zu lebensnotwendigen Ressourcen, um Macht- und Ausbeutungsverhältnisse, um den Erhalt von Feuchtgebieten genauso wie um offene Grenzen. Und jedes Biotop, jeder politische Spielraum zählt.

Vielleicht ist aufgeben gar nicht das richtige Wort. Akzeptieren? Ich habe akzeptiert, in einer Welt mit hohen dystopischen Anteilen zu leben. Akzeptieren heißt nicht »sich abfinden«. Akzeptieren ist das Gegenteil von Verdrängung. Es ist kein Schmusekurs mit dem Status quo, sondern Voraussetzung, ihn präzise am Kragen packen zu können. Dieser geistige Spagat ist wunderbar ausgedrückt in Gramscis Formulierung »Pessimismus des Verstandes, Optimismus des Willens«.

Woher aber die Energie finden für den »Willen« weiterzumachen? Mir hilft ein Zitat der US-amerikanischen Autorin Rebecca Solnit: »This is earth. It will never be heaven.« Ich lese darin ganz viel Lebensbejahendes. Die Bereitschaft, sich einzulassen auf das, was ist. Bitte, fühl dich auf der Erde wie zu Hause! Es nimmt eine Last von meinen Schultern. Diesen erdrückenden Anspruch, den verknoteten Krisenhaufen unserer Gegenwart zum Paradies machen zu müssen. Es befreit mich von einer Haltung, die Kraft raubt: das ständige Verzweifeln

DOROTHEE HÄUSSERMANN ist seit 2011 im Widerstand gegen die Kohleindustrie aktiv, unter anderem bei Ende Gelände. Sie organisiert Veranstaltungen, gibt Workshops und schreibt. In ihrem Roman »Wind aus Nord-Süd« geht es um das Auf und Ab politischer Arbeit und um drei Frauen, die sich fragen, wie sie weitermachen sollen.

an der real existierenden Gesellschaft, weil es nicht die Utopie ist; das Misstrauen gegenüber kleinen Veränderungen, weil sie nicht die Revolution sind; die Verachtung gegenüber den Menschen, die das mit dem Kapitalismus immer noch nicht verstanden haben, die scharfe Kritik an den Mitstreiter*innen, die es nicht schaffen, sich zu verhalten, wie wir uns das in einer befreiten Gesellschaft vorstellen; und schließlich vom unerbittlichen Perfektionismus uns selbst gegenüber. Mit dieser Haltung gebe ich zwar manch eine Hoffnung auf, nicht aber die Überzeugung, dass die Welt gerechter sein muss, oder die Freude an der Zusammenarbeit mit anderen, die diese Überzeugung teilen. Freude im Sinne von: zusammen neue Dinge tun und dabei wachsen – »to become capable of new things, with others« (Montgomery/Bergman 2017).

Was hat sich also für mich verändert seit den brennenden Wäldern im Jahr 2019? Ich tippe immer noch Aufrufe, RWEs Kohlebagger zu stoppen. Aber ich mache dabei mehr Kaffeepausen und weniger Nachtschichten. Die Kohlenstoff-Uhr stresst mich nicht mehr so arg. Ich habe akzeptiert, dass Veränderung Zeit braucht. Viel Zeit. Und dass alles anders kommt, als ich denke (#Pandemie, #Krieg). Ich fühle, natürlich, Trauer, Wut, Ohnmacht, Genervtheit. Aber drumherum auch Gelassenheit.

Was sage ich heute, wenn mich Leute fragen, wie wir der Klimakrise begegnen? Ich muss länger nachdenken und meine Antwort ist schwammiger. Ich sage vielleicht, dass Beziehungen keine Ablenkung von politischer Arbeit sind oder nette Nebeneffekte, sondern das, was alles zusammenhält. Oder dass es darum geht, all unsere Strukturen so widerstandsfähig zu machen wie möglich – ob gegen Extremwetterereignisse oder autoritäre Regierungen. Dazu gehört der Aufbau einer wasserspeichernden Humusschicht genauso wie das Knüpfen von starken, handlungsfähigen Netzwerken. Direkte Aktionen gegen Waldrodungen und andere Formen der Zerstörung finde ich weiterhin wunderbar und wichtig. Aber die selbstorganisierte Kulturkneipe auf dem Lande ebenfalls. Es kommt darauf an, möglichst viele Räume und Situationen zu schaffen, in denen Menschen sich als Teil eines größeren Zusammenhangs erleben, in dem alles, was sie tun oder lassen, eine Wirkung hat. Denn dort passiert Veränderung. Mittlerweile denke ich, es geht im Prinzip um etwas, was die einen Demokratie nennen. Die anderen Anarchismus. Und manche einfach: Verbundenheit.

**LITERATUR**

AusgeCO2hlt, 2021: Jenseits von Hoffnung und Zweifel – warum Aufgeben keine Option ist, https://ausgeco2hlt.de/2021/03/08/jenseits-von-hoffnung-und-zweifel-warum-aufgeben-keine-option-ist/

Montgomery, Nick/Bergman, Carla, 2017: Joyful Militancy. Building Thriving Resistance in Toxic Times, Chico, CA

# »FÜR MICH BLEIBT DIE HOFFNUNG AUF GERECHTIGKEIT«

## IMEH ITUEN

Die Klimakrise beschäftigt mich in allen Bereichen meines Lebens: Ich bin in verschiedenen aktivistischen Gruppen unterwegs, vor allem bei Black Earth in Berlin. Unsere Gruppe besteht bewusst aus BIPoC* und setzt sich aus rassismus- und kolonialismuskritischer Perspektive für Klimagerechtigkeit ein. Außerdem forsche ich an der Universität Hamburg zu Rassismus und kolonialen Kontinuitäten in der Umwelt- und Klimakrise.

Dass der Klimawandel für mich zum zentralen Thema wurde, das war ein gradueller Prozess. Das erste Mal kam ich während eines Auslandssemesters in Australien mit den Klimafolgen in Berührung. Später habe ich mich in meinem Studium mit Umwelt- und Klimagerechtigkeit beschäftigt. Als ich mich zum ersten Mal für eine Hausarbeit mit Klimaprognosen befasste, wurden mir die krassen Dimensionen bewusst. Das hat mich ziemlich erschlagen. Es war wie eine Zäsur, weil ich realisiert habe, wie immens und inzwischen würde ich sagen genozidal diese Krise ist. Mir wurde klar, dass sich alle Probleme, die mich politisch beschäftigen, ob Flucht, Migration oder Rassismus, infolge des Klimawandels verschärfen. Das war in der deutschen Klimabewegung aber kaum Thema.

Genau hier wollte ich ansetzen, um etwas zu verändern. Im Black-Earth-Kollektiv versuchen wir, mit verschiedenen Bildungsformaten und politischen Aktionen auf den Zusammenhang von Klimakrise und Rassismus aufmerksam zu machen. Wir wollen einen geschützten Raum für BIPoC*-Perspektiven schaffen. Und wir setzen uns dafür ein, dass der Kampf für Klimagerechtigkeit alle mitdenkt.

Mein Umgang mit den düsteren Aussichten war und ist also, aktiv zu werden, mich zu engagieren. Trotzdem machen die Szena-

rien immer noch etwas mit mir. Heute lese ich nur ab und zu aktuelle Prognosen als Update für meine Arbeit. Ich empfinde es als psychische Belastung und kann mich nicht täglich damit beschäftigen. Gleichzeitig vermitteln mir die Szenarien das Gefühl von Dringlichkeit und die Gewissheit, dass viele Menschen das gleiche Gefühl haben. Ich weiß aber inzwischen, dass politische Arbeit Zeit braucht. Die Dringlichkeit sollte die Klimabewegung nicht blind machen und dazu verleiten, die Komplexität der Krise zu reduzieren. Wenn wir nur auf die Symptome schauen, geraten die Ursachen und wichtige Lösungsperspektiven aus dem Blick.

Genau das erlebe ich, wenn hierzulande über den Klimawandel gesprochen wird. Anpassung und der Umgang mit klimabedingten Schäden und Verlusten kommen darin kaum vor. Das sind aber Dinge, die für die Klimabewegungen im globalen Süden zentral sind, die schon heute mit den Klimafolgen umgehen müssen. Es geht also nicht nur abstrakt darum, die nächsten Generationen zu schützen, sondern um die Schäden im Hier und Jetzt und um die Frage der Kompensation. Mich macht wütend, dass die Kosten der Klimakrise auf den globalen Süden abgewälzt werden. Für mich wären Klimareparationen des globalen Nordens wichtig, um das Unrecht anzuerkennen, Schäden zu kompensieren und sicherzustellen, dass sich die Geschichte nicht wiederholt.

Die Klimabewegung sollte auch hierzulande ihren Blick weiten. Aktuell gelingt es dem Kapital, die Kämpfe für soziale Gerechtigkeit und für das Klima gegeneinander auszuspielen. Auch, weil wir es nicht schaffen, Kämpfe zu verbinden. *Class* bzw. Klasse und *race* sind für mich die Achillesferse der Klimabewegung, Arbeiter*innen oder migrantifizierte Menschen sind hier immer noch unterrepräsentiert. Nicht weil sie per se desinteressiert wären, sondern weil ihre Interessen nicht aufgegriffen werden. Dabei werden sie von den Klimafolgen am stärksten betroffen sein. Um das zu vermitteln, müssen wir anders über die Klimafolgen sprechen. Zurzeit höre ich vor allem das Narrativ einer akademischen *weißen* Mittelschicht, die Angst um ihre Zukunft hat. Oft klingt es, als sei die Lebens- und Arbeitswelt aller gleichermaßen betroffen. Wir müssen darüber hinausgehen und Umweltgerechtigkeit in den Fokus stellen. Dass das möglich ist, zeigt das Climate Reparations Network in Großbritannien, das Kampagnen gegen Rassismus und hohe Mieten mit dem Kampf für Klimareparationen verknüpft. Das inspiriert mich und gibt mir Hoffnung.

Welche Utopie treibt mich an trotz der düsteren Prognosen? Wohl weniger, dass wir den Temperaturanstieg auf eine bestimmte Gradzahl begrenzen können, als dass wir globale Verhältnisse schaffen, unter denen die Kosten der Klimafolgen gerecht verteilt werden. Natürlich sollten wir unter 1,5 Grad bleiben, weil das Leben rettet. Doch die Wege dorthin dürfen nicht Ungerechtigkeit verschärfen, etwa wenn im globalen Süden riesige Flächen als $CO_2$-Senken für den globalen Norden vernutzt werden. Meine Utopie lässt sich mit dem Begriffspaar *care and repair* bezeichnen. Mir geht es um eine Zukunft des Mitfühlens und gemeinsamen Reparierens, in der wir Verantwortung übernehmen und die Kosten nach dem Maßstab historischer und sozialer Gerechtigkeit verteilen. Das ist ein Weg, mir trotz allem eine gerechte Zukunft vorzustellen.

*Protokolliert von Nele Holdorff*

IMEH ITUEN ist Teil von Black Earth, einem BIPoC*-Umwelt- und Klimagerechtigkeitskollektiv in Berlin, und wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl Globale Klimapolitik der Universität Hamburg.

# WENN DER REGEN AUSBLEIBT

## ROOIBOS-BÄUER*INNEN KÄMPFEN GEGEN DIE DÜRRE



**ONKE NGCUKA**

ONKE NGCUKA arbeitet als Journalistin in Südafrika und schreibt unter anderem für das Online-Projekt Climate Justice Central, ein Kooperationsprojekt der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Südafrika.



Die Sonne brennt und die Luft ist brütend heiß. In der trockenen Luft liegt ein leichter Staubgeruch von den Schotterstraßen, die sich durch Wupperthal schlängeln. Die südafrikanische Kleinstadt, die etwa 300 Straßenkilometer nördlich von Kapstadt liegt, hat ihren Namen Anfang des 19. Jahrhunderts von Missionaren aus dem Rheinland bekommen. Beim Betreten des Verarbeitungsbereichs wird der Geruch schnell von dem Duft der aromatischen Rooibospflanze überlagert. Es ist der letzte Tag der Ernte, an dem der Tee unter der stechenden Sonne auf dem Teehof natürlich fermentiert wird.

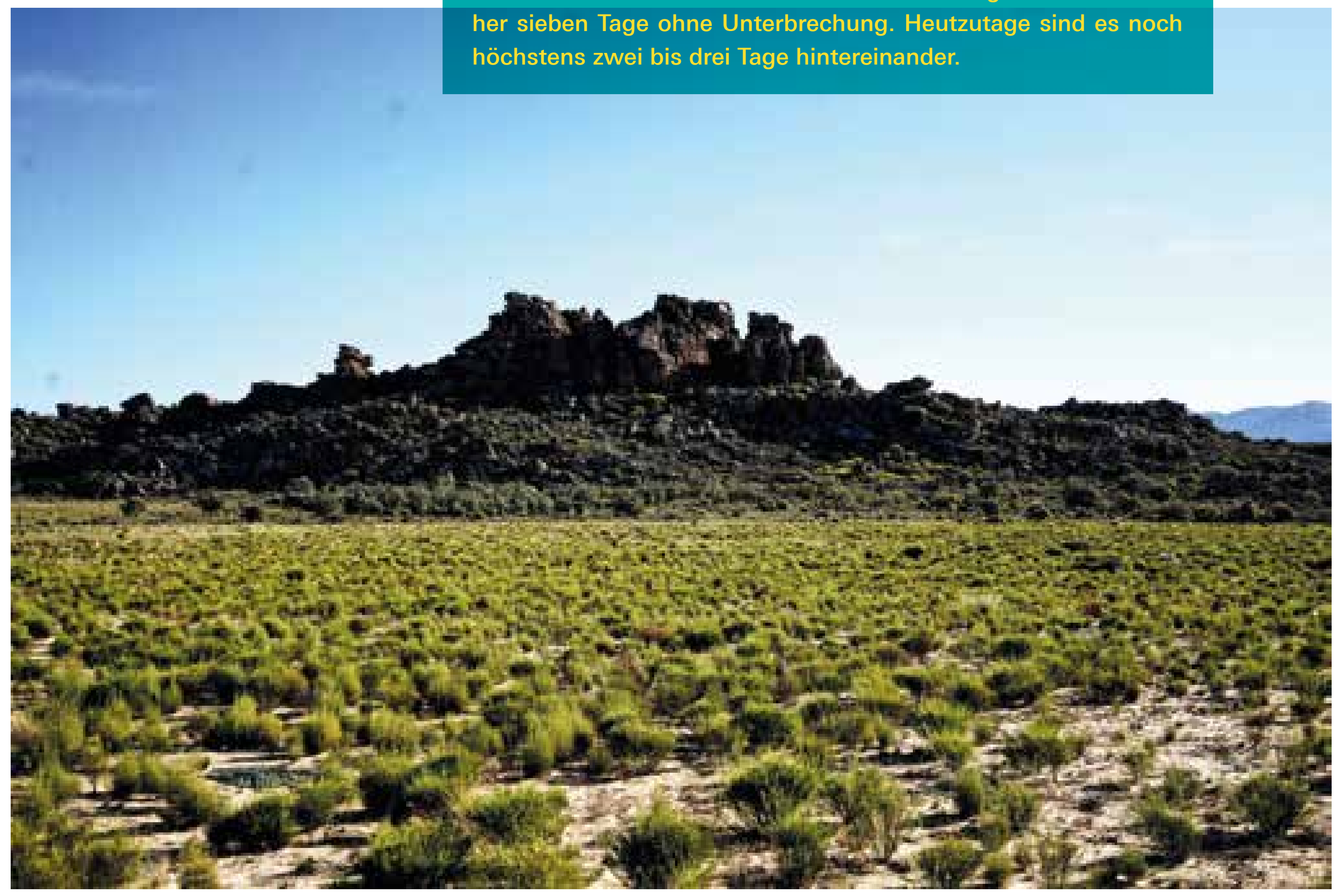


Landarbeiter glätten fermentierte Rooibosblätter auf dem Teehof.



Die Bewohner*innen von Wupperthal, Nachfahren der indigenen Khoisan, die die Pflanze entdeckt und kultiviert haben, bauen Rooibos schon seit vielen Generationen an. Der Tee, der traditionell auch zur Behandlung von Hautausschlägen und Magenbeschwerden sowie als Hautpflegemittel verwendet wird, bildet ihre Haupteinkommensquelle. Doch die extremen Wetterbedingungen infolge des Klimawandels gefährden den Rooibosanbau.

Die seit Jahren steigenden Temperaturen haben den Rooibos-Bauern Barend Salomo vor neue Herausforderungen gestellt. »Wir können den Klimawandel hier überall beobachten. Auch die Wildtierpopulation leidet unter der Trockenheit. Als ich ein Kind war, konnten wir im Gebüsch spielen, aber jetzt ist es wegen der Trockenheit nicht mehr da.« Im Winter regnete es hier früher sieben Tage ohne Unterbrechung. Heutzutage sind es noch höchstens zwei bis drei Tage hintereinander.



Rooibosfeld bei Wupperthal

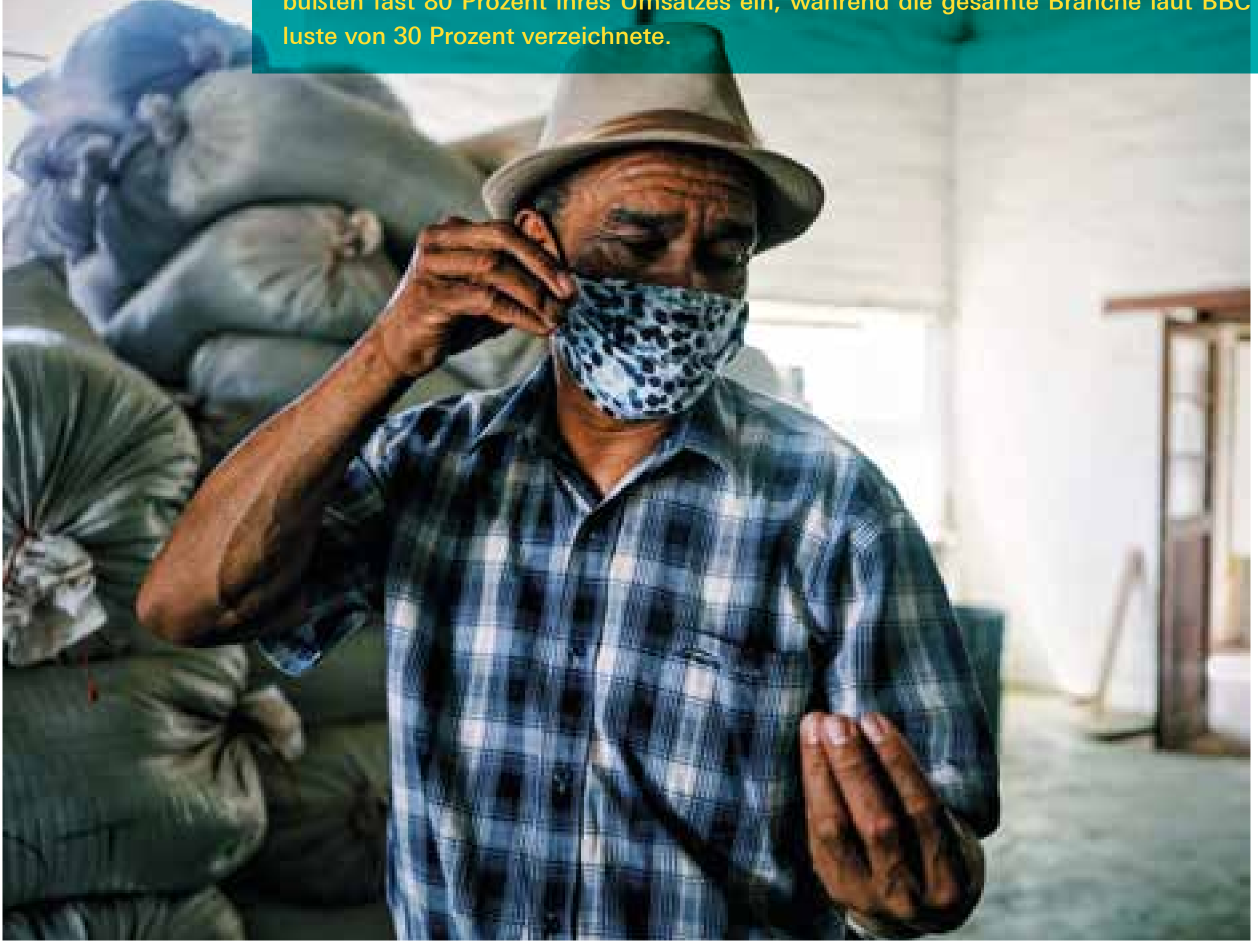
Der Farmer erzählt von der Herkunft der Khoisan, die wilden Rooibos anbauten, davon, wie sie ihres Landes beraubt wurden und dass der Großteil des Landes auch nach dem Ende der Apartheid noch immer nicht in ihrem, sondern im Besitz der einflussreichen Moravian Church ist.

**Resiliente Pflanze**

Rooibos ist eigentlich eine trockenheitsresistente Pflanze, die hohen Temperaturen von bis zu 50 Grad Celsius standhält, wie sie für die Region typisch sind.
Ihre Resilienz verdankt die Pflanze auch ihren angepassten Wurzeln, die auf der Suche nach unterirdischem Wasser bis zu sieben Meter tief reichen können. Doch so widerstandsfähig Rooibos auch ist, setzen ihm doch die Klimaveränderungen zu. Vor 20 Jahren noch konnte eine Pflanze bis zu zehn Jahre lang geerntet werden. Heute sind es nur noch sechs Jahre. Bewässerung scheint die naheliegende Lösung zu sein. Doch sie ist in der ressourcenarmen Gemeinde Wupperthal nur begrenzt möglich.

**Dürregeplagt**

Die Mitglieder der hier ansässigen Genossenschaft, zu denen Landwirt*innen aus 15 umliegenden Städten gehören, teilen die Gewinne jährlich unter sich und mit Gemeinschaftsinitiativen. Die Erträge reichen zwar für diese Kleinbäuer*innen, um die Landwirtschaft weiterführen und sich und ihre Familien ernähren zu können. Es fehlen aber Mittel, um kontinuierlich gegen den Klimawandel anzugehen. Eine Dürre in den Jahren 2016/17 führte besonders hier zu massiven Ernteausfällen. Die 72 Bäuer*innen der Kooperative büßten fast 80 Prozent ihres Umsatzes ein, während die gesamte Branche laut BBC Verluste von 30 Prozent verzeichnete.





Um die Ausfälle während der Dürre zu kompensieren, pachtete die Genossenschaft Land im 120 Kilometer entfernten Citrusdal. In dieser Zeit konnte sie statt der üblichen zwölf nur vier Arbeiter*innen einstellen und die Ernte dauerte nur bis Februar statt bis April. Das führte dazu, dass die übrigen Einwohner*innen kein Einkommen mehr hatten. Salomo zufolge tragen die wieder zunehmenden Regenfälle dazu bei, die Dürre zu überwinden. Er stellt jedoch fest, dass sich die Dürremuster im Laufe der Jahre geändert haben, da die Dürreperioden kürzer, aber verheerender geworden sind.

In den kommenden Jahrzehnten ist mit weniger Niederschlägen im Winter und längerer Sonneneinstrahlung im Sommer zu rechnen, wie aus einer Studie der University of Cape Town hervorgeht. Die Forschungsergebnisse deuten außerdem darauf hin, dass unter diesen Umständen bis 2070 in den westlichen und nördlichen Anbauregionen des Zederberg-Gebiets 50 bis 90 Prozent des Rooibos verschwinden werden. Wupperthal, das in der südöstlichen Region liegt, hat der Studie nach Chancen, von dieser Entwicklung verschont zu bleiben. Entscheidend sind angepasste Anbaumethoden, die es ermöglichen, die Feuchtigkeit im Boden zu halten und den Feuchtigkeitsmangel infolge zu geringer Niederschläge auf andere Weise auszugleichen.

Das Verschwinden der Pflanze wäre für die Bäuer*innen von Wupperthal ein unermesslicher Verlust. Denn mit ihr ist nicht nur ihr Broterwerb verbunden, sondern ihre gesamte Kultur. Klar ist, dass mehr getan werden muss, um den Rooibos zu retten. Hier steht vor allem der globale Norden in der Pflicht, der den Klimawandel maßgeblich befeuert.

*Dieser Artikel erschien in einer Langfassung im Juni 2021 auf Climate Justice Central unter »Warming temperatures not rooisbos farmer's cup of tea«. Aus dem Englischen von Harry Adler; Fotos: Kenya Mzee/RLS Southern Africa.*

## GESPRÄCH
MIT IVONNE YANEZ

# WIDER DEN KLIMAKOLONIALISMUS
## WIE DIE AUSBEUTUNG DES GLOBALEN SÜDENS FORTGESCHRIEBEN WIRD

» Für den ›grünen‹ Umbau der Wirtschaft im globalen Norden werden Territorien im Süden verwüstet. «




Seit 1995 finden die UN-Klimakonferenzen statt, bei denen auch die Länder des globalen Südens ihre Forderungen einbringen, zuletzt 2021 in Glasgow. Was wurde dort erreicht?

Aus meiner Sicht geht es bei den Klimagipfeln nicht primär um eine Bekämpfung der Klimakrise. Der Klimawandel dient nur als ideologische Grundlage für die Agenda von Staaten, Konzernen, Banken und transnationalen Naturschutzunternehmen. Man müsste in Wirklichkeit von »Freihandelsgipfeln zum Thema Kohlenstoffkompensation« sprechen.

Das heißt, es geht gar nicht um Klimaschutz?

Naja. Zum einen wurde der Anstieg der Treibhausgasemissionen bekanntlich nicht gestoppt, trotz solcher Beschlüsse wie dem Pariser Klimaabkommen, das 2015 unterzeichnet wurde.

Zum anderen sind die Beschlüsse seit dem UN-Klimagipfel 1997 in Kyoto stark darauf ausgerichtet, Kohlenstoffmärkte sowie Märkte für die Kompensation von Emissionen zu schaffen.

Was bedeutet das? Womit wird auf diesen »Kohlenstoffmärkten« gehandelt?

In Glasgow wurde das »Netto-Null-Ziel« intensiv diskutiert. Es bedeutet, dass Länder des globalen Nordens nicht nur Rechte zum Ausstoß von Emissionen kaufen, sondern ihre Emissionen andernorts kompensieren können. Doch aus globaler Perspektive führt das nicht zur Minderung der Emissionen. Mit der Selbstverpflichtung vieler Länder des Nordens auf die »Netto-Null« sind zwar mehr Klimaschutzprojekte im globalen Süden entstanden. Doch das sogenannte Offsetting-System, mit dem Treibhausgase durch Einsparungen oder Speicherungen an anderer Stelle ausgeglichen werden sollen, funktioniert nicht.

### Warum nicht?

Erstens sind die Regelungen zum Teil absurd. Nehmen wir etwa das Abkommen, das den globalen Methanausstoß bis 2030 um 30 Prozent verringern soll. Da werden Emissionsminderungszertifikate für das Abfackeln von Gas auf Ölfeldern verkauft. Denn das Verbrennen verwandelt Methan in $CO_2$, was im Vergleich weniger klimaschädlich ist. Dadurch wird die $CO_2$-Emission plötzlich zur sauberen Sache und Unternehmen können sich dafür Emissionen gutschreiben lassen. Und es werden noch mehr falsche Lösungen diskutiert. Etwa ein Aufleben der Atomenergie oder der Versuch, über Technologien $CO_2$ im Boden zu speichern (Carbon Capture and Storage, CCS). Das Problem ist: Statt das einzig Richtige zu tun und die fossilen Ressourcen im Boden zu lassen, werden Extraktion und Verbrennung weiter vorangetrieben. Es wird festgehalten an einem System, das stetig *mehr* Öl-, Gas- oder Kohleförderung, *mehr* industrielle Landwirtschaft, *mehr* Produktion, Transport und Verbrauch von Industriegütern vorsieht.

### Du siehst also kein Potenzial in technologischen Lösungen?

Die herrschenden Ansätze der Klimapolitik versuchen gar nicht erst, das Problem zu lösen. Es sind rein marktwirtschaftlich orientierte, technologische Vorschläge, die das Ziel haben, den fossilen Kapitalismus fortzusetzen und mit dem Klimaschutz Geschäfte zu machen. Diese Ideologie eines »Techno-Fix« zeigt sich in den CCS-Technologien, aber auch in den Investitionen in erneuerbare Energien, in »klimaintelligenten« (*climate smart*) Formen der Landwirtschaft sowie in der Förderung von Wasserstoff und der Digitalisierung.

### Viele dieser Technologien sollen in Länder des globalen Südens exportiert werden.

Der Technologietransfer ist in der Regel mit Verschuldung verbunden. Zusätzlich sind die Projekte oft an die Auflage geknüpft, Verträge mit bestimmten Infrastrukturunternehmen abzuschließen. Es findet ein enormer Kapitaltransfer vom Süden in den Norden statt, auch durch Regelungen zu geistigen Eigentumsrechten. Gleichzeitig lässt sich in die andere Richtung eine neue Form der Biopiraterie beobachten, wenn westliche Forscher*innen im globalen Süden traditionelles Wissen zur Bewältigung des Klimawandels sammeln –

IVONNE YANEZ ist Mitbegründern des Kollektivs Acción Ecológica in Ecuador, das seit 1986 die dortige Umweltzerstörung thematisiert und lokalen Protesten von Frauen, indigenen Völkern und Bäuer*innen eine Stimme gibt. Das Kollektiv hat zentral zur Ausarbeitung und Etablierung des Konzepts der Rechte der Natur beigetragen.

altes Saatgut, Wassermanagement –, ohne dass eine Kompensation stattfindet.

**Welche Akteure treiben den Technologietransfer an und profitieren davon?**

Die Energiekonzerne sind die größten, wenn auch nicht die einzigen Nutznießer von »Netto-Null-Zielen«. Sie können weiterhin fossile Energieträger nutzen und erhalten neue Rechte und Zugänge, um für erneuerbare Energien Mineralien abzubauen und Ressourcen zu nutzen. Aber auch transnationale Naturschutzkonzerne wie Conservation International oder der World Wide Fund For Nature (WWF) profitieren davon, lokale »Ausgleichsprogramme« zur $CO_2$-Kompensation durchzuführen. Ihre Rethorik der »naturbasierten Lösungen« legitimiert die herrschenden Interessen.

**Welche Auswirkungen hat denn das Offsetting konkret im globalen Süden?**

Enorme Auswirkungen. Für erneuerbare Energien werden große Landstriche beschlagnahmt, um etwa Windparks aufzubauen oder Plantagen für das dafür nötige Balsaholz zu schaffen. Oder es werden Naturreservate zerstört, um Rohstoffe und Minerale für den »grünen Umbau« der Wirtschaft im Norden zu gewinnen, etwa für die Batterien von E-Autos oder für pflanzliche Treibstoffe. Diese Art der Klimapolitik sichert die fossile Grundlage der Produktions- und Lebensweise des globalen Nordens ab. Sie verwüstet Territorien und unterläuft auch die Möglichkeiten der Klimaanpassung im globalen Süden.

**Ein Beispiel für Klimaanpassung sind große Staudammprojekte, die vor Überschwemmungen schützen und zugleich Energie erzeugen. Wie bewertest du solche Projekte?**

Sie sind problematisch und können mehr schaden als nutzen. Das sehen wir im Fall des Coca-Codo-Sinclair-Wasserkraftwerks östlich von Quito. Es wurde 2016 nach Investitionen von über zwei Milliarden US-Dollar von einem chinesischen Unternehmen in Betrieb genommen und sollte die Abhängigkeit von fossilen Energien verringern. Doch die Lage des Staudamms trug zu einer Erosion des Flussbetts bei und führte zum Bruch einer Schwerölpipeline, von deren Folgen 120 000 Menschen betroffen sind. Auch erneuerbare Energien können zur Verletzung von Menschen- und Naturrechten beitragen.

**Du benutzt den Begriff des Klimakolonialismus, um die herrschende Klimapolitik zu charakterisieren. Warum?**

Sowohl die Klimaschutzpolitik wie auch die Anpassungsmaßnahmen stehen in kolonialer Tradition. Die Industrieländer des globalen Nordens haben die Atmosphäre und die Ozeane, die allen gehören, in der Vergangenheit einseitig für sich genutzt. Ihre Extraktions-, Produktions- und Lebensweise hat diese Räume in den vergangenen 150 Jahren vergiftet und beschädigt. Um das zu beenden und zu kompensieren, wird nun im Süden immer mehr Land vernutzt, während im Norden nichts Vergleichbares geschieht.

**Siehst du in der internationalen Klimapolitik auch positive Ansätze?**

Nein. Es gibt durchaus Menschen aus verbündeten Organisationen, die im Prozess der UN-Verhandlungen und der Klimarahmenkonvention zivilgesellschaftlichen Gestaltungs-

spielraum sehen. Und es gibt indigene Organisationen, die »naturbasierte Lösungen« für eine gute Idee halten oder auf den Tausch von Schulden gegen Naturschutz setzen. Ich halte das für problematisch. Solche falschen Hoffnungen können den Widerstand im Süden gegen den klimapolitischen Extraktivismus untergraben. Stattdessen müssen wir dafür kämpfen, die Gesellschaften im globalen Süden von dem kapitalistischen Druck zu befreien, der auf ihnen lastet. Ansonsten ist keine tiefgreifende sozial-ökologische Transformation möglich.

Was sind dann überhaupt Ansatzpunkte für eine solche Transformation?

Es gibt wegweisende technologische und politische Ansätze aus dem globalen Süden. 2007 etwa gab es den Vorschlag, das Öl im ecuadorianischen Yasuní-Nationalpark, einem der Gebiete mit der weltweit größten Biodiversität, im Boden zu lassen – im Gegenzug für eine gar nicht so hohe finanzielle Kompensation durch die internationale Gemeinschaft. Entsprechende Zusagen wurden jedoch nicht eingehalten, und 2013 gab die Regierung das Gebiet schließlich zur Ölförderung frei. Auf jeden Fall wären eine Zahlung der ökologischen Schulden des Nordens an den Süden und der Erlass der Auslandsschulden des Südens Schritte in die richtige Richtung. Dann könnten wir tatsächlich über das Geld verfügen, um eine Wirtschaft jenseits des Öls aufzubauen und Nahrungsmittel-, Energie- und Wirtschaftssouveränität zu schaffen. Es geht um einen grundlegenden Perspektivenwechsel. Dazu gehört auch, die Rechte der Natur juristisch anzuerkennen.

Du hast schon erwähnt, dass es in vielen Ländern und Gemeinschaften des globalen Südens eigene Anpassungsstrategien gibt.

Indigene Gemeinschaften, aber auch Kleinbäuer*innen im globalen Süden entwickeln seit Tausenden von Jahren Techniken der »Anpassung«. Sie basieren auf Erfahrungswissen und kontinuierlichen Lernprozessen im Zusammenleben mit der Natur und mit anderen Lebewesen.

Sie selbst würden dies wohl nicht »Anpassung« nennen, sondern eine gemeinsame Praxis, Veränderungen zu beobachten, zu experimentieren, aus Fehlern zu lernen und das Wissen zu teilen. Es sind auch Praktiken des Widerstands gegen die auferlegte Ordnung.

Wie lassen sich diese Alternativen stärken?

Wir sollten sie nicht romantisieren, sondern anerkennen und verbreitern. Aktuell werden sie an den Rand gedrängt, Fortschritt und Wissenschaft entgegengesetzt oder unter dem Etikett »Anpassung und Resilienz« in ein westliches Korsett gezwängt. Wenn wir trotz allem von Anpassung sprechen wollen, sollten wir den vielfältigen und aktiven Widerstand vieler Menschen im Süden ins Zentrum stellen und ihren radikalen und mutigen Vorschlag, etwas nicht zu tun – nämlich weiter um jeden Preis Ressourcen aus der Erde holen.

Eine wirkliche Anpassung an den Klimawandel hieße ganz konkret, die Ölförderung zu beenden.

*Das Gespräch führten Katja Voigt und Ulrich Brand.*
*Aus dem Spanischen von Ulrich Brand*

# POSITIVER FRIEDEN

**EVA WUCHOLD**

»Es gibt viele Arten zu töten. Man kann einem ein Messer in den Bauch stechen, einem das Brot entziehen, einen von einer Krankheit nicht heilen, einen in eine schlechte Wohnung stecken, einen durch Arbeit zu Tode schinden, einen zum Suizid treiben, einen in den Krieg führen usw. Nur weniges davon ist in unserem Staat verboten.« (Bertolt Brecht, Me-Ti, 1942)

Frieden ist mehr als Abwesenheit von Krieg. Gewaltvolle Konflikte haben nicht nur direkte, sondern auch indirekte und strukturelle Ursachen, zum Beispiel Armut, Hunger, politische Diskriminierung oder soziale Ungleichheit. Der Begriff »positiver Frieden« berücksichtigt diese Aspekte und zielt auf einen Zustand, in dem nicht nur direkte Gewalt eingestellt wird, sondern auch indirekte und strukturelle Formen von Gewalt präventiv und nachhaltig beseitigt werden. In einer Zeit, in der Sicherheit zunehmend als militärische Sicherheit neu definiert wird und militärische Konfrontation und Krieg wieder als probate Mittel der Konfliktlösung gelten, im Angesicht eines barbarischen Angriffskriegs auf die Ukraine, globaler Aufrüstung (SIPRI 2022) und neuer Konfrontationskurse der Großmächte mag es idealistisch, ja naiv klingen, von »positivem Frieden« zu sprechen. Doch die Tatsache, dass die bisherigen Bemühungen für eine Lösung der vielfältigen sozialen, ökologischen und gesellschaftspolitischen Probleme der Gegenwart wenig erfolgreich waren und sich zunehmend Hoffnungslosigkeit breitmacht, ob es überhaupt noch Auswege gibt oder ein neuer Weltkrieg vor der Tür steht, macht es geradezu notwendig, friedenspolitische Ansätze wieder aufzugreifen und weiterzuentwickeln. Denn es ist offensichtlich, dass die vielfältigen Krisen der Gegenwart nicht mit Ansätzen überwunden werden können, die die Zukunft als Fortsetzung der Gegenwart verstehen. Vielmehr sind Fantasie und unkonventionelles Denken gefragt, um nach neuen Wegen der Problemlösung zu suchen. Und das erfordert auch andere Analyse- und Definitionsansätze.

Der Begriff des »positiven Friedens« geht auf den norwegischen Mathematiker und Mitbegründer der Friedens- und

Konfliktforschung Johan Galtung zurück. Er unterscheidet »negativen Frieden« als Abwesenheit physischer Gewalt und »positiven Frieden« als gerechten und in jeder Hinsicht wünschenswerten Zustand (Galtung 1971a). Daraus ergibt sich die Unterscheidung zwischen Frieden als Ziel und als Prozess: Während »negativer Frieden« einem Zustand des »Nicht-Krieges« entspricht, wird »positiver Frieden« als dynamischer Prozess im Sinne einer produktiven Schaffung gerechterer sozioökonomischer und politischer Verhältnisse verstanden – oder umgekehrt als Beseitigung der Ursachen für diesen potenziellen Gewaltausbruch durch eine »positive« Gestaltung und Regulierung der Beziehungen.

Die Unterscheidung beruht auf einer differenzierten Ausweitung des Gewaltbegriffs auf alle negativen Folgen sozialer, politischer und wirtschaftlicher Verhältnisse und Beziehungen (vgl. Balibar 2001). Die Ursache gewaltförmiger Konflikte und Kriege liegt oftmals in der »strukturellen Gewalt« (Galtung 1971 [1969], 1975; Senghaas 1987) begründet, in sozialen, politischen und ökonomischen Verhältnissen und Beziehungen, genauer: in Formen von Ausbeutung, Unterdrückung, Rassismus und Sexismus, ungleichen Bildungsbedingungen, enormem Reichtum und bitterer Armut, ökologischer Zerstörung usw. »Positiver Frieden« bedeutet, nicht erst dann an Frieden zu denken, wenn das Kind bereits in den Brunnen gefallen ist. Konflikte finden meist erst dann Beachtung, wenn sie gewalttätig geworden sind. Häufig werden sie dann auf religiöse, ethnische oder auf rein geopolitische oder regionale Konflikte reduziert. Oft sind Konflikte aber schon da, lange bevor sie offen gewalttätig werden. Meist beginnen diese als Verteilungs- oder Befreiungskonflikte, die dann entlang konfessioneller oder ethno-regionaler Grenzen sowie auf internationaler und regionaler Ebene ausgetragen werden. Kritische Konfliktanalysen müssen daher nach den Ursachen fragen. Sie müssen die verschiedenen Akteure sowie ihre jeweiligen Interessen untersuchen: nationale und internationale, jene, die davon profitieren ebenso wie jene, die darunter leiden.

EVA WUCHOLD leitet das Programm Soziale Rechte für das Genfer Büro der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Zuvor koordinierte sie weltweit Projekte zu Friedenspolitik, Klima, Umwelt und Ernährungssouveränität.

Um dieser Analyse Rechnung zu tragen, entwickelte Galtung das Verständnis von Gewalt als einer Situation, die im Wesentlichen durch zwei miteinander in Konflikt stehende Akteure gekennzeichnet ist, weiter. Nach dieser neuen Definition ist die Gewalt so in eine Struktur eingebaut, dass keiner dem anderen direkt zu schaden scheint. Galtung weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass die beiden Begriffe aufeinander folgen oder gezielt eingesetzt werden können. So wurde im Kolonialismus »direkte Gewalt« eingesetzt, um »strukturelle Gewalt« zu etablieren, die früher oder später zu direkter Gegengewalt in Form von Unterdrückung und Entfremdung führte, wie in den antiimperialistischen Befreiungsbewegungen des 20. Jahrhunderts (Galtung 1971b).

An die Konfliktanalyse schließt sich die Frage der Konflikttransformation, also der Friedenspolitik, an. Für so unterschiedliche Konflikte wie in Mali, im Südsudan, in Syrien oder in der Ukraine gibt es selten eine *One-size-fits-all*-Lösung. Zugleich existieren Leitlinien für eine linke »Friedenspolitik mit friedlichen Mitteln« (Galtung 2007). Linke Konfliktbearbeitung zielt auf die Deeskalation des laufenden Gewaltkonflikts und setzt auf die Kräfte der Gewaltfreiheit vor Ort. Sie kann aber auch eine Eskalation dort bedeuten, wo die Konflikte ihren Ursprung haben, etwa bei Themen wie dem Ressourcenhunger transnationaler Konzerne oder Waffenexporten aus Deutschland in Krisen- und Kriegsgebiete. Maßnahmen der Konflikttransformation zielen also nicht auf die Verhinderung der Entstehung von Konflikten, sondern auf deren friedliche Transformation mit dem Ziel der Abschaffung und Ächtung des Krieges als Mittel der inner- und zwischengesellschaftlichen Konfliktlösung. Die Hoffnung auf eine fortschreitende Zurückdrängung der gewaltsamen Regulierung gesellschaftlicher Verhältnisse gründet sich unter anderem darauf, dass die Anwendung von Gewalt im Laufe des Zivilisationsprozesses dysfunktional wird. Galtung versteht Frieden als »Mehrebenenprozess«, was bedeutet, dass er nicht nur eine Angelegenheit von Staaten und Regierungen, eine Frage der Kriegsvermeidung und Abrüstung ist, sondern dass er als gesamtgesellschaftliche Aufgabe entscheidend mit den Lebensbedingungen der Menschen zu tun hat. In diesem Sinne ist »positiver Frieden« unter kapitalistischen Bedingungen eine regulative Idee zur Konfliktprävention im Sinne einer Friedenspolitik mit friedlichen Mitteln und zugleich ein Auftrag für eine umfassende gesellschaftliche – sozialistische – Transformation, die ihrerseits die »Zivilisierung der Revolution« (Balibar 2001, 1307) selbst vollzieht und nicht neue Gewalt und Terror verbreitet.

### LITERATUR


Balibar, Etienne, 2001: Gewalt, in: Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus, Bd. 5, 693–96 u. 1270–308

Galtung, Johan, 1967: Theories of Peace. A Synthetic Approach to Peace Thinking, International Peace Research Institute, Oslo

ders., 1971 [1969]: Gewalt, Frieden und Friedensforschung, in: Senghaas, Dieter (Hg.), Kritische Friedensforschung, Frankfurt a. M., 55–104

ders., 1971a: Friedensforschung. Vergangenheitserfahrung und Zukunftsperspektiven, in: ders., Strukturelle Gewalt, Reinbek 1975

ders., 1971b: A Structural Theory of Imperialism, in: Journal of Peace Research 2/1971, 81–117

ders., 1975: Strukturelle Gewalt. Beiträge zur Friedens- und Konfliktforschung, Reinbek

ders., 2007: Frieden mit friedlichen Mitteln: Friede und Konflikt, Entwicklung und Kultur, Münster

Senghaar, Dieter (Hg.), 1987: Imperialismus und strukturelle Gewalt. Analysen über abhängige Reproduktion, Frankfurt a. M.

SIPRI – Stockholm International Peace Research Institute (Hg.), 2022: Trends in World Military Expenditure, Solna



# GESPRÄCH
MT ALEX DEMIROVIĆ
ZUM 70. GEBURTSTAG

» Es geht um eine neue Gesellschaftlichkeit, um neue Gewohnheiten. «



## DER ROTE FADEN
EIN SOZIALISMUS FÜRS LEBEN

Bist du Sozialist?

Ja. Das war ein Prozess, der 1967, 1968 begonnen hat. Die damaligen Debatten um Sozialismus und Kommunismus haben mir erlaubt, Erfahrungen meiner Lebenslage als Kind und Jugendlicher theoretisch zu begreifen. Mir wurde klar, dass die Art und Weise zu leben kein Schicksal ist, sondern von einer Logik bestimmt wird. Insofern war die Marx'sche Theorie für mich nicht abstrakt, sondern sprach von meinem Leben: dieser scheinbar ewige Kreislauf – zu arbeiten, um zu essen und zu schlafen, um erneut zu arbeiten, sechs Tage die Woche, ohne Sicherheit, ohne Perspektive. Das ganze Leben der Arbeiter*innen, meines Vaters, meiner Mutter, war diesem Zwang zur Arbeit unterworfen. Kommunismus – zumindest in der europäischen Tradition – bedeutete demgegenüber Selbstbestimmung: Wie will ich leben, wie will ich arbeiten, wie will ich mit Menschen zusammensein? Marx zu lesen half mir, meine Erfahrungen genauer zu verstehen. Er brachte eine lange Diskussion auf den Punkt: den Verein freier Menschen. Seine Theorie besagt, dass *alle* Verhältnisse zu prüfen und

zu verändern wären, unter denen Menschen leiden. Das gilt für den Bereich der Arbeit genauso wie für Familie, Staat, Wissenschaft oder Philosophie.

**Jahrzehntelang galt der Sozialismus als diskreditiert. Dann macht Bernie Sanders eine linkssozialdemokratische Politik, nennt sie Sozialismus und bringt die Hoffnung von vielen auf den Punkt. Wie kommt das?**
Solche Konjunkturen gab es immer wieder. Wenn die bürgerliche Gesellschaft anfängt, sich über sich selbst zu verständigen, und ihre Existenzbedingungen nicht mehr selbstverständlich sind, kommen plötzlich radikale Begriffe ins Spiel. Sozialismus oder Kommunismus sind Konzepte, die auf tiefgreifende Veränderungen der Verhältnisse verweisen, auf eine Zukunft – statt auf eine griechische oder römische Antike, wie es etwa im Kapitol in Washington zum Ausdruck kommt. Das hat viele inspiriert.

Gleichzeitig sind Sozialismus und Kommunismus für uns historisch ziemlich heikel geworden. Die Kritische Theorie hat diese Begriffe nicht mehr verwandt, weil so viele Gewaltverbrechen damit verbunden sind. Horkheimer und Adorno haben dann von »dem Anderen« oder der »versöhnten Menschheit« gesprochen oder auf den Begriff der Utopie zurückgegriffen, um etwas anzusprechen, das völlig neue Verhältnisse meint. Das sollte Missverständnisse vermeiden, denn Menschen reagieren teils reflexartig ablehnend auf diese Begriffe. Damit verwerfen sie aber die Aufklärung selbst und werden ressentimenthaft-autoritär. Im Sinne dieser Aufklärung müssen wir deshalb auch die fatalen historischen Prozesse zum Thema machen, die mit dem sozialistischen Erbe verbunden sind: der Stalinismus als System, die Verbrechen und Fehlschläge im Staatssozialismus, die Herrschaftspraktiken der Kommunistischen Partei in China oder in anderen sozialistischen Projekten.

**Was folgt daraus für uns?**
Wenn der Kommunismus die fortgeschrittene Gestalt der Aufklärung ist, so hat ein Umschlag stattgefunden: Wir können heute nicht mehr unschuldig von der Räterepublik sprechen. Die Sowjetunion nahm die Gestalt einer Parteidiktatur an, die abweichende Positionen verfolgte oder ihre Vertreter*innen in die Lager sperrte. Die Armee der russischen Rätebewegung marschierte Jahrzehnte nach der Oktoberrevolution in Budapest ein und zerstörte das sozialistische Projekt in Prag. Da wurde nicht in einer freien Assoziation ausgehandelt, was weltgeschichtlich die besten Perspektiven für den Sozialismus sein könnten. Angesichts dieser Gewalterfahrungen im Namen des Sozialismus haben sich viele auf das Niveau der bürgerlichen Aufklärung zurückgezogen. Aber wenn wir uns dieser emanzipatorischen Zukunftsperspektive versichern wollen, müssen wir dieses Erbe annehmen – und wir müssen es, Derrida zufolge, annehmen, weil es die historische Linie der Freiheit ist – und

ALEX DEMIROVIĆ ist Philosoph und Sozialwissenschaftler. Er lehrte unter anderem an den Universitäten Frankfurt am Main und Berlin, ist Mitglied des Vorstands der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Fellow am Institut für Gesellschaftsanalyse der Stiftung und Gründungsmitglied dieser Zeitschrift.

begreifen, wie auch die besten Freiheitstraditionen in gewalttätige und zerstörerische Praktiken umschlagen können.

### Wofür würde Sozialismus im Sinne dieser Freiheitstradition dann stehen?

Ein vorläufiges Moment ist sicherlich der Sozialstaat, durch den Teilhaberechte geschaffen werden. Aber sozialstaatliche Politiken erweisen sich auch als bürokratisch und autoritär, vielen konkreten Lebensverhältnissen wird durch Regulierungen Gewalt angetan. Die Ursachen für Armut, Arbeitslosigkeit, mangelnde Bildung und Teilhabe an Kultur werden durch den Sozialstaat nicht beseitigt. Er ist von Steuereinnahmen und einer Ökonomie abhängig, die auf der Akkumulationslogik, auf Wachstum und Naturzerstörung, Konkurrenz und Lohnarbeit beruht. Dadurch kommt es immer wieder zu Rückschlägen.
Sozialismus zielt demgegenüber auf die Überwindung all dieser Logiken durch völlig neue soziale Formen: die Vergesellschaftung des Bodens und der Produktionsmittel, wirkliche Demokratisierung und kollektive Verfügung über die Mittel der Produktion und Reproduktion. Es geht um eine Überwindung der Lohnarbeit und der Herrschaftsorganisation Staat. Letztlich wird die bürgerliche Gesellschaft durch neue, assoziierte Lebensverhältnisse der Individuen ersetzt. Das schließt vieles ein: die Natur- und Technikverhältnisse, die sprachlichen und kulturellen, die erotischen und familiären Verhältnisse, die Ausgestaltung des Zusammenlebens und des gemeinsamen Entscheidens und Koordinierens.

### Wie habt ihr das in den 1970er und 1980er Jahren konkret diskutiert?

Uns ging es in Frankfurt nicht nur darum, bessere sozialstaatliche Verhältnisse zu schaffen oder die gewerkschaftliche und parteiförmige Willensbildung zu stärken. Es ging uns auch darum, die Funktionsweise der Gewerkschaften selbst als eine Form von Herrschaft zu analysieren, oder wie Althusser sagt, als ideologische Staatsapparate. Daraus ergibt sich, dass man autonome Praktiken der Arbeiter*innen zur Überwindung der Klasse zum Thema macht und von dort aus die Frage stellt: Dienen die Gewerkschaften dazu oder nicht? Tragen sie dazu bei, die Arbeiter*innen in ihrer subalternen Position als lohnabhängige Arbeitsrechtssubjekte festzuhalten? Oder: Wie könnte eine emanzipatorische Entwicklung der Interessenorganisation aussehen? Wie müsste eine Organisationsform beschaffen sein, die Arbeitende dazu befähigt und ermutigt, die Betriebe tatsächlich in Besitz zu nehmen und die gesamtwirtschaftlichen Prozesse aus dem Blickwinkel der gesellschaftlichen Arbeit zu organisieren – statt aus dem des Profits?

### Lassen sich Elemente des Sozialismus positiv bestimmen?

Naja, für mich waren zwei Sätze wichtig. Einer ist von Marx aus den »Grundrissen«. Dort argumentiert er, der Sozialismus ziele nicht auf die Verwirklichung von Gleichheit und Freiheit. Das ist bedeutsam, denn damit überschreitet er den Horizont der bürgerlichen Revolution. Der zweite Satz ist von Walter Benjamin, der sagt, der Sozialismus verwirkliche nicht die Kulturmenschheit, er sei also nicht die Erfüllung der deutschen Klassik. Beide Bestimmungen sind negativ, aber sie weisen uns darauf hin, dass histo-

risch überlieferte positive Vorstellungen von Sozialismus in die falsche Richtung gingen.

Was würdest du stattdessen sagen?

Sozialismus bedeutet anders arbeiten, anders leben – so haben wir es damals zuweilen auf den Punkt gebracht. Er öffnet die Möglichkeit, dass die Menschen die Art und Weise des Arbeitens und des Lebenszusammenhangs selbst bestimmen. Das schließt andere Wohnformen, andere Verkehrs-, Denk-, Bildungs- und Erziehungspraktiken und andere Beziehungsformen ein. Damals hat uns die Frage der Subjektivierungsweise, des Kampfes gegen die Subjektivierung, Ent-Identifizierung und die Kritik der Anerkennung interessiert. Mit meiner Freundin Andrea Maihofer und anderen haben wir einen Artikel für den *diskus*, die Studierendenzeitung an der Frankfurter Uni, geschrieben, in dem wir für erotische Beziehungsformen argumentiert haben, für die dann später das Wort Polyamorie in Gebrauch kam. Es ging uns darum, von einem polymorphen Begehren her zu denken und die Art von binär-heteronormativen und auf eine monogame Beziehung eingeschränkte Liebesverhältnisse zu überwinden. Das war nicht normativ gemeint im Sinne von: Man muss so leben, denn oft war das auch sehr repressiv. Aber es ging um die Beweglichkeit der Beziehungspraktiken und Möglichkeiten, Unterschiedliches leben zu können. Auch das heißt Sozialismus.

In den heutigen Debatten plädieren einige dafür, eher von einem Umbau der Institutionen her zu denken, andere, eher Veränderungen in den Lebensweisen in den Blick zu nehmen. Sind das unterschiedliche Sozialismuskonzeptionen?

Ich würde es nicht gegeneinanderstellen wollen, der Zusammenhang muss gedacht werden. Den damaligen Konflikt zwischen der Marburger und der Frankfurter Linken könnte man entlang dieser Achse charakterisieren: Während die Frankfurter Veränderung eher aus einer radikalen Praxis von unten her zu denken versuchten, gingen die Marburger im Sinne Wolfgang Abendroths eher über die Willensbildung in den demokratisierten Parteien und Gewerkschaften, um den Umbau der Gesellschaft durch den planenden sozialen und demokratischen Staat zu organisieren. Das waren wichtige Debatten, oft wurden sie aber auf Bewegung oder Institution verkürzt. Ich fand das Argument, der Sozialismus lasse sich nicht ›von oben‹ einführen, richtig, aber es wurde dann oft gegen die Gewerkschaften und gegen eine linke Parteibildung gewendet. Wenn man aber die Etablierten in den Institutionen handeln lässt und selbst nur auf der Straße dagegen protestiert, besteht die Gefahr, subaltern zu bleiben, nicht wirklich um die Zukunft und die Entwicklungspfade zu kämpfen. Ein Aspekt der Überlegungen von Althusser zu den ideologischen Staatsapparaten ist ja, dass es sich um staatlich verfasste Kräfteverhältnisse handelt. Auch der Staat ist demnach ein Terrain von Auseinandersetzungen. Da sind reale Arbeiter*innen, die kämpfen, es geht um etwas. Das alles als »Massenintegration« zu begreifen wie Joachim Hirsch, verkürzt das Problem. In den gewerkschaftlichen Kämpfen, in den Kämpfen in und zwischen Parteien steckt viel Rationales.

An was denkst du?

Ganz konkret: Mein Vater hat lange Zeit auch samstags arbeiten müssen. Wenn die Ge-

werkschaften damals gesagt haben, »Samstags gehört Papa mir!«, ging es konkret um mehr freie Zeit, er konnte mal Freunde treffen, war weniger gereizt. Auch das ist noch nicht Freiheit und führt zu weiteren Fragen: Was heißt eigentlich Kleinfamilie? Denn man muss zwar nicht zur Arbeit, aber plötzlich hat man auch mehr miteinander zu tun, bewegt sich mehr in einer kleinen Wohnung. Ich fand das lange Wochenende oft sehr einschränkend und langweilig. Die positive Einstellung zum Neoliberalismus habe ich mir auch so erklärt, dass er diese starren Formen des Alltags zum Teil eingerissen hat. Ein Betriebsrat hat mir erzählt, dass die meisten Kolleg*innen während der Pandemie wieder zur Arbeit wollten, obwohl sie vollen Lohnausgleich erhielten. Die Arbeit ist eben auch ein sozialer Ort und die Familie ist auch ein kapitalistisches Gewalt- und Herrschaftsverhältnis. Anders gesagt: Es reicht nicht, die Verhältnisse allein mit Blick auf die Arbeit zu denken. Es ist gut, dass die Gewerkschaften dafür streiten, aber wenn es dabei bleibt, ist das begrenzt. Die Verhältnisse selbst treiben konkret darüber hinaus.

Hältst du die Debatten über Reformkonzepte des Realsozialismus und Begriffe wie »sozialistische Marktwirtschaft« von Klaus Steinitz hilfreich für heutige sozialistische Strategien?

Mich hat das nie so richtig überzeugt. Der überzeugendste Aspekt ist für mich der Punkt, den Micha Brie starkmacht: Es wird in den verschiedenen Phasen des Sozialismus eine Vielzahl von Eigentumsformen geben und auch Formen des Austauschs zwischen den verschiedenen arbeitsteilig organisierten Bereichen von Produktion und Dienstleistung. Ob und wie sehr das marktförmig geschieht, ist eine schwierige Frage. Märkte gibt es ja in unterschiedlicher Form. Historisch wurden Überschüsse getauscht. Anders ist es, wenn – wie im Kapitalismus – für anonyme Märkte produziert wird. Da muss es notwendigerweise zu Fehlallokationen kommen, auf die Dauer ist das irrational. Also braucht es zunehmend zentralisierte politische Macht, die eingreift und reguliert – zum Beispiel dafür sorgt, dass es nicht zu einer Zentralisation der Produktionsmittel kommt. Aber wer kontrolliert die politische Macht?

Zu den Schwächen dieser Diskussion gehört auch, dass sie aus einer Makroperspektive geführt wird, als handele es sich beim Markt um ein Instrument, das man verwenden oder eben nicht verwenden kann. Aber historisch gab es wohl auch in der DDR nie den Zeitpunkt, zu dem man das hätte entscheiden können. Das Hauptproblem betrifft die Frage, wie die Arbeiter*innen und die Konsument*innen an der Gestaltung der Produktion beteiligt sind. Genau das war aber in der DDR so wenig vorgesehen wie in kapitalistischen Gesellschaften.

Geht es also nicht um ein neues Austarieren der Beziehungen zwischen Staat und Markt, sondern darum, Markt und Staat abzuschaffen?

Aus meiner Sicht ist das Primat aller Überlegungen die Organisation der sozialen Verhältnisse nach der Logik der gesellschaftlichen Arbeit, der Kooperation. Die Produktion ist immer eine besondere Produktion und weist allen anderen Tätigkeiten die Form und den Rang zu – also etwa der wissenschaftlichen oder der politischen Tätigkeit im Staat. Die Dinge werden nicht abstrakt entschieden, sondern vom Prozess der gesellschaftlichen




Produktion her, also auch von der gesellschaftlichen Naturaneignung durch Arbeit. Das muss der Ausgangspunkt sein. Insofern macht es nicht viel Sinn, die Abschaffung von Markt und Staat abstrakt zu verfügen.

Das Problem mit dem Staat ist, dass er auf einer Trennung von den gesellschaftlichen Prozessen beruht und das Allgemeine verkörpern soll. Im Staat kann man aber nicht nach allgemeinen Gesichtspunkten handeln, es geht um Macht und Kompromisse, das Allgemeine der gesellschaftlichen Prozesse geht verloren. Staat bedeutet so viel konzentrierte Macht, so viel rechtliche Regelung, so viel Verwaltung. Mit der staatlichen Willensbildung reicht man an die Prozesse der gesellschaftlichen Arbeit und die Zukunft der Produktion nicht heran, nicht an die Arbeitsprozesse, die Güter und ihre Gestaltung, den Konsum. Es braucht also eine neue Arbeits- und Gewaltenteilung.

**Dann ist die Eigentumsfrage zwar wichtig, aber nicht zentral?**

Ja, genau. Wir diskutieren Eigentumsfragen sehr schnell unter Verwendung rechtlicher Begriffe. Genau genommen geht es aber um Verfügungsrechte. Das hat in der letzten Ausgabe der *LuXemburg* zur Vergesellschaftung eine große Rolle gespielt. Wir führten dazu ein interessantes Gespräch mit Ulrike

Hamann von Kotti & Co. zur Frage, wie eigentlich Wohnungen und Immobilien nach einer denkbaren Vergesellschaftung verwaltet werden sollten. Auch da ist die Frage nicht nur, wem die Immobilie gehört, sondern auch, mit welchen Verfügungsrechten die Menschen, die in den Immobilien wohnen, ausgestattet sind – oder die, die deren Verwaltung organisieren. Die Eigentumsrechte sind vor allem dort relevant, wo durch sie Entscheidungsprozesse blockiert oder sabotiert werden.

In rätedemokratischen Diskussionen wurde auch eine andere Form von Gewaltenteilung angedacht. Macht soll sich nicht ballen dürfen und muss abgebaut werden, Willensbildung soll von vielen Orten ausgehen. Es ist wichtig, eine Form von Gewaltenteilung einzuführen, die es ermöglicht, Entscheidungen zu überprüfen und rückholbar zu machen, wenn man merkt, es funktioniert nicht. Man kann solche Konzepte nicht nur am grünen Tisch entwickeln, aber insgesamt wurde bislang zu wenig darüber nachgedacht.

Am Institut für Gesellschaftsanalyse wird ja mit dem Begriff des Infrastruktursozialismus gearbeitet und auch das Foundational Economy Collective argumentiert in diese Richtung. Da geht es um diese Doppelbewegung: Veränderung von unten und Umbau der Institutionen.

Wenn wir heute vom Sozialismus sprechen, ist doch eine wichtige Frage: Wie überzeugen wir eigentlich die Vielen, in diesen Prozess einzutreten, damit daraus ein neuer Alltag entstehen kann? Es geht um eine neue Gesellschaftlichkeit, um neue Gewohnheiten. Erfahrungswerte müssen sich ausbilden, das ist langwierig. Wie können wir also die Leute überzeugen, dass sie sich daran beteiligen, in den notwendigen Bereichen arbeiten und bereit sind, die Herausforderungen und Konflikte zu ertragen und zu ihrer Überwindung beizutragen? Das führt zu der Frage, ob die gegenwärtigen Infrastrukturen die richtigen sind. Stellen sie das zur Verfügung, was wir brauchen? Wie müssen sie verändert werden? Wer entscheidet das? Das sind in sich konfliktreiche Dinge – wie können sie gelöst werden? Mit Infrastrukturen wie dem ÖPNV, öffentlichen Kliniken sowie Sport- und Bildungseinrichtungen wird vieles ermöglicht. Aber es sind auch neue Verhältnisse und Lebensweisen notwendig, die eine Aneignung solcher Infrastrukturen und ihre gemeinsame Gestaltung ermöglichen. Das schließt Diskussionen darüber ein, was wir in welchem Umfang, an welchen Orten benötigen, wer die konkrete Arbeit leistet, wer Zugang hat.

Michael Brie argumentiert, dass es auch weiterhin viele Konflikte und Widersprüche geben wird und dass es darauf ankommt, diese emanzipatorisch zu bearbeiten.

Das war ein Gesichtspunkt, der in den 1970er Jahren unter Bezug auf Mao in die marxistische Diskussion eingebracht wurde. Demnach sollte Sozialismus nicht harmonistisch und handwerklich-lokal missverstanden werden. Sozialismus heißt nicht: Am Tag nach der Revolution haben wir die Bedingungen geschaffen, von denen aus alles anders ist. Es handelt sich vielmehr um eine Transformation der Widersprüche und der Austragungsweise von Konflikten: im gesellschaftlichen Naturverhältnis, zwischen sozialen Klassen, zwischen den Geschlechtern und sexuellen

Orientierungen oder rassifizierten Menschen. Es heißt nichts anderes, als einen anderen Umgang mit den Widersprüchen zu finden, diese als Verhältnisse zu erkennen und zu bearbeiten, sie nicht zu personalisieren, wie das immer wieder missverstanden wird.

Man kann das auch mit Gramsci und der Frage nach Hegemonieverhältnissen denken, diesen langen Prozess der Herausbildung neuer Praktiken der gesellschaftlichen Auseinandersetzung. Er versucht das als Partei in einem weiten Sinn zu fassen: als eine neue Form der Konfliktaustragung, die allen ermöglicht, zu Intellektuellen zu werden, ein neues Verhältnis von Denken und Fühlen auszuarbeiten, die Verhältnisse und die Lebensweise zu organisieren. Dabei geht es um andere Formen der Politik und öffentlichen Diskussion, der Betriebe, der Familie. Wie organisieren wir die Produktion, sodass viele daran teilhaben können? Wir müssen die Arbeitsteilung ändern, brauchen andere Bildungswege. Wir müssen überlegen, dass wir diese biografischen Stationen so nicht aufrechterhalten können: Kindheit, Jugend, Ausbildung, Studium, 40 Jahre Arbeit, Rente – all das sind kapitalistische Einteilungen. Auch diese müssen wir infrage stellen. Das wird ja von vielen schon vorausgedacht: die falschen Teilungen von Hand- und Kopfarbeit, Professionellen und Laien, Männern und Frauen oder Cis und Queer. Am Ende geht es aber um mehr als die Formen der Konfliktaustragung. Ohne harmonistische Illusion geht es auch darum, bestimmte Probleme zu überwinden, die Entstehung von Widersprüchen zu überholen. Sozialismus hat ja das Ziel, die gesellschaftlichen Grundlagen für rassistische, geschlechtliche oder Klassenwidersprüche zu überwinden.

Wie verhalten sich deine Überlegungen zur Frage eines anderen Naturverhältnisses?

Das ist zentral, es geht um ein anderes gesellschaftliches Naturverhältnis, in dem der Stoffwechsel zwischen Mensch und Natur nicht weiter zerstörerisch ist. Theoretiker wie Bloch oder Marcuse haben das früh thematisiert. Die Vorstellung, die Natur technokratisch beherrschen zu können, steht ja seit Langem in der Kritik, zu Recht. Auch die gewaltförmigen Versuche unter Stalin, Flüsse umzuleiten, für die Baumwollerzeugung riesige Seen abzuschöpfen oder das heutige Geoengineering gehören dazu.

Aber was heißt Konfliktbearbeitung mit Blick auf die Natur? Wessen Interessen werden da bearbeitet und sind es nur die von Menschen? Oder wie berücksichtigen wir zukünftige Generationen? Wie ist das integrierbar in ein Konzept von Rätedemokratie?

Nach meinem Verständnis ist das ein integraler Bestandteil. Es gibt den schönen Essay von Max Horkheimer mit dem Titel »Das Hochhaus«. Da thematisiert er die Schrecken kapitalistischer Lebensverhältnisse. Es gibt die Fabriken und die politischen und kulturellen Überbauten. Im Keller werden die Tiere geschlachtet. Diese Grausamkeit blendet die Gesellschaft aus. Marx sprach von unserer Verantwortung, für die zukünftigen Generationen die Erde in einem besseren Zustand zu hinterlassen. Das meint weit mehr als nur nachhaltige Bewirtschaftung der Bestände. In der Forderung nach Generationengerechtigkeit oder intertemporaler Freiheit steckt ein genuiner Marx'scher Gedanke. Nicht FDP-mäßig, mit Blick auf die Staatsverschuldung, sondern im Sinne von Greta Thunberg:

Wir nehmen zukünftigen Generationen die Lebensmöglichkeiten weg.

**Ist der Begriff der Nichtverfügbarkeit aus der Politischen Ökologie hier nützlich? Es gibt Bereiche der Gesellschaft, die sind dem unmittelbaren menschlichen Zugriff nicht verfügbar und sollen es auch nicht werden, weil das mit Naturbeherrschung einhergeht.**
Im Sinne von Marx stelle ich mir eher einen positiven Stoffwechsel vor. Ein »versöhntes Naturverhältnis« ist mehr als das »Unverfügbare«. Letztlich würde es darum gehen, uns als Spezies in den gesamten Kreislauf in einer Weise hineinzudenken, dass wir die Zerstörungsdynamik beenden und etwas Positives daraus machen. Klar, das kann auch die Entscheidung beinhalten, etwas für unverfügbar zu erklären, nicht alles zu tun, was wir tun könnten. Aber das wäre eine sehr voraussetzungsvolle, bewusste Entscheidung. Unter kapitalistischen Bedingungen bleibt sie immer prekär, wenn sie überhaupt zustande kommt.

**Wie stellen wir uns vor diesem Hintergrund eine sozialistische Staatlichkeit vor?**
Wenn man die Verhältnisse verändern will, muss man diese Veränderungen absichern, weil die Dinge über lange Zeit immer noch umkehrbar sind. Marx hatte die Vorstellung, dass es einen qualitativen Umschlagspunkt geben wird, von dem aus eine neue Produktionsweise sich selbst trägt. Etwa so, wie man sich heute beispielsweise nicht vorstellen kann, dass der Kapitalismus noch umkehrbar wäre, obwohl es noch feudale Elemente gibt: Monarchie, Adlige, die Katholische Kirche. Die Absicherung solcher Prozesse kann nicht allein mit den Mitteln des Staates, also mit Verwaltungen, Steuern, Repression, dem allgemeinen Gesetz gelingen. Sie muss tief in der Produktionsweise, im Alltag, im Selbstverständnis verankert sein – also so, wie Menschen sich im Kapitalismus wie selbstverständlich als Freie und Gleiche verstehen.

Im kapitalistischen Staat sind immer auch rationale Elemente enthalten, um mit Poulantzas zu sprechen: Der Staat ist die Allgemeinheit in bürgerlicher Form. Das heißt, er ist nicht nur Herrschaft, nicht nur Repression, nicht nur ideologische Allgemeinheit, sondern kann für den Moment auch wirkliche Allgemeinheit sein. Da wird wirklich etwas organisiert. Das wird vielfach nicht gut gemacht, das haben wir jetzt wieder in der Pandemie erlebt, aber es gibt keine alternative Einrichtung, die es überhaupt hätte machen können. Wie würden wir nun dieses Allgemeine organisieren? Wir würden es nicht mehr Staat nennen, weil im Staat nur partikulare Interessen zur Geltung kommen, die als Allgemeines ausgegeben werden – das ist ein Strukturmerkmal des bürgerlichen Staates. Insofern geht es um die Rücknahme des Staates in die Gesellschaft und um die Schaffung einer neuen Allgemeinheit durch die Beteiligung der Vielen in der Gestaltung der konkreten Lebensverhältnisse. Das wäre die konkrete gesellschaftliche Arbeit. Es geht dann darum, den Prozess des Übergangs so zu organisieren, dass bestimmte Verfahren, bürokratische Regeln, verselbstständigte Behörden anders organisiert und konkret nicht mehr benötigt werden, weil es vielfältige Formen der demokratischen Praktiken von unten gibt.

### Welche Rolle spielt darin eine sozialistische Partei?

Der Sozialismus ist eine der Tendenzen in der bürgerlichen Gesellschaft. Immer wieder bildet sie linken Aktivismus und linke Organisationen aus. Diese sind aber nicht das Ergebnis von freien Entscheidungen, sondern von Kräfteverhältnissen: also von Zielsetzungen, Mitgliedern, Geld, Recht, Repression vonseiten der Unternehmen, Staat, zivilgesellschaftlichen Akteuren. Deswegen stellt sich in der Linken immer wieder die Frage nach der Organisationsform, denn Organisation setzt kritische, gesellschaftsverändernde Kräfte in ein Verhältnis der Kooperation, macht ihre Praxis wirkungsvoller – oder blockiert sie. Partei ist eine solche Form. Sie kann eine kollektive Willens- und umfassende Wissensbildung ermöglichen zur Herausbildung einer langfristigen Perspektive. Gerade deswegen werden solche Organisationsformen dann auch von den beharrenden herrschenden Kräften auf spezifische Weise bekämpft.

Was konkret die LINKE angeht, war ihre Entstehung in den 1990er und 2000er Jahren in dem Sinne auch keine freie Entscheidung, sondern kontingentes Ergebnis der Kämpfe gegen die Art der Vereinigung der beiden deutschen Staaten und die Agenda 2010. Es war eine Chance für eine Linke, aus den negativen historischen Erfahrungen zu lernen. Als Nachteil erwies sich, dass viele doch ihren Traditionen verhaftet blieben und die Herausforderung, auf der Höhe der Zeit etwas Neues zu beginnen, nicht wirklich annahmen. Diese Schwäche wurde auch von den Medien genutzt, die die Eitelkeiten einzelner Personen gut auszunutzen und die Willensbildung in der Linken zu mediatisieren wussten. Vieles, wofür das Projekt der LINKEN gegründet wurde, hat sich so nicht erfüllt. Eine genuin sozialistische Partei zu bilden ist trotz vieler guter Ansätze (bislang) nicht gelungen. Es ist ein Merkmal ihrer Krise, dass die verschiedenen Kräfte wie ineinander verhakt wirken, festgefressen. Kein Teil ist stark genug, die Situation aufzulösen und wieder Bewegung in die Partei zu bringen.

### Brauchen wir diese LINKE?

Ich denke schon. Würde sie jetzt verschwinden, würde es Jahre oder Jahrzehnte dauern, um neue organisatorische Zusammenhänge zu entwickeln, Stimmen auch in Parlamenten und Verwaltungen hörbar zu machen. In der LINKEN sind enorme Wissenskompetenzen verkörpert, die Fähigkeiten, sehr konkrete Themen wie Steuern, Mieten, Verkehr, Gesundheit konkret zu diskutieren und alternative gesellschaftliche Prozesse zu organisieren. Sie kann erheblich dazu beitragen, Phasen, in denen soziale Bewegungen schwach sind, zu überbrücken. Insofern sehe ich eine große gesellschaftspolitische Verantwortung bei wichtigen Repräsentant*innen der Partei ebenso wie in der gesellschaftlichen Linken für ihre Fortexistenz und natürlich die der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

*Das Gespräch führten Uli Brand, Mario Candeias, Barbara Fried, Benjamin Opratko, Thomas Sablowski und Jenny Simon.*

*Es ist ein Auszug aus dem Band »›Wenn man nichts will, erkennt man nichts.‹ Alex Demirović im Gespräch über kritische Gesellschaftstheorie und sozialistische Strategie«, der demnächst beim Verlag Westfälisches Dampfboot erscheint.*

# #METOO UND GEGENWEHR: WAS KANN DAS BÜRGERLICHE RECHT?

## GESPRÄCH MIT GODELA LINDE

Du bist Ende April vom hessischen Landesvorstand der LINKEN als eine von drei Vertrauenspersonen für Fälle von sexualisierter Belästigung gewählt worden. Warum wirst du hier ehrenamtlich tätig?
Wo sonst? Das Thema beschäftigt mich seit über 30 Jahren.

Inwiefern?
Ich war im gewerkschaftlichen Rechtsschutz beschäftigt und habe da auch mit sexueller Belästigung am Arbeitsplatz zu tun gehabt. Solche Übergriffe haben immer mit Macht zu tun, wenig mit Sexualität. Und Gegenwehr ist immer schwierig, es fehlen erfolgreiche Strategien, erst recht, wenn die Belästigung im Kontext von Hierarchieverhältnissen passiert. Dann fühlen sich viele ohnmächtig.

Du hast ein Buch geschrieben, für das du Hunderte von Gerichtsurteilen zu sexueller Belästigung am Arbeitsplatz ausgewertet hast. Zu welchem Ergebnis kommst du?
Das Buch soll Belästigte ermuntern, sich nicht länger zu schämen, weil die Situation so entwürdigend war. Betroffene denken oft, dass sie eine Teilschuld tragen, was natürlich nicht stimmt. Es soll außerdem Strategien aufzuzeigen, was frau im Falle sexueller Belästigung tun kann. Vor allem handelt es aber davon, dass Arbeitgeber sich ihrer gesetzlichen Verantwortung stellen müssen.

Was heißt das?
Der Arbeitgeber ist laut Allgemeinem Gleichbehandlungsgesetz (AGG) verpflichtet, dafür zu sorgen, dass Diskriminierung und übergriffiges Verhalten am Arbeitsplatz nicht passieren. Er muss dafür geeignete Strukturen schaffen, etwa Beschwerdestellen einrichten, Schulungen durchführen, Organisationsabläufe auf Gefährdungsmomente hin überprüfen, seine Haltung öffentlich klar vermitteln – und er muss kontrollieren, ob das auch verstanden worden ist. Natürlich muss er auch eingreifen, wenn es Regelverstöße gibt. Dabei geht es nicht in erster Linie um Bestrafung, sondern vor allem um Prävention. Auch das kollegiale Umfeld ist aufgefordert, einzugreifen. Oftmals kriegen Kolleg*innen ja mit, wenn es zu missbräuchlichem Verhalten kommt.

Wer belästigt eigentlich wen? Gibt es da auf empirischer Grundlage ein ›Muster‹?
Das ist streng hierarchisch: Ältere Männer in unbefristeten Arbeitsverhältnissen, die gut

*»Die Unterstellung einer Falschaussage bei Sexualdelikten ist diskriminierend.«*

vernetzt und angesehen sind, belästigen jüngere Frauen, die befristet und kurz beschäftigt sind. Da belästigt der Vorgesetzte die Untergebene, speziell der Vorstandsvorsitzende die befristet Beschäftigte, der Küchenchef die Cafémitarbeiterin, der Koch die Küchenhilfe, der Niederlassungsleiter die Sekretärin, der Kraftfahrzeugmechaniker die Reinigungskraft, der Verwaltungsangestellte die Leiharbeitnehmerin, der Oberarzt die Assistenzärztin, der Personalleiter die stellvertretende Personalleiterin, der freigestellte Betriebsratsvorsitzende die Sekretärin des Betriebsrats, das männliche Aufsichtsratsmitglied die Managerin mit einem Jahreseinkommen von 110 000 Euro und so weiter. Besonders häufig werden in der Arbeitswelt Auszubildende und Praktikantinnen belästigt, weil sie in der schwächsten Position sind und noch keine unterstützenden Strukturen haben.

Eine Schwierigkeit im Umgang mit sexualisierten Übergriffen ist, dass es häufig keine Zeug*innen gibt. In Teilen der feministischen Diskussion wird deshalb die »Definitionsmacht« der Betroffenen ins Spiel gebracht. Diese wird als einzige Chance gesehen, aus der unwürdigen Situation herauszukommen, dass Betroffenen häufig nicht geglaubt wird. Wie schätzt du das ein?

Wieso keine Zeug*innen? Es gibt immer mindestens eine Zeugin, nämlich die belästigte Person. Vor Gericht ist sie per se erstmal Zeugin, denn im Strafrecht geht es um den Strafauftrag des Staates, die Parteien im Gerichtssaal sind Staatsanwaltschaft und Angeklagter. Die Geschädigte ist in dieser Konstellation eine geeignete Zeugin. Denn es geht ja nicht nur um sie als Person – sexuelle Selbstbestimmung ist ein geschütztes Rechtsgut.

Das Bundesarbeitsgericht hat bestätigt, dass auch »sehr freizügige Frauen« – so die Formulierung – geeignete Zeuginnen sind. Das ist faktisch eine Zurückweisung der sexistischen Behauptung, Frauen hätten irgendwelche Handlungen »provoziert«.

GODELA LINDE ist Juristin und war bis zu ihrer Rente bei der DGB Rechtsschutz GmbH als Gewerkschaftssekretärin tätig. Von ihr erschienen 2015 das Buch »Basta! Gegen sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz. Ratgeber und Rechtsberatung« und mehrere Artikel zur Beweiswürdigung.

**Tatsächlich wird aber oft argumentiert, es stehe »Aussage gegen Aussage«. Das hältst du für diskriminierend. Warum?**

Zum einen spricht sie der Belästigten den Status als Zeugin ab und unterstellt ihr stattdessen Parteilichkeit. Im Verfahren wird sie damit unzulässigerweise zur Partei gemacht, was sie nicht per se ist. Mit der Behauptung der Parteilichkeit wird zum anderen unterstellt, die geschädigte Person sage nicht die Wahrheit. Die Unterstellung einer Falschaussage bei Sexualdelikten ist diskriminierend. Der gleiche Verdacht der Parteilichkeit wird nicht erhoben, wenn eine Frau etwa bezeugt, dass ein Arbeitskollege gestohlen hat, oder wenn ein Mann sagt, es sei alles einvernehmlich gewesen.

**Was folgt daraus? Sprichst du dich gegen die Unschuldsvermutung in Fällen sexualisierter Gewalt aus?**

Nein. Die Unschuldsvermutung ist schützenswert, sie gehört für mich unverzichtbar zum Rechtsstaat. In diesem Sinne halte ich auch die Konstruktion eines Definitionsrechts für falsch. Meine Erfahrung besagt allerdings, dass den Zeuginnen geglaubt wird, wenn sie sich gut vorbereiten und klare, überzeugende Aussagen machen. Das ist nicht einfach, denn die Konfrontation im Gerichtsverfahren ist sehr unangenehm. Aber noch unangenehmer finde ich es, dem Belästiger die Deutungshoheit zu überlassen. Das Erleben von Machtmissbrauch ist immer schlimm, und wenn Pseudosexualität als Mittel eingesetzt wird, ist es noch schlimmer. Weil Gerichtsverfahren häufig erneut als demütigend empfunden werden, ist die Zahl der nicht angezeigten Belästigungen hoch.

**Welche juristischen Instrumente gibt es, um die komplizierte Beweislast nicht nur auf die Geschädigte abzuwälzen?**

Jede Konfliktpartei muss im Zivilrecht die für sie günstigen Tatsachen beweisen, wenn diese bestritten werden. Beweismittel können aber unterschiedlich sein. Es gibt beispielsweise die Vernehmung von »Zeug*innen vom Hörensagen«, die den Vorfall selbst nicht gesehen haben, aber Details nennen können, aus denen Rückschlüsse möglich sind.

**Kannst du ein Beispiel nennen?**

Eine Handwerkskammer hat, nachdem der Beschuldigte die Vorwürfe einer Auszubildenden bestritten hatte, elf frühere Auszubildende nach ihren Erfahrungen mit dem Beschuldigten befragt. Fünf berichteten ebenfalls von sexueller Belästigung, hatten diese aber nicht angezeigt. Oder: Zwölf Jahre lang spielte ein Geschäftsführer drei Beschäftigte mit derben sexuellen Anspielungen gegeneinander aus. Eine von ihnen kündigte. Dann aber beklagten sich die anderen doch und nach einem Vierteljahr war der Geschäftsführer weg.

**Welche Rolle kann oder sollte das bürgerliche Rechtssystem für den gesellschaftlichen Umgang mit sexueller Gewalt spielen?**

In allen Rechtssystemen wird über Beweise gestritten. Das geschieht nach Regeln. Ich finde schlechte Regeln besser als keine. Beweisregeln machen Risiken berechenbar. Wenn eine Frau glaubt, ihr Tagebuch sei ein geeignetes Beweismittel, dann ist es besser, ihr zu sagen, dass das nicht stimmt, als sie in falscher Sicherheit zu wiegen.

Das gibt es aber in anderen Bereichen auch – es gibt Beleidigungen, und niemand

ist dabei. Das ist kein Spezifikum sexueller Belästigung. Wie oft geschieht Frauen Unrecht, sie bekommen weniger Entgelt und können es nicht einklagen, sie werden nicht befördert, sondern ignoriert. Nicht immer hilft der Rechtsstaat.

Das heißt, es ist nicht in erster Linie entscheidend, ob sexualisierte Formen der Herabwürdigung nach deutschem Recht strafbar sind?

Es gibt natürlich ein Arsenal an Strafgesetzen, von sexueller Belästigung über Beleidigung bis Vergewaltigung – und das ist auch wichtig! Aber die Probleme fangen doch deutlich vorher an: Frauenfeindliche Witze sind nicht strafbar, unangenehmes Anstarren auch nicht. Wie will ich ahnden, wenn mir jemand immer wieder auf die Pelle rückt, aber so tut, als sei das dem engen Durchgang geschuldet. Dass Verfahren nicht eingeleitet oder eingestellt werden, bedeutet nicht, dass solche Übergriffe akzeptabel sind. Nicht jedes Unrecht ist strafbar und trotzdem müssen Organisationen einen Umgang damit finden.

Gilt denn das AGG auch in Parteien? Oder was wäre hier angemessen?

Nein, das Gesetz passt nicht auf eine Partei, weil es auf Beschäftigte abzielt. Anders sieht es natürlich aus, wenn es um Beschäftigungsverhältnisse in der Partei geht. Das AGG gilt auch nicht für Studierende. Universitäten haben deshalb vergleichbare Regelungen zum Schutz von Studierenden in ihrer Satzung verankert. Das kann und sollte eine Partei auch tun. Konkrete Beschlüsse zu den Umgangsweisen würden die Glaubwürdigkeit erhöhen (vgl. Wischnewski in LuXemburg-Online).

Darüber hinaus haben Parteimitglieder die Pflicht, »die Grundsätze des Programms der Partei zu vertreten, die Satzung einzuhalten und andere Mitglieder und deren Rechte zu achten«. Genau das wird zu Recht in dem Aufruf »Den Grundkonsens erneuern. Für eine feministische LINKE«[2] reklamiert. Programme sind nicht nur zur Zierde da.

Wie sollten also die LINKE, oder auch andere progressive Organisationen mit dem Problem sexualisierter Diskriminierung in den eigenen Reihen umgehen?

Solidarität. Wann immer jemand angegangen wird: einschreiten. Nicht mitlachen, sondern fragen, was an der Bemerkung oder dem Witz komisch war. Belästigte ermuntern und unterstützen, das ganze Programm. Aber natürlich auch mit den Tätern in die Auseinandersetzung gehen und im Zweifel Übergriffe ahnden – bis zum Parteiausschluss, damit sie aufhören.

*Das Gespräch führte Barbara Fried.*

1 Der Wortlaut des Gesetzes ist in § 3 AGG (4) folgender: »Eine sexuelle Belästigung ist eine Benachteiligung in Bezug auf § 2 Abs. 1 Nr. 1 bis 4, wenn ein unerwünschtes, sexuell bestimmtes Verhalten, wozu auch unerwünschte sexuelle Handlungen und Aufforderungen zu diesen, sexuell bestimmte körperliche Berührungen, Bemerkungen sexuellen Inhalts sowie unerwünschtes Zeigen und sichtbares Anbringen von pornografischen Darstellungen gehören, bezweckt oder bewirkt, dass die Würde der betreffenden Person verletzt wird, insbesondere wenn ein von Einschüchterungen, Anfeindungen, Erniedrigungen, Entwürdigungen oder Beleidigungen gekennzeichnetes Umfeld geschaffen wird.«

2 https://www.links-bewegt.de/de/article/539.den-grundkonsens-erneuern-f%C3%BCr-eine-feministische-linke.html

## WAS WAR



### WIR MÜSSEN REDEN

**ENTEIGNUNGSKONFERENZ, 27. BIS 29. MAI IN BERLIN**

Während Immobilienkonzerne von steigenden Mieten profitieren, wird bezahlbarer Wohnraum immer knapper und die Verdrängung geht weiter. Klar ist: Soll die Wohnungskrise beendet werden, müssen wir auch über Enteignung und Vergesellschaftung von Immobilienkonzernen reden. Dafür bot die Konferenz am Himmelfahrt-Wochenende an der Technischen Universität Berlin Raum. Auf Abendpodien mit Impulsvorträgen und in Skill-Sharing-Workshops ging es um Austausch, Vernetzung und sehr konkrete Fragen wie: Was tun gegen Bodenspekulation? Wie baut man eine lokale Enteignungskampagne auf? Was hat Wohnen mit Klimagerechtigkeit zu tun?

Die zwölf von der Rosa-Luxemburg-Stiftung organisierten Workshops befassten sich mit Grundlagenwissen zur Wohnungspolitik, der Vergesellschaftung von Wohnungen großer privater Wohnungsunternehmen, der Sicherung bezahlbaren Wohnraums sowie mit den internationalen Diskussionen um die Organisierung breiter kollektiver Bewegungen wie Mietergewerkschaften oder Selbsthilfe-Organisationen gegen Zwangsräumung und Verdrängung. Organisiert wurde die dreitägige Konferenz in Kooperation von Rosa-Luxemburg-Stiftung, dem Asta der TU Berlin und der Kampagne »Deutsche Wohnen & Co. enteignen«. Teile der Veranstaltung sind in der Mediathek der Stiftung zu finden.

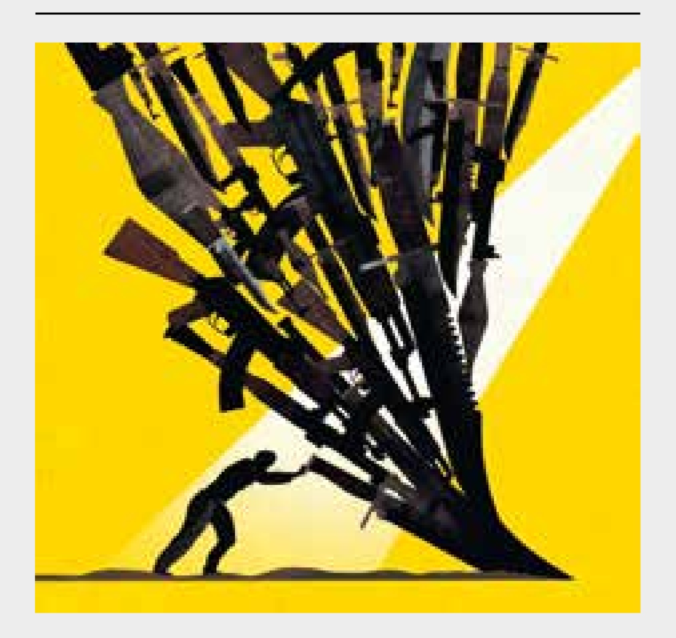
DOKUMENTATION: www.rosalux.de/veranstaltung/es_detail/GM5OT/

### INFLUENCING AGAINST THE SYSTEM?

**KONFERENZ, 13. BIS 15. MAI IN BERLIN**

Die digitale Kommunikation hat den Modus des Politischen gravierend verändert. Neben den etablierten Medien mit ihrer Informationsmacht sind längst weitere digitale Öffenttlichkeiten entstanden. Wirksame Kommunikationsstrategien auf sozialen Plattformen sind für soziale Bewegungen und Wahlkämpfe zentral geworden. Wie kann die Linke hier wirksamer werden und im digitalen Raum Ansätze einer solidarischen Gesellschaft entwickeln und verbreiten? Wie kann die Meinungsbildung auf den neuen Plattformen gestaltet werden, wie lässt sich Messengerkommunikation für linke Mobilisierung nutzen? Wo begibt sich die Linke in eine zu starke Abhängigkeit von den Big-Tech-Firmen und welche Alternativen gibt es?
Auf der Konferenz wurden die veränderten Arenen der digitalen Öffentlichkeit diskutiert. Es ging um das Potenzial von Spielarten politischer Kritik, wie etwa Humor als Subversion, aber auch um die Frage, wie Öffentlichkeit über die linke Bubble hinaus erreicht werden kann. Die Streams der Veranstaltungen finden sich in der Mediathek der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

DOKUMENTATION: www.rosalux.de/mediathek/media/collection/460



### BRIAN STAUFFER – WERKSCHAU

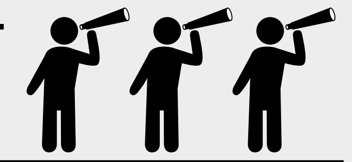
**AUSSTELLUNG, 15. APRIL BIS 26. AUGUST IN BERLIN**

»Ich liebe das Potenzial von Bildern, den Mächtigen die Wahrheit zu sagen. Es ist sehr befriedigend, korrupte und unmenschliche Handlungen oder Maßnahmen in der Politik in einem Bild offenzulegen« So kommentiert der US-amerikanische Künstler und Illustrator Brian Stauffer sein Verhältnis zu Kunst und Politik. Beeinflusst von John Heartfield und Alexander Calder behandeln seine Arbeiten häufig brisante soziale und gesellschaftliche Themen. Seit Mitte der 1990er Jahre ist er für seine intelligenten, oftmals satirischen Titelbilder bekannt. Zuletzt hat Stauffer sich insbesondere mit dem Krieg in der Ukraine beschäftigt.

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung zeigt seine Arbeiten nun erstmals in Deutschland. Die Werkschau ist bis zum 26. August im Foyer der Rosa-Luxemburg-Stiftung in der Straße der Pariser Kommune 8A in Berlin zu sehen.

INFOS: www.rosalux.de/veranstaltung/es_detail/9WCXM/

## WAS KOMMT



### BERLINER BRASILIENDIALOGE VOR DER WAHL

**DISKUSSIONSVERANSTALTUNG, 6. JULI, ONLINE**

Die gesellschaftliche Polarisierung, die in den letzten Jahren in Brasilien zu beobachten war, ist zu einem großen Teil auf die Radikalisierung der digitalen politischen Kommunikation zurückzuführen. Was macht sie aus und wie wirkt sie sich auf die anstehenden Wahlen in Brasilien im Oktober und November aus?
Darüber diskutieren am 6. Juli ab 18 Uhr im Rahmen der Berliner Brasiliendialoge Patrícia Campos Mello (Folha de São Paulo, tbc) und Rodrigo Nunes (Pontifícia Universidade Católica do Rio de Janeiro, Brasilien). Die Veranstaltung wird mit Simultanübersetzung Portugiesisch-Deutsch per Livestream übertragen.

INFOS: www.rosalux.de/veranstaltung/es_detail/EZ2K4

### MIT THEATER DIE WELT VERÄNDERN!

**THEATERWORKSHOP, 25. JUNI IN POTSDAM**

Mit Theater die Welt verändern? Davon war der brasilianische Regisseur und Theaterpädagoge Augusto Boal (1931–2009) überzeugt. Er entwickelte ab den 1960er Jahren das »Theater der Unterdrückten«. Die Grenze zwischen Bühne und Publikum wurde überwunden, die Zuschauenden aktiviert. So sollte ein freier Raum für Dialog entstehen und eine kollektive, spielerische Lösungssuche auch für komplexe politische Probleme ermöglicht werden. Boal wurde 1971 von der brasilianischen Militärdiktatur ins Exil gezwungen. Dadurch wurde sein Ansatz auch in Europa bekannt. Noch heute arbeiten viele Theatergruppen mit seinen ästhetischen und theatralischen Methoden und entwickeln sie weiter. Für alle, die gesellschaftliche Probleme aufzeigen und solidarisch angehen wollen, bieten Boals Übungen und Spiele überzeugendes Material.
Diese Methoden kennenzulernen, praktisch auszuprobieren und so auch Inspiration für die politische Arbeit zu gewinnen, ist das Ziel des Workshops am 25. Juni 2022 im freiLand Potsdam. Geleitet wird die Veranstaltung von Bianca Barreto; sie ist Lehrerin, Übersetzerin und zurzeit Studentin am Lateinamerika-Institut der Freien Universität zu Berlin. Sie hat in Brasilien umfangreiche praktische Erfahrungen mit dem »Theater der Unterdrückten« gesammelt – nicht zuletzt als Instrument für gesellschaftliche Konfliktlösungen. Das Projekt wird gefördert von der Rosa-Luxemburg-Stiftung Brandenburg.

INFOS: https://brandenburg.rosalux.de/veranstaltung/es_detail/AWQYL/

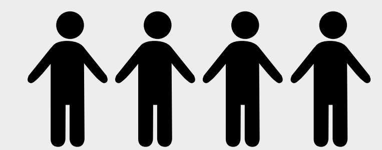
### VERGESELLSCHAFTUNG: STRATEGIEN FÜR EINE DEMOKRATISCHE WIRTSCHAFT

**KONFERENZ, 7. BIS 9. OKTOBER IN BERLIN**

Mit der Initiative »Deutsche Wohnen und Co. enteignen« ist das Thema Vergesellschaftung in die Debatte gerückt. Klar ist: Auch auf anderen Feldern der sozialen Daseinsvorsorge und in der Produktion brauchen wir solche Debatten und ausstrahlungsfähige politische Projekte, um eine klimapolitische Transformation und eine demokratischere, sozial gerechtere Wirtschaft und damit Gesellschaft durchzusetzen. Was können Vergesellschaftungen oder gemeinwohlorientierte Eigentumsmodelle leisten, wie erweitern wir den politischen Raum für solche Initiativen – und wo liegen Fallstricke und Bündnisprobleme? Auf der dreitägigen Konferenz wollen wir die Expertise von Aktivist*innen, Gewerkschaften und Wissenschaft zusammen- und eine Stärkung des Öffentlichen bei maximaler demokratischer Partizipation und Kontrolle voranbringen.
Die Konferenz wird organisiert von communia e. V., der Rosa-Luxemburg-Stiftung, dem Arbeitskreis Alternative Wirtschaftspolitik, attac, dem Konzeptwerk Neue Ökonomie, dem Sonderforschungsbereich »Strukturwandel des Eigentums« (Universitäten Jena & Erfurt), dem Institut Solidarische Moderne, Oxfam, Berlin 21 und Fridays for Future.

INFOS: https://communia.de/ und demnächst auf www.rosalux.org

## MIT WEM



**CONTESTING AUTHORITARIANISM**

**KONFERENZ, 16. BIS 21. MAI 2022 IN BERLIN**

Weltweit beobachten wir ein Wiederaufleben nationalistischer und autoritärer Ideologien und Bewegungen sowie eine beschleunigte Aushöhlung demokratischer politischer Systeme. Gleichzeitig sind die konkreten Bedingungen und Prozesse dieser Universalisierung nicht ausreichend analysiert worden. Der Großteil der Forschung diskutiert autoritäre Entwicklungen als endogene Probleme bestimmter Gesellschaften. Genau hier will das Internationale Forschungskolleg zu Autoritarismus und Gegenstrategien (IRGAC) ansetzen. Es hat sich zum Ziel gesetzt, die regionalen und globalen Verflechtungen von autoritärem Kapitalismus und reaktionärem Populismus näher zu beleuchten und umfasst derzeit mehr als 20 Post-Doc-Stipendiat*innen, die an Forschungseinrichtungen im globalen Süden und Norden arbeiten.
Auf der vom IRGAC organisierten internationalen Konferenz in Berlin kamen eine Woche lang zahlreiche aktivistische Wissenschaftler*innen auf Podiumsdiskussionen und Workshops sowie zu Bootsfahrten, Filmvorführungen und Performances zusammen, um gemeinsam die vielfältigen globalen Erscheinungsformen des autoritären Neoliberalismus und reaktionären Populismus zu diskutieren und Strategien des Widerstands zu entwickeln.
Das IRGAC wird durch das Global Scholarly Dialogue Programme der Rosa-Luxemburg-Stiftung finanziert und koordiniert.

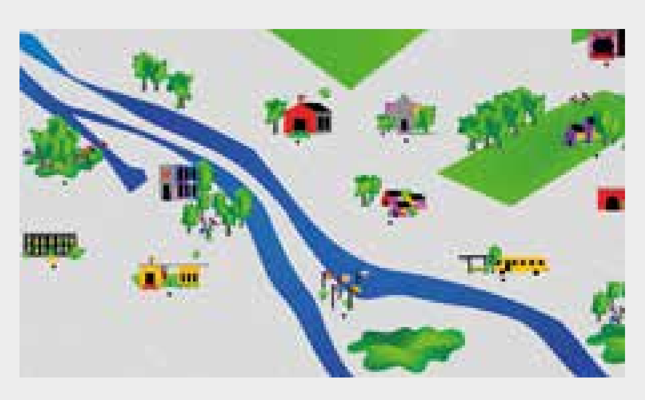
INFOS: https://irgac.org/

**GIVE PEACE A CHANCE!**

**FRIEDENSPOLITISCHES TREFFEN, 19. JUNI IN WIEN**

Give peace a chance! Dieser Aufruf ist heute dringender denn je. Nur wenn es gelingt, die enormen Mittel für Militär und Rüstung – weltweit werden täglich fünf Milliarden Dollar dafür ausgegeben – umzulenken in Bildung, Gesundheit, technologische Transformation und sozialen Ausgleich, ist eine lebenswerte Zukunft für Mensch und Natur möglich. Ein wichtiger Schritt wäre das endgültige Verbot von Atomwaffen. Das Inkrafttreten des Atomwaffenverbotsvertrags im Januar 2021 ist ein Hoffnungsträger innerhalb der aktuellen Konflikte und Krisen.
Mit diesen friedenspolitischen Fragen wird sich die von transform!europe und dem International Peace Bureau (IPB) veranstaltete Konferenz befassen. Sie findet am 19. Juni im ÖGB-Veranstaltungszentrum Catamaran am Johann-Böhm-Platz 1 in Wien begleitend zur 1. UN-Konferenz der Partnerstaaten des Atomwaffenverbotsvertrags statt; Beginn ist 18 Uhr.

INFOS: www.ipb.org www.abfang.org



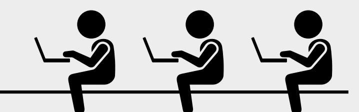
**SORGENDE STADT**

**PROJEKT-WEBSEITE GELAUNCHT**

Sorge-Verhältnisse waren immer schon prekär, aber sie spitzen sich weiter zu: Durch Marktsteuerung und Ökonomisierung fehlt es in sämtlichen Bereichen sozialer Dienstleistungen an bedarfsdeckenden Angeboten und an qualifiziertem Personal. Sorgearbeit wird so zur Privatsache. Eine echte Lösung kann es nur geben, wenn sie umfassend vergesellschaftet und demokratisch organisiert wird: jenseits von Profitlogik und jenseits einer geschlechtlichen Arbeitsteilung, die fürsorgliche Tätigkeiten Frauen zuschiebt und damit ein heteronormatives Geschlechterregime stützt. Ansätze einer lokalen, bedürfnisorientierten und demokratischen Organisation von Care-Arbeit gibt es bereits vielerorts. Eine Sorgende Stadt, in der die Bedürfnisse ihrer Bewohner*innen im Zentrum stehen, kann Leitbild und Kompass für linke Feminist*innen sein. Eine neue Webseite der Rosa-Luxemburg-Stiftung versammelt dazu Analysen, Vorschläge und Organisierungserfahrungen aus Deutschland und der Welt.

INFOS: https://sorgende-staedte.org/

# WER SCHREIBT



## WASSERSTOFF: ZENTRALES ELEMENT FÜR DEN INDUSTRIEUMBAU

### STUDIE ZUR SOZIAL-ÖKOLOGISCHEN TRANSFORMATION

Wasserstoff und seine Folgeprodukte werden fraglos eine wichtige Rolle bei der Dekarbonisierung der Volkswirtschaften spielen. Nun ist im Rahmen des Projekts »Sozial-ökologische Transformation der deutschen Industrie« eine Kurzstudie zum Thema erschienen. Sie gibt einen Überblick über die Debatten zur Rolle von Wasserstoff. Es wird deutlich, dass sein Einsatz sehr gezielt und sparsam erfolgen muss, da die Erzeugung in Deutschland begrenzt ist und mit Importen von »grünem Wasserstoff« in naher Zukunft kaum zu rechnen ist. Engpässe könnten hier zur Achillesferse des Klimaschutzes werden. Umso mehr wird es darauf ankommen, die Verschwendung von Wasserstoff in ineffizienten Anwendungen (Automobile, Gebäudewärme etc.) zu verringern, damit die begrenzten Ressourcen für jene Bereiche eingesetzt werden können, die im Zuge des Umbaus einen unabwendbaren Wasserstoffbedarf haben werden (Stahl, Chemie, später auch Luft- und Seefahrt).
Die Untersuchung ist Teil des von der Rosa-Luxemburg-Stiftung geförderten und vom gemeinnützigen Verein »Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik« unterstützten Projekts »Sozial-ökologische Transformation der deutschen Industrie«, in dessen Rahmen sieben weitere Studien entstanden sind.

DOWNLOAD: www.rosalux.de/publikation/id/46476/

## GREEN NEW DEALS

### GROSSER WURF ODER KAPITALISTISCHES UPDATE?

Green New Deals gehören zu den wenigen konkreten Vorschlägen, wie die Umstellung hin zu einer klimafreundlichen Gesellschaft innerhalb einer relativ kurzen Zeit vonstattengehen könnte, ohne dass dies auf Kosten der Schwächeren in der Gesellschaft geht. Auch wenn die Green New Deals Mängel und blinde Flecken aufweisen, ist mit ihnen eines gelungen: eine neue Erzählung zu schaffen, die jenseits von Katastrophenwarnungen die Hoffnung auf Handlungsmöglichkeiten aufrechterhält. Eine Erzählung davon, wie eine lebenswerte und gute Zukunft aussehen könnte – und welche Schritte auf dem Weg dorthin möglich und nötig wären. Solche Visionen der Zukunft und die Kraft, die sie entfalten können, sind heute nötiger denn je. Schon deshalb lohnt es sich, die verschiedenen Vorschläge für Green New Deals genauer zu betrachten, ihre Geschichte, ihre Argumente, die Möglichkeiten, die sie bieten und die Grenzen, die ihnen eingeschrieben sind. Dies ist das Ziel der Broschüre von Juliane Schuhmacher.

DOWNLOAD: www.rosalux.eu/de/article/1921

## EINE PARTEI MIT ZUKUNFT?

### STUDIE ZUM WÄHLER*INNENPOTENZIAL DER LINKEN

Hat die Partei die LINKE ihr Wähler*innen-Potenzial verloren? Die Ergebnisse der jüngsten Wahlen scheinen dies zu bestätigen. Eine repräsentative Befragung im Auftrag der Rosa-Luxemburg-Stiftung zeigt jedoch: Potenzial ist nach wie vor vorhanden – und dies nicht nur in Städten und im urbanen Raum, sondern auch in kleineren Orten. Insbesondere bei Personen mit niedrigem Einkommen, die sich jedoch deutlich seltener an Wahlen beteiligen als der Durchschnitt. Auch in urbanen, sozial-ökologischen Milieus gibt es ein hohes Potenzial, das derzeit vor allem von den Grünen abgeschöpft wird. Eine deutliche Mehrheit wünscht sich, die LINKE solle Beschäftigung bzw. Gute Arbeit und Klimaschutz als gleichrangige Herausforderungen behandeln und das Soziale und Ökologische systematisch miteinander verbinden. Ausschlaggebend für die mögliche Wahl seien vor allem der Einsatz für soziale Gerechtigkeit und überzeugende Konzepte.

DOWNLOAD: www.rosalux.de/publikation/id/46565/

# ROSA LUXEMBURG STIFTUNG




Achim Teusch

**KEIN BETT ZU VIEL**

**Eine Kritik am Modellprojekt «Krankenhausplanung in Nordrhein-Westfalen»**

luxemburg beiträge Nr. 10
72 Seiten, Broschur, April 2022
ISSN 2749-0939

Download und Bestellung unter:
www.rosalux.de/publikation/id/46336

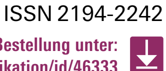
Weitere Publikationen unter www.rosalux.de

Amelie Hanck

**ARM SEIN, WO ANDERE URLAUB MACHEN**

**Eine Studie zur Armutsgefährdung in Mecklenburg-Vorpommern**

Studien 2/2022
27 Seiten, Broschur, März 2022
ISSN 2194-2242


Download und Bestellung unter:
www.rosalux.de/publikation/id/46333







Horst Kahrs

**GESELLSCHAFTSBILDER UND KLASSENHANDELN**

**Ansprüche an betriebliche Arbeit und Solidarität, Beiträge zur Klassenanalyse (3)**

MANUSKRIPTE – Neue Folge 32
198 Seiten, Broschur, Dezember 2021
ISSN 2194-864X


Download und Bestellung unter:
www.rosalux.de/publikation/id/46016




Vänsterpartiet

**HANDBUCH ZUM INNERPARTEILICHEN FEMINISMUS**

**Ein Leitfaden der schwedischen Linkspartei**

55 Seiten, Broschur, Mai 2022
ISBN 978-3-948250-49-2

Download und Bestellung unter:
www.rosalux.de/publikation/id/46514




Knut Unger

**VONOVIA: EIN PROBLEM, DAS IMMER GRÖSSER WIRD**

**Das Geschäftsmodell mit den Mieten**

32 Seiten, Broschur, April 2022
ISBN 978-3-948250-48-5


Download und Bestellung unter:
www.rosalux.de/publikation/id/46379




**1/2022 BESITZ ERGREIFEN**
Die Kampagne »Deutsche Wohnen & Co enteignen« hat Furore gemacht. Sie hat einmal mehr vor Augen geführt, wie fatal es ist, die elementaren Dinge dem Markt zu überlassen. Dabei geht es nicht einfach um Verstaatlichung, sondern um Vergesellschaftung: Demokratische Kontrolle, von den Wohnungen über die Krankenhäuser bis zu den Internetkonzernen. Doch wie werden wir es los, das Privateigentum? Wie vergesellschaftet man die Plattformökonomie? Wie sähe eine kommunale und feministische Sorge-Ökonomie aus? Und was kommt eigentlich nach der Vergesellschaftung?

**BEITRÄGE VON** Michael Buckmiller | Barbara Fried | Klaus Dörre | Franziska Drohsel | Julia Dück | Tim Engartner | Ulrike Hamann | Armin Kuhn | Ursula Le Guin | Sabine Nuss | Dominik Piétron | Cara Röhner | Jan Schalauske | Nina Scholz | Jenny Stupka | Alex Wischnewski

*Februar 2022, 132 Seiten*




**2/2021 SCHULE MACHEN**
In kaum einem Land ist Bildung so abhängig von der sozialen Herkunft wie in Deutschland. Aber wie müsste gerechte Bildung aussehen? Was sind die großen und kleinen Schritte hin zu einer Schule für alle? Was fordern Schüler*innen und wie können Lehrer*innen von ihnen lernen? Warum ist Schule für Kinder aus Arbeiter*innen- und Migrant*innenfamilien oft ein Spießrutenlauf? Was SCHULE MACHEN kann, verrät ein Blick in Klassenzimmer, in denen jetzt schon kooperativ und ohne (Zeit-)Druck gelernt wird.

**BEITRÄGE VON** Sabine Böddinghaus | Julius van den Burg | Carolin & Christoph Butterwegge | Philipp Dehne | Alex Demirović | Rosemarie Hein | Karl-Heinz Heinemann | Ellen Kollender | Louisa Lullien | Narges Mari | Jan Niggemann | Mona Santos | Martina Zilla Seifert | Susanne Thurn | Hans-Jürgen Urban |

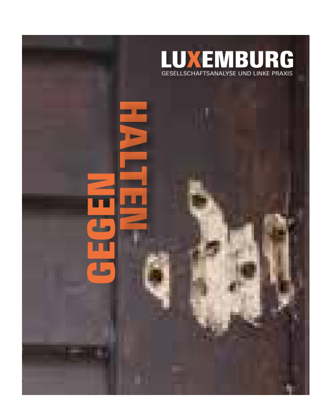
*Oktober 2021, 136 Seiten*




**1/2021 GEWINNEN LERNEN**
Sozialistische Politik fällt nicht vom Himmel, sie ist Handarbeit. Denn nur mit Methode kommt die Linke in die Offensive. Wir suchen nach Möglichkeitsfenstern linker Politik und blicken in den Maschinenraum kraftvoller Organisierungen: Wie können wir das GEWINNEN LERNEN? Wie hat es die Mietenbewegung geschafft, dass in Berliner Küchen mittlerweile ganz selbstverständlich von »Enteignung« gesprochen wird? Wie bestreitet die LINKE mit Haustür- und Gartengesprächen den Wahlkampf? Wie geht verbindende Klassenpolitik praktisch? Und wie sah eigentlich eine linke Kampagne vor 100 Jahren aus?

**BEITRÄGE VON** Lia Becker | Naika Fouroutan | Alexander Harder | Paul Heinzel | Susanne Hennig-Wellsow | Elsa Koester | Max Lill | Rika Müller-Vahl | Benjamin Opratko | Jana Seppelt | Jan van Aken | Janine Wissler | Lou Zucker | u.a.

*Mai 2021, 152 Seiten*




**2/2020 GEGENHALTEN**
Rechter Terror und rassistische Gewalt bedrohen unser Leben, unsere Politik, die Möglichkeit einer solidarischen Gesellschaft. Sie sind nicht neu, aber treten in neuen Konstellationen auf: als Zuspitzung einer autoritären Formierung, die bis in die bürgerliche Mitte, die Parlamente und Sicherheitsapparate reicht. Wo liegen die Ursachen? Was sind Strategien gegen Rassismus und rechte Gewalt? Wie lässt sich die Frage der Sicherheit den Rechten entreißen? Wie organisieren wir Selbstverteidigung und Solidarität? Kurz: Wie können wir kollektiv GEGENHALTEN?

**BEITRÄGE VON** Melanie Brazzell | Elsa Dorlin | Christina Feist| Florian Flörsheimer | Heide Gerstenberger | Benedikt Kern | Ferat Kocak | Julia Lis | Hannah Müller | Katharina König-Preuss | Martina Renner | Dominik Rigoll | Ismet Tekin | Vanessa E.Thompson | Sebastian Wehrhahn | Gerd Wiegel | Yves Winter | Berena Yogarajah u.a.

*Dezember 2020, 144 S.*



## IMPRESSUM

LuXemburg. Gesellschaftsanalyse und linke Praxis 2/2022
ISSN 1869-0424

*Herausgeber:* Vorstand der Rosa-Luxemburg-Stiftung
*V.i.S.d.P.:* Barbara Fried, barbara.fried@rosalux.org, Tel: +49 (0)30 44310-404
*Kernredaktion:* Harry Adler, Barbara Fried, Rhonda Koch und Hannah Schurian
*Redaktion:* Ulrich Brand, Mario Candeias, Judith Dellheim, Alex Demirović, Julia Dück, Lukas Hoffmann, Nele Holdorff, Steffen Kühne, Christiane Markard, Lina Paul, Katharina Pühl, Rainer Rilling, Thomas Sablowski, Ingar Solty, Katja Voigt, Eva Völpel, Moritz Warnke, Florian Wilde, David S. Williams, Markus Wissen und Uwe Witt

*Kontakt zur Redaktion:* luxemburg@rosalux.org
*Redaktionsbüro:* Harry Adler, harry.adler@rosalux.org
Straße der Pariser Kommune 8A, 10243 Berlin
Telefon: +49 (0)30 44310-157
Fax: +49 (0)30 44310-184
www.zeitschrift-luxemburg.de
Join us on Facebook: http://www.facebook.com/zeitschriftluxemburg
Twitter: http://twitter.com/luxemburg_mag

*Abonnement:* Seit 2014 erscheint die *LuXemburg* kostenfrei.
Bestellen unter: www.zeitschrift-luxemburg.de/abonnement
*Förderabonnement:* Jede Spende ist willkommen.

*Copyleft:* Alle Beiträge, sofern nicht anders ausgewiesen, laufen unter den Bedingungen der Creative Commons License: 🅯🄏🄎

*Bildnachweise:*
Titelbild: Buschbrand in Lithgow, westlich von Sydney, Dezember 2019, © Andrew Quilty/Agence VU/laif
S. 2–3, 19–22, 25, 37: © Dominik Asbach/laif
S. 4–5, 90–95: © Kenya Mzee/RLS South Africa
S. 7: IMAGO/ZUMA Wire, S. 12–13: © Matt Palmer/Unsplash
S. 14: © Juan Manuel Sanchez/Unsplash, S. 24 unten: © Theodor Barth/Laif
S. 24 oben, S. 29: © Murat Tueremis/laif
S. 26: © Hardt/IMAGO/Future Image, S. 44: © IMAGO/Imaginechina-Tuchong
S. 49: © Daniel Bernard/Unsplash, 54–61: © ChandanKhanna/AFP
S. 63: SPUR/flickr: 🅯, S. 68: Herr Olsen/flickr: 🅯🄏
S. 75: © Steve Harvey/Unsplash, S. 79: Philipp Gerbig/flickr: 🅯⊜
S. 85: © Dorothee Häußermann, S. 88: © Imeh Ituen, S.96: © IMAGO/Xinhua
S.: 103, 121: © Brian Stauffer, S. 104: © RLS, S.: 109: © Sebastian Gündel

*Lektorat:* TEXT-ARBEIT. Lektorats- und Textbüro für Politik, Wissenschaft und Kultur
www.text-arbeit.net

*Grafik und Satz:* Matthies Weber & Schnegg – Ausstellung, Kommunikation, Design
www.matthies-weber-schnegg.com

*Druck:* DRUCKZONE GmbH & Co. KG, Cottbus



02
22

Sybille Bauriedl | Ulrich Brand | Nick Buxton | Alex Demirović | Barbara Fried | Dorothee Häußermann | Kai Imsande | Imeh Ituen | Rhonda Koch | Steffen Kühne | Tetet Nera-Lauron | Godela Linde | Onke Ngcuka | Nick Reimer | Kim Stanley Robinson | Hannah Schurian | Ingo Tebje | Katja Voigt | David Samuel Williams | Markus Wissen | Uwe Witt | Eva Wuchold | Ivonne Yanez

Deutschland 2050
Klima der Ungleichheit
Wer zahlt für Schäden und Verluste?
Klimakolonialismus 4.0
Anpassung von unten
Hoffnung in der Heißzeit
#MeToo und Gegenwehr
Sozialismus für das Leben

**DIE ZEITSCHRIFT DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG**
**ISSN 1869-0424**